

08/09.2013

AKTUELL

| | |
|-----------------------------|----|
| Abfall, Chemie & Emissionen | 8 |
| Globalisierung & Eine Welt | 10 |
| Klima & Energie | 11 |
| Konsum & Verbraucherschutz | 14 |
| Landwirtschaft & Gentechnik | 15 |
| Naturschutz & Biodiversität | 18 |
| Tierschutz & Ethik | 20 |
| Umweltpolitik & Umweltrecht | 22 |
| Verkehr & Tourismus | 24 |
| Wasser & Meere | 25 |
| Wirtschaft & Ressourcen | 28 |

VERBÄNDE



| | |
|--------------------------|----|
| DNR intern | 37 |
| Aus den Verbänden | 37 |
| Ehrenamt | 38 |
| Preise & Ausschreibungen | 39 |

SERVICE

| | |
|-----------|----|
| Termine | 40 |
| Impressum | 40 |

ökopädNEWS

| | |
|--|----|
| ANU-Informationsdienst Umweltbildung | 41 |
| Schwerpunkt: Transformation von unten | |

SPEZIAL

Bundestagswahl

Seite 29 bis 36

THEMEN DES MONATS

EU-Agrarrecht

Norm vom Samenkorn bis auf den Teller

Neue europäische Agrarverordnungen geben Großkonzernen mehr Macht – VerbraucherInnen protestieren

Seite 2

Fracking

Goldgräberstimmung versus Hochrisiko

Wegen der Gefahren der Erdgasförderung in tiefen Gesteinsschichten regt sich in Deutschland Widerstand

Seite 4

Europäische Handelspolitik

Demokratiefreie Zone

Globale Geheimverhandlungen schützen Investoren – Bürgerinnen und Bürger bleiben außen vor

Seite 6

Interview: Ressourcenpolitik

„In Zukunft intelligenter wirtschaften“

Schon heute verbraucht die Welt anderthalb mehr Ressourcen als sich erneuern. Europäische Plattform sucht nach Lösungen

Seite 27

EU-Agrarrecht

Industrielle Norm vom Samenkorn bis auf den Teller

Neue europäische Agrarverordnungen geben Großkonzernen mehr Macht – VerbraucherInnen protestieren

Die Europäische Kommission hat im Mai Vorschläge vorgelegt, um die Sicherheit in der Lebensmittelproduktion neu zu regeln. Das Maßnahmenpaket „Smarter rules for safer food“ fördert in erster Linie industrielle Produktionsweisen. Auch die Sortenvielfalt auf dem Acker und in den Gärten ist gefährdet. ■ VON SUSANNE GURA, DACHVERBAND KULTURPFLANZEN- UND NUTZTIERVIELFALT

Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU war lange das absolute Topthema auf der landwirtschafts- und verbraucherpolitischen Agenda. Im Schatten dieser Reform wollte die EU-Kommission nun EU-Recht zur Sicherheit in der Lebensmittelproduktion neu und industriefreundlich regeln. Am 6. Mai legte die Kommission Parlament und Ministerrat gleich vier wichtige Verordnungsvorschläge vor, in denen die rund 70 bislang bestehenden Rechtsakte zur Lebensmittelkette zusammengefasst werden. Die neuen Verordnungen sollen noch in der laufenden Legislaturperiode verabschiedet werden – Schweinegrippe oder Sortenvielfalt würden dann nicht zu Wahlkampfthemen. Zeit für ausführliche und kritische Diskussionen bleibt also nicht. Ende August entscheidet bereits der EU-Agrarministerrat über die Kommissionsvorschläge. Der österreichische Bundesrat hat allerdings schon einstimmig beschlossen, die Kommissionvorschläge abzulehnen.

Das Maßnahmenpaket enthält Verordnungsentwürfe zur Tier- und Pflanzengesundheit, zu Pflanzenvermehrungsmaterial (Saatgut), zu amtlichen Kontrollen dieser drei Bereiche und zum diesbezüglichen Ausgabenmanagement. Die EU-Kommission möchte vor allem „Vereinfachung, Modernisierung, Kostensenkung, Effizienzsteigerung, mehr Flexibilität für die Unternehmer sowie EU-weite Vereinheitlichung“ und eine „Koordinierung mit anderen, hauptsächlich umweltbezogenen Zielen der EU-Politik“. Welche diese umweltbezogenen Ziele sind, wird selten deutlich. Lediglich beim Saatgut verweist die Kommission unter Federführung von Verbraucherschutzkommissar Tonio Borg auf

bislang fehlende Kohärenz mit „nachhaltiger Land- und Forstwirtschaft, Schutz der Biodiversität, Klimawandel, Biowirtschaft“. Ob dies aber künftig wirklich besser koordiniert und tatsächlich Kohärenz erzielt wird, erscheint mehr als fraglich.

Zivilgesellschaft: EU verhindert nachhaltige Landwirtschaft

Während die Entwürfe über gesunde Tier- und Pflanzenproduktion in der breiten Öffentlichkeit kaum diskutiert wurden, gab es viel Kritik an den geplanten Regelungen im Saat- und Pflanzgutbereich. Der Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt beispielsweise lehnt die Verordnungsentwürfe ab, da sie – trotz Beteuerungen der EU-Kommission – die bisher schon industriefreundlichen Regelungen noch weiterverschärfen. Schon die gegenwärtige Gesetzeslage hat zu einem massiven Verlust an Agro-Biodiversität beigetragen. Der Bund Ökologische Landwirtschaft (BÖLW) befürchtet, dass der Verlust der Artenvielfalt sich mit der Neuregelung noch verschlimmern wird.

Viele Ökozüchter möchten vermehrbare Sorten für den Bioanbau anbieten, aber schon unter den derzeit geltenden Vorschriften wird das zunehmend schwieriger. Die geplanten Regelungen ignorieren indes die Forderungen der Ökozüchter und Bioverbraucher fast komplett. In Österreich startete die Organisation Arche Noah schon vor der Bekanntgabe des Maßnahmenpakets eine Kampagne für besseren Schutz der Sortenvielfalt – mit Unterstützung von Agrarminister Nikolaus Berlakovitch. In den Alpenländern spielen die Agrarkonzerne bisher nämlich eine

erheblich kleinere, und Kleinbauern sowie der Biosektor, Sortenvielfalt und traditionelle Esskultur eine weitaus größere Rolle als in Deutschland. Doch auch hierzulande ist das Interesse an der Erhaltung von Vielfaltssorten enorm gewachsen.

Aigner als Retterin der Sortenvielfalt unglaublich

Unter dem ansteigenden öffentlichen Druck sah sich EU-Verbraucherkommissar Tonio Borg schließlich unter Zugzwang. Er versuchte Hobbygärtner zu beruhigen (jeder dürfe zum Eigenbedarf anbauen, was er wolle) und sicherte Kleinunternehmen etwas zu, was von den Agrarbehörden fünf Jahrzehnte lang rigoros abgelehnt worden war: Befreiung von der Sorten-Zulassungspflicht. Derweil forderte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner, dass Hobbygärtner von der Verordnung ausgenommen sein müssten, ganz so als ob ihr Haus nicht entscheidend an der konzernfreundlichen Verordnung mitgewirkt hätte.

Die von Tonio Borg unter Druck geschaffene Nischenmarktregelung entpuppt sich aber als Augenwischerei. Kleinunternehmen müssen, anstatt wie bisher für jede Sorte eine Vermarktungszulassung durch das Bundessortenamt zu beantragen, nunmehr dokumentieren, wie viel Saat- und Pflanzgut sie verkaufen. Außerdem – es wirkt fast so, als stellten Vielfaltssorten generell ein Risiko dar – muss sich jeder Anbieter in einem neuen Pflanzengesundheitsregister eintragen und kontrollieren lassen. Kontrollgebühren fallen für kleine Anbieter immerhin nicht an.

Die deutsche Fassung des Verordnungstextes erweckt den Eindruck, dass

Privatpersonen und Hobbygärtner generell vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen sind – das ist aber eben nicht der Fall. In der geltenden englischen Originalfassung heißt es, dass nur Vermehrungsmaterial von der Verordnung ausgenommen ist, das von privaten Akteuren getauscht oder gegen eine Sachleistung weitergegeben wird. Mit anderen Worten: Wer Saatgut verkauft, muss die Auflagen der Verordnung erfüllen. Diese Präzisierung fehlt in der deutschen Übersetzung.

Die geplanten Bürokratiepflichten und Kontrollen könnten bewirken, dass viele Menschen die Erhaltungsarbeit nicht mehr oder gar nicht erst übernehmen. Es sind in der Tat meistens Privatpersonen und Hobbygärtner, die Saatgut alter Sorten erhalten und verkaufen. Auch sie müssten sich also künftig als Kleinunternehmen ins Register eintragen und kontrollieren lassen, Berichte über die verkauften Mengen bereithalten und sich laufend informieren, ob die Kommission Weiteres beschließt. Das schreckt ab – und schränkt in der Folge auch andere Hobbygärtner in ihrer Sortenwahl ein, weil Saatgut seltener Sorten kaum noch zu kaufen wäre. Der Tausch von Saatgut bleibt zwar erlaubt, aber Saatgut zum Tauschen haben nur wenige.

VerbraucherInnen wollen Transparenz

Die Folgen für die Erhaltung der Sortenvielfalt sind gravierend. Bei alten Obstsorten ist der Rückschritt besonders groß. Erst vor Kurzem wurde in Deutschland ein Katalog für alte Sorten eingerichtet: Die Eintragung des Sortennamens genügt, damit Pflanzgut vermarktet werden darf. Der Katalog soll nun zwar nicht abgeschafft, aber für weitere Sorten geschlossen werden. Ähnliche erst jüngst eingerichtete Kataloge für „Erhaltungssorten“ von Gemüse und Ackerkulturen – die aber mit erheblich mehr Auflagen verbunden sind – sollen ebenfalls geschlossen werden.

Der Sturm der Entrüstung, der nach Bekanntwerden der geplanten Saatgutverordnung losbrach, ist verständlich. In der Tat widerspricht das Gesetz dem gesellschaftlichem Trend: Immer mehr Menschen wollen weder Chemie noch

Gentechnologien in ihrem Essen. Sie wollen Bauernhöfe statt Agrarfabriken und wehren sich gegen Patentierung und Sortenschutz von Saatgut als geistigem Eigentum. Viele Menschen wollen sich bewusster ernähren und auch wieder so weit wie möglich selber über den Anbau ihrer Nahrungsmittel bestimmen. Die Vielzahl an Projekten der solidarischen Landwirtschaft und Gemeinschaftsgärten, in denen vermehrbare Sorten angebaut werden, und die wachsende Nachfrage nach Bio-Produkten belegen diesen Trend. Das ist nicht romantisch, sondern rational.

Die nötige Transparenz fehlt aber: Saat- und Pflanzgut braucht eine Kennzeichnung, ob es vermehrbar ist, ob die neuen gentechnikähnlichen Züchtungsmethoden angewendet wurden, ob geistige Eigentumsrechte bestehen.

Jubel beim europäischen Saatgutverband

Während Klein- und Hobbygärtner benachteiligt werden, profitiert die Saatgutindustrie – de facto überwiegend Chemiekonzerne mit großer Marktmacht. Sie muss die neuen gentechnikähnlichen Züchtungsmethoden nicht kennzeichnen, kann nationale Zulassungsverfahren einsparen, Testverfahren selbst durchführen, und bekommt über Sortenschutzrechte gleichzeitig auch die Marktzulassung. Entsprechend bejubelt der europäische Saatgutverband ESA den Entwurf. Für dessen Bearbeitung in der Generaldirektion Verbraucherschutz ist eine ehemalige Mitarbeiterin des französischen Saatgutsektorverbandes GNIS zuständig – mit Unterstützung der französischen Regierung.

Deutschland und Frankreich sind die wichtigsten Saatgutmärkte in der EU. Europäische Unternehmen wie Limagrain (F), KWS (D), Bayer (D) und BASF (D) spielen in der Liga der weltgrößten Saatgutanbieter; Monsanto (USA) und Syngenta (CH) sind auch in Europa führend. Die Konzerne drängen nun auf rasche Absegnung des Entwurfes durch das EU-Parlament. Ihre Chancen stehen nicht schlecht, denn der Berichterstatter des Parlaments für das Dossier ist als industriefreundlich bekannt. Es besteht also wenig Hoffnung, dass das

Parlament zugunsten der VerbraucherInnen nachbessert.

Privatisierung auch bei Agrarkontrollen

Auch für Kontrollen im Agrarbereich sehen die Verordnungsentwürfe neue Regeln vor. So dürfen Behörden ihre Kontrollaufgaben künftig an private Personen oder Organisationen übertragen. Eine der Bedingungen ist, dass diese im Hinblick auf die Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben unabhängig und frei von jeglichem Interessenkonflikt ist.

Interessenkonflikte werden schon jetzt von der EU-Kommission wegdefiniert. So argumentierte sie, als die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ExpertInnen benannte, die früher für die Industrie tätig waren, dass nur wer mit der Industrie Erfahrung habe, auch Experte sein könne. Auch der oben genannte französische Saatgutsektorverband GNIS übernimmt bereits zahlreiche Aufgaben, die andernorts von Behörden durchgeführt werden. Aber auch die fachliche Kapazität von Behörden wird so untergraben.

Der Dachverband Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt ruft gemeinsam mit der Kampagne für Saatgut-Souveränität zu einer Petition gegen die Verordnungsvorschläge auf. Gegenüber EU-Kommission und Europaabgeordneten machen sich die Organisationen für die Erhaltung der Sortenvielfalt stark. Auch im Bundestagswahlkampf sind die Verordnungsvorschläge Thema.

Weiterführender Link

► Zur Petition: www.kurzlink.de/eu-saatgut-petition

Dr. Susanne Gura ist Vorsitzende des Vereins zur Erhaltung der Nutzpflanzenvielfalt und Vorstandsmitglied des Dachverbands Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt. Sie koordiniert das NGO-Netzwerk APBEBES, das Beobachter in der Sortenschutzorganisation UPOV ist.

Kontakt:
Tel. +49 (0)228 / 9480670
E-Mail: gura@dinse.net,
www.nutzpflanzenvielfalt.de,
www.kulturpflanzen-nutztiervielfalt.de



Fracking

Goldgräberstimmung versus Hochrisikotechnologie

Wegen der Gefahren der Erdgasförderung in tiefen Gesteinsschichten regt sich in Deutschland Widerstand

Im Juni ist in Deutschland der Versuch gescheitert, Fracking per Gesetz zu regeln. Bei diesem Verfahren werden Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in tief liegende Gesteinsschichten gepresst, um Gas oder Öl zu fördern. Die eingesetzten Chemikalien können das Trinkwasser verunreinigen, die Bohrungen können Erdbeben auslösen und für die Entsorgung des verunreinigten Abwassers gibt es auch keine Lösung. ■ VON CLAUDIA BAITINGER, BUND

Neben der Nutzung der unbeherrschbaren Atomkraft, den nicht rückholbaren Freisetzung und Umweltveränderungen in der Biosphäre durch Gentechnik und Nanotechnologie und den unbekannt Risiken durch Geoengineering – nicht nur – in der Atmosphäre wollen Wissenschaftler und Politiker nun zunehmend in die Abgründe der Lithosphäre vordringen. Dort wollen sie in Tiefengesteinsformationen eingeschlossenes Erdgas durch das sogenannte Hydraulic Fracturing (hydraulische Frakturierung), auch als Fracking bezeichnet, gewinnen.

Im Gegensatz zur konventionellen Erdgasförderung, bei der Methan aufgrund des hohen Drucks des Deckgebirges beim Anbohren von mit Gas gefüllten Hohlräumen von selbst entweicht, wird hier durch gewaltsames Aufbrechen von gasführenden Gesteinsschichten mittels hohem Wasserdruck, Sand und verschiedenen dafür geeigneten Chemikalien das Gas an die Erdoberfläche gedrückt.

Damit verbunden sind unkalkulierbare Risiken und große Gefahren für Mensch und Umwelt, denn nach dem Frackvorgang wird nicht die gesamte Frackflüssigkeit wieder aus dem Gestein entfernt. Das ist deshalb nicht erwünscht, weil durch die eingepressten Stoffe die Risse im Gestein offen gehalten werden sollen. Gefährliche Chemikalien verbleiben also nicht rückholbar im Boden.

Wasserwegsamkeiten, die aufgrund des hohen Drucks dem Gas den Weg zum Beispiel durch Gesteinsklüfte oder Risse bahnen, können dazu führen, dass Methan ins Grundwasser gelangt. Neben Explosionsgefahren führt dies zu Problemen bei der Trinkwasseraufbereitung. Gegenwärtige

und zukünftige Trinkwasservorkommen wären bedroht. Undichte Stellen können zu Gasmigration führen, das heißt Methan gelangt in die Atmosphäre und verstärkt als Klimagas die Erderwärmung. Zudem benötigt das Verfahren eine riesige Menge an Wasser. Experten sprechen von vier Millionen Litern pro Frakturierung. Es besteht die Gefahr hydrogeologischer Veränderungen bis an die Oberfläche.

Giftige Schwermetalle und Erdbeben gefährden Lebewesen

Der sogenannte Flow-back, also der Rückstrom der Frackflüssigkeit, ist mit Schwermetallen belastet und radioaktiv. Dessen risikolose, umweltfreundliche Beseitigung ist nicht möglich. Das gängige Verpressen in geologische Hohlräume, wie in Niedersachsen üblich, ist auf gar keinen Fall als Lösung akzeptabel. Die Bohrungen haben außerdem einen großen Flächenverbrauch zur Folge. Pro Bohrung werden mindestens 3.000 Quadratmeter versiegelte Fläche sowie Parkplätze, Rohrleitungen, Straßen und Wege benötigt.

Eine Langzeitsicherheit der Bohrungen ist nicht gegeben, auch nicht nach Ende der Förderung. Tektonische Ereignisse wie Erdbeben werden über kurz oder lang zu Undichtigkeiten an Stellen führen, an denen Bohrungen gemacht wurden. Es gibt inzwischen ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass auch durch Fracking Erdbeben ausgelöst werden können. Problematisch ist auch die Anlagensicherheit. Der Ausfall eines Blow-out-Konverters, eines großen Absperrventils am Bohrloch, wäre für Organismen in einem Kilometer Umkreis tödlich.

In den USA und Kanada hat Fracking bereits zu gigantischen Umweltschäden geführt. Das Verfahren wird dort seit 2005 mittlerweile in riesigem Umfang durchgeführt. Die Klima- und Energiebilanz fällt extrem schlecht aus, bedingt durch die energieaufwendige Produktion und entweichendes Methan. Für die prognostizierten 13 Jahre, in denen sich diese Förderung in Deutschland „lohnen“ soll, ist das ein hoher, durch nichts zu vertretender Preis! Die Politik darf nicht den Sirengesängen der Gasindustrie verfallen und mit Scheinargumenten wie Arbeitsplätzen, Energieautarkie und Gasbrückentechnologie die jetzigen und zukünftigen Lebensgrundlagen der Bürgerinnen und Bürger, die sie gewählt haben, aufs Spiel setzen.

Protestbewegung wächst

Erfreulicherweise regt sich landauf, landab immer mehr Widerstand, quer durch alle Parteien, Landesparlamente, Gemeinde- und Stadträte. Sie wurden durch den unüberhörbaren Protest nachdenklich gewordener Bürgerinnen und Bürger aufgerüttelt, aber auch durch Wasserbehörden und Wasserversorger, und durch den massiven Widerstand von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden. Diesem Druck scheinbar nachgebend brachten Bundesumweltminister Peter Altmaier und Bundeswirtschaftsminister Philip Rösler im Frühjahr einen – inzwischen auf Druck aus den eigenen Reihen zurückgezogenen – Gesetzesentwurf zur Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und einen Verordnungsentwurf zur Änderung der Umweltverträglichkeitsprüfung in bergbaulichen Verfahren

auf den parlamentarischen Weg: Gasfracking in Trinkwasserschutzgebieten sollte verboten werden, und zwar nur dort. Im Genehmigungsverfahren nach Bundesberggesetz sollte eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Pflicht werden.

Politik betreibt Augenwischerei und verteilt Beruhigungspillen

Dem BUND wie auch vielen Bürgerinitiativen war sofort bewusst, dass diese gesetzgeberischen Politikendzeit-Aktivitäten eher zu einem Frackingverbot als zu einem Stopp von Frackinggenehmigungen führen würden. Die anvisierte Pflicht-UVP in unserer Meinung nach grundgesetzwidrigen Bundesberggesetz (BBergG) wäre nichts anderes als Augenwischerei und eine Beruhigungspille gewesen, aber bei Weitem kein Garant für die Unbedenklichkeit des Fracking.

Auch das von der Industrie in Aussicht gestellte, von politischen Parteien, auch den Grünen, geforderte Fracking „ohne giftige Chemikalien“ kann die Umweltgefährdung nicht mildern. Selbst wenn mit Felsquellwasser aus dem Sauerland gefrackt würde, bliebe unter anderem das Risiko unbeherrschbarer Grundwasserkontaminationen durch den giftigen Rückstrom.

Angesichts dieser Unwägbarkeiten forderte der BUND in seinen Stellungnahmen an die Minister Altmaier und Rösler sowie auf einer Pressekonferenz in Berlin im Mai neben einer grundsätzlichen Novellierung des antiquierten Bundesberggesetzes ein komplettes Frackingverbot durch die Aufnahme eines entsprechenden neuen Paragraphen in das BBergG. ⁽¹⁾

Ähnlich wie bei der Atomkraftnutzung, mit der ungeklärten Frage „Wohin mit dem radioaktiven Abfall?“, mit der sich Politik und Gesellschaft anlässlich der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes zurzeit befassen, gilt auch für die Gasfrackingtechnologie das nicht lösbare Dilemma: Für unser steinzeitlich verhaftetes Denken ist es nicht vorstellbar, wenigstens für die nächste Million Jahre irgendwelche Voraussagen zu machen, inwiefern die Methode unseren viele

Milliarden Jahre alten Planeten gefährdet, geschweige denn, die Unbedenklichkeit und Sicherheit des Verfahrens zu testen.

Wenn man die aktuelle Diskussion ums Fracking in Politik und Medien verfolgt, so gilt zur Kultur- und Geschichtsfähigkeit des modernen Menschen Folgendes: „Die menschliche Fähigkeit, zu nützlichen Einsichten für die Alltagsbewältigung wie für die Zukunftsgestaltung zu gelangen, ist allerdings durch mancherlei hinderliche Einflüsse gefährdet: durch Vergessen und Ausblenden, einseitige Betrachtungsweisen und voreilige Verallgemeinerungen, durch Versinken im Detail oder ungeordnete Informationsüberflutung, durch interessegeleitete Verschleierung oder die fatale Unterschätzung des Nichtwissens im Verhältnis zum Wissen.“⁽²⁾

Ein ausführlicher Artikel über Gasfracking ist unter dem Titel „Von Börsen-, Gas- und Giftblasen“ in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift politische ökologie (Band 133) erschienen. Den Beitrag hat die Autorin gemeinsam mit Dr. Werner Neumann, dem BUND AK-Sprecher Energie und Leiter der BUND AG Gasfracking, verfasst.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) www.kurzlink.de/bund-frackingverbot
- ▶ (2) <https://de.wikipedia.org/wiki/Mensch>

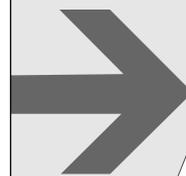
Claudia Baitinger ist Sprecherin des BUND AK Immissionsschutz und damit Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des BUND. Sie leitet in Nordrhein-Westfalen den BUND Landesarbeitskreis technischer Umweltschutz und innerhalb dieses AK die AG Gasfracking, die mit Bekanntwerden der Frackinganträge im Norden von NRW im Oktober 2010 gegründet wurde. Baitinger war bis zu ihrem Ruhestand als Biologie- und Chemielehrerin tätig.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 92409832
E-Mail: claudia.baitinger@bund.net
www.bund-nrw.de



Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Aktuelle Erkenntnisse

Die Nachhaltigkeitsforschung berücksichtigt aktuelle Erkenntnisse der Psychologie bisher viel zu wenig. Gerade Untersuchungen zur Nachhaltigkeit von Lebensstilen können von diesen profitieren. Denn psychische Ressourcen wie Genussfähigkeit, Selbstakzeptanz, Selbstwirksamkeit, Achtsamkeit, Sinnkonstruktion und Solidarität sind hier von zentraler Bedeutung – vor allem in der Praxis von Gesundheitsförderung, Schulen und Hochschulen oder in Unternehmen und Non-Profit-Organisationen.

M. Hunecke
Psychologie der Nachhaltigkeit
Psychische Ressourcen für
Postwachstumsgesellschaften

124 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-452-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Europäische Handelspolitik

Demokratiefreie Zone

Globale Geheimverhandlungen schützen Investoren – Bürgerinnen und Bürger bleiben außen vor

Am Beispiel des transatlantischen Freihandelsabkommens, über das die EU und die USA seit dem Sommer verhandeln, wird deutlich: Die Abgeordneten diesseits und jenseits des Atlantiks sowie deren Wähler werden nicht an der Diskussion über die Folgen einer solchen Vereinbarung beteiligt. Denn bei der Wirtschafts- und Handelspolitik gilt strengste Geheimhaltung. ■ VON JÜRGEN MAIER, FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Edward Snowden ist es zu verdanken, dass die Welt wieder einmal daran erinnert wurde, in welchem Ausmaß die amerikanischen und britischen Geheimdienste die Kommunikationskanäle der Welt anzapfen. Mal sehen, wie schnell sie es diesmal vergisst. Wirklich neu an den Enthüllungen des ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters Snowden ist eigentlich nur, dass die USA sogar europäische Botschaften verwandt haben.

Für die jetzt anlaufenden Verhandlungen für die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) bedeutet das vor allem, dass die US-Regierung über alle Entscheidungsprozesse und Verhandlungsstrategien der Europäer bestens informiert ist. Das unterscheidet sie von der europäischen und auch der amerikanischen Öffentlichkeit. Die erfährt so was nämlich nicht.

Transparenz? Fehlanzeige

Handelspolitik läuft traditionell unter größter Geheimhaltung, mit der Begründung, die Verhandlungspartner dürften die eigene Verhandlungsstrategie nicht wissen, sonst könnten sie „uns“ ja austricksen. Dementsprechend beschlossen EU-Ministerrat und EU-Kommission auch für die TTIP-Verhandlungen ein geheimes Mandat. Die Verhandlungsschritte sind auch geheim (außer für ein vertraulich tagendes kleines Gremium des Europaparlaments) – und am Ende kommt ein Handelsabkommen heraus, das die parlamentarischen Gremien nur noch abnicken, aber nicht mehr ändern können. Rein theoretisch könnten sie es auch ablehnen, aber das haben sie noch nie getan.

Zum Glück sickern die offiziellen Verhandlungsmandate meistens irgendwie durch, aber darauf sollte eine Demokratie nicht aufgebaut sein.

Es geht bei den Gesprächen über die Freihandelspartnerschaft längst nicht mehr nur um ein paar Zollsätze. Seit Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) ist hier schon weitgehend alles liberalisiert. Aber die WTO ist ins Stocken gekommen, seit immer mehr Menschen gemerkt haben, dass ihr Ziel eine weitgehende Deregulierung der Wirtschaftspolitik ist. Die bilateralen Freihandelsabkommen, die seit der Paralyse der WTO insbesondere die EU-Kommission favorisiert, sind ebenfalls in erster Linie Abkommen zur Deregulierung und zum Schutz von Investoren vor Regulierung.

Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsschutz auf geringstem Niveau

„Gegenseitige Anerkennung von Standards“ wird das offiziell genannt, mit anderen Worten: Höhere Umwelt-, Arbeits- oder Verbraucherschutzstandards werden durch die Anerkennung des schwächeren Standards unterlaufen. Die EU-Kommission scheint hiermit kein Problem zu haben. Um genau so eine groß angelegte Deregulierung geht es beim geplanten Freihandelsabkommen TTIP schließlich in erster Linie. Die formale parlamentarische und öffentliche Partizipation ist gleich null, in Europa und den USA gleichermaßen: Sobald es um Handelsabkommen geht, herrscht Geheimdiplomatie wie zu Bismarcks Zeiten. Nur mit dem kleinen Unterschied, dass es lediglich vor der Öffentlichkeit geheim

gehalten wird, während der Verhandlungspartner US-Regierung natürlich alles bis ins Detail weiß. Dass sich Parlamente so etwas bieten lassen, grenzt schon an Arbeitsverweigerung – schließlich werden Abgeordnete dafür gewählt und bezahlt, die Exekutive zu kontrollieren. Das gilt nicht nur für das Europaparlament, sondern auch für die Abgeordneten der nationalen Parlamente. Die meisten der heutigen Handelsabkommen greifen nämlich so tief, dass sie „gemischte Kompetenzen“ von EU und Mitgliedstaaten berühren und deswegen von den nationalen Parlamenten mitbeschlossen werden müssen.

Lissaboner Vertrag mit demokratischem Defizit

Was aber passiert, wenn ein solches gemischtes Abkommen von einem Parlament eines Mitgliedstaates nicht ratifiziert wird? Genau das versuchen NGO-Kampagnen derzeit mit den beiden Freihandelsabkommen der EU mit Peru/Kolumbien beziehungsweise mit Zentralamerika zu erreichen. Diese beiden gemischten Abkommen haben der EU-Rat und das EU-Parlament bereits ratifiziert, und jetzt müssen ihn alle 28 Mitgliedstaaten ebenfalls in Kraft setzen.

Nachdem im Bundestag SPD, Grüne und Linke dagegengestimmt hatten, gab es Grund zur Hoffnung, dass sie dies auch im Bundesrat tun würden. Diese Hoffnung zerschlug sich leider, da die SPD nur bereit war, die beiden Abkommen dort abzulehnen, wo es nicht auf sie ankam, nämlich im Bundestag. Im Bundesrat aber stimmten SPD-Landesregierungen zu, es sei denn sie wurden von grünen oder linken Koaliti-

onspartnern daran gehindert. So passierten die Abkommen den Bundesrat, Deutschland hat ratifiziert.

Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags brachte jedoch Erstaunliches zutage. Es sollte die Frage beantworten, was eigentlich passieren würde, wenn der Bundesrat – oder auch der Bundestag – dem Abkommen mit Peru und Kolumbien nicht zustimmt und Deutschland somit nicht ratifizieren würde. Die Antwort ist: materiell gar nichts. Es spielt de facto keine Rolle, ob Deutschland oder irgendein anderes EU-Land nicht ratifiziert.

Nach der Ratifizierung durch das Europaparlament hat der EU-Ministerrat nämlich beschlossen, das Abkommen bereits vorläufig anzuwenden. Dies ist nach dem Lissaboner Vertrag möglich. Die vorläufige Anwendung wird durch die Ratifizierung des letzten Mitgliedstaates beendet, dann tritt das Abkommen formell in Kraft.

Was aber passiert, wenn die Ratifizierung scheitert, weil ein Mitgliedstaat nicht zustimmt? Diese Frage ist erstaunlicherweise nicht geregelt. Die Juristen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages nehmen an, dass die vorläufige Anwendung des Abkommens auf demselben Weg beendet werden kann, wie sie beschlossen wurde. Also durch Beschluss des EU-Rates.

Klingt in der Tat logisch. Nur: Was passiert, wenn die Bundesregierung diesen Antrag gar nicht stellt, oder wenn sie ihn zwar stellt, aber überstimmt wird?

Dafür gibt es natürlich auch keine Klausel im Lissaboner Vertrag. Mit anderen Worten: In einem solchen Fall bleibt das Abkommen auf unbestimmte Zeit provisorisch in Kraft. Ob Bundestag oder Bundesrat oder irgendein anderes Parlament eines Mitgliedstaates abgelehnt haben oder nicht, spielt dann also keine Rolle mehr. Ein Schelm, der Böses dabei denkt und unwillkürlich an den Obersten Sowjet denkt, der auch zu allem Ja und Amen sagte, was die Regierung ihm präsentierte.

Bundestag und Bundesrat brauchen Nachhilfe

Vermutlich ist das ein klar verfassungswidriger Zustand. Laut Grundgesetz müssen Bundestag und Bundesrat völkerrechtlichen Verträgen zustimmen. Es darf also nicht sein, dass ihr Votum kein Gewicht hat und ein solcher Vertrag unabhängig davon anwendbar ist. Interessanterweise löst diese Erkenntnis allenthalben großes Erstaunen aus, vor allem unter den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat. Man fragt sich, wie gründlich diese beiden Verfassungsorgane eigentlich derart wichtige Dokumente wie den Lissaboner Vertrag prüfen, bevor

sie zustimmen. Offenbar ziemlich schlampig. Ob so ein Zustand vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben würde, ist mehr als fraglich. Aber wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Die erste Voraussetzung wäre allerdings, dass ein Parlament in einem Mitgliedstaat ein Abkommen, das von A-Z im Geheimen verhandelt wurde und an dessen Zustandekommen es in keiner Weise beteiligt war, einfach mal ablehnt und einen Auftrag zur Neuverhandlung erteilt. Das wäre ja auch mal ein absolutes Novum.

Weiterführende Links

- ▶ EU-Kommission zur TTIP: www.ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip
- ▶ NGOs zur TTIP: www.kurzlink.de/positionspapier-ttip

Jürgen Maier leitet seit 1996 die Geschäftsstelle des Forums Umwelt & Entwicklung – und war für eine Reihe handelspolitischer NGO-Projekte verantwortlich wie die Welthandelskampagne „Gerechtigkeit Jetzt“ 1999 – 2005 oder das Projekt „Handel, Umwelt & Klima“ 2010 – 2012.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 6781775-88,
E-mail: info@forumue.de,
www.forumue.de



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Engagement

Das Lebensgefühl einer ganzen Generation an einem Auto festzumachen, so wie Florian Illies mit seiner Generation Golf – das würde heute nicht mehr funktionieren. In Zeiten weltweiter Vernetzung werden die Herausforderungen einer ökosozialen Transformation unserer Gesellschaften für junge Menschen immer wichtiger. Hier erhält nun die heutige Generation ein Gesicht und kommt selbst zu Wort. Autorin und Jugendliche eröffnen gemeinsame Perspektiven, wie wir die globalisierte Welt vor Ort gestalten können.

U. Gebhardt-Eßer
Generation Globalisierung
Nachhaltigkeit im pädagogischen Alltag

204 Seiten, broschiert, mit vielen z. T. farbigen Abbildungen,
19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-400-5

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Elektroschrott**Illegaler Export geht weiter**

■ 124.000 Tonnen zum Teil gefährlicher Elektroschrott werden jährlich aus Deutschland in Länder des Südens exportiert. In einer Anfrage an die Bundesregierung hatte die Bundestagsfraktion der Linken diese Zahl zum Anlass genommen und die unzureichenden Kontrollen von grenzüberschreitenden Abfällen bemängelt. Der Export defekter Elektrogeräte in Länder ohne ausreichende Entsorgungsstrukturen sei ein Verstoß gegen die Baseler Konvention von 1989 und somit illegal.

In ihrer Antwort erklärte die Bundesregierung Ende Juni, dass die Unterscheidung zwischen Abfall und gebrauchsfähigen Geräten schwer zu treffen sei. Die Neufassung der europäischen Richtlinie zu Elektro- und Elektronik-Altgeräten (2012/19/EU) beinhalte aber entsprechende Rechtsvorschriften, um illegale Exporte zu bekämpfen. Eine Prüfung, ob die Vertragsstaaten die Baseler Konvention einhalten, könne hingegen nicht erfolgen.

Der *umwelt aktuell* sagte der Linken-Abgeordnete Niema Movassat hierzu: „Die Bundesregierung versteckt sich hinter jeder Menge technischer und bürokratischer Details. Dabei fällt auf, wie wenige Daten die Bundesregierung zum eigenen Personaleinsatz bei der Abfallexportkontrolle, zu Rückverfolgbarkeit und zu Export-Empfängerstaaten erfasst. Doch sieht sie hier offensichtlich keinen Handlungsbedarf – ein Skandal gegenüber den Menschen, die in giftigen Dämpfen unseren Schrott auseinanderbauen müssen. Die Regierung verharmlost nicht nur das selbst verschuldete Desaster, sondern sieht sich auch überhaupt nicht in der Pflicht, die eigenen Aktivitäten gegen illegalen Elektroschrotthandel zu prüfen und auszubauen.“

Unterdessen kündigte die EU-Kommission Mitte Juli an, künftig stärker gegen illegale Abfallexporte aus EU-Staaten in

Entwicklungsländer in Asien und Afrika vorzugehen. Dafür sollen vor allem die Kontrollsysteme EU-weit gestärkt werden. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/linke-elektroschrott
- ▶ www.kurzlink.de/regierung-elektro
- ▶ www.ec.europa.eu/environment/waste/shipments/news.htm

Schiffsrecycling**EU beschließt neue Regeln**

■ Die EU-Staaten haben Ende Juni neuen Regeln zum Abwracken und Recycling von Schiffen zugestimmt. Das Europaparlament, der EU-Ministerrat und die EU-Kommission hatten den Kompromiss zuvor im Trilog ausgehandelt. Entsprechend der neuen Verordnung zum Schiffsrecycling dürfen Schiffe unter europäischer Flagge künftig nur noch in speziell ausgewiesenen und von der EU-Kommission genehmigten Einrichtungen recycelt werden.

Dem Stranden alter Schiffe in ärmeren Ländern soll damit ein Riegel vorgeschoben werden. Die neue Verordnung legt außerdem fest, dass alle Schiffe, die in europäischen Häfen einlaufen, künftig ein Verzeichnis aller verarbeiteten gefährlichen Stoffe mitführen müssen.

Das europäische Bündnis NGO Ship-breaking Platform kritisiert die neue Verordnung als unzureichend. Sie öffne den Reedereien Tür und Tor, die Gesetze zu umgehen. Beispielsweise bleibe der Verkauf alter, zu verschrottender Schiffe in Nicht-EU-Staaten möglich. „Es müssen wirtschaftliche Anreize für das Recycling von Schiffen gesetzt werden, andernfalls wird die europäische Schifffahrt auch weiterhin im Mittelpunkt von Skandalen um schwere Verschmutzungen der Küsten und die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen in den Entwicklungsländern stehen“, sagte EEB-Generalsekretär Jeremy Wates. Die Idee eines EU-Fonds für Schiffsabwrackung als finanzielles Anreizsystem hatte im EU-Parlament allerdings keine Mehrheit gefunden (umwelt aktuell 06.2013, S. 8). [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/ngoshipbreaking-pm13
- ▶ www.kurzlink.de/eu-stranding-ships13

Plastiktütenverbot**„Sag Nein zu Plastik“**

■ In selbst gefertigten Kostümen aus konventionellen Plastiktüten demonstrierten Berliner StudentInnen im Juli für ein bundesweites Verbot von Kunststofftragetaschen. Eine Abgabepflicht für Plastiktüten, wie sie UBA-Präsident Jochen Flasbarth gefordert hatte, ist ihnen nicht radikal genug. Noch bis 2014 läuft auch eine Petition für ein Plastiktütenverbot.

Der Gebrauch von Plastiktüten erfordere nicht nur einen hohen fossilen Ressourceneinsatz von Erdöl, sondern verschmutze unwiderruflich die Umwelt, insbesondere die Weltmeere. Dennoch liegt laut Umweltbundesamt (UBA) der jährliche Plastiktütenverbrauch in Deutschland bei 71 Tüten pro Kopf. Benutzt werden diese durchschnittlich nicht länger als 25 Minuten. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/petition-plastiktute
- ▶ www.bundesumweltamt.de
- ▶ www.klimaretter.info/konsum/hintergrund/13976

Duales System**Recycling wird teurer**

■ Das Grüne-Punkt-Unternehmen Duales System Deutschland (DSD) will Entgelte für das Recycling von Verpackungsmüll ab 2014 um bis zu acht Prozent erhöhen. HerstellerInnen und VerbraucherInnen müssten dann tiefer in die Tasche greifen. DSD begründet den Schritt mit gestiegenen Energie- und Personalkosten. Medienberichten zufolge fordern kommunale Entsorger nun, den Grünen Punkt ganz abzuschaffen. Die Kommunen wollen nicht mehr nur die teure Entsorgung von Restmüll durchführen und privaten Entsorgern das lukrative Recycling von Wertstoffen überlassen. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/dsd-preisanpassung

Nanotechnologie**EU-Parlament will Verbraucher schützen**

■ Mitte Juni hat das Europäische Parlament eine nicht verbindliche Resolution verabschiedet, in der es eine Neuausrichtung der EU-Verbraucherpolitik fordert. Diese müsse zukünftig auch den Schutz der VerbraucherInnen vor potenziellen Gefahren der Nanotechnologie umfassen.

Die Europaabgeordneten machen sich in dem angenommenen Text für angemessenen Verbraucherschutz und Produktsicherheit in den europäischen Märkten für Konsumgüter stark, die auf Grundlage von Nanotechnologie hergestellt wurden. Darüber hinaus betonen sie „die Notwendigkeit, Unabhängigkeit und Transparenz wissenschaftlicher Expertise insbesondere im Bereich der Gesundheits-, Umwelt- und Ernährungspolitik zu gewährleisten, um ein Höchstmaß an Gesundheits- und Verbraucherschutz garantieren zu können.“ [dh]

► www.kurzlink.de/ep-res-consumer-2013

REACH**Vier neue giftige Chemikalien auf Kandidatenliste**

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat Ende Juni sechs neue besonders besorgniserregende Stoffe auf die Kandidatenliste der EU-Chemikalienverordnung REACH gesetzt. Zu den Stoffen gehören zwei Vorläuferstoffe zur Antihafbeschichtung, Perfluoroctansäure (PFOA) und Ammonium-Perfluoroctansäure (APFO), die beide persistent, bioakkumulativ und toxisch (PBT) sind.

Die vier weiteren neuen Kandidaten sind Kadmium, Kadmiumoxid, der Weichmacher Dipentylphthalat und Nonylphenolethoxylat. Die Neuzugänge erweitern die Kandidatenliste auf 144 Stoffe, die schließlich auf das Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe des Annex XIV von REACH kommen sollen. Firmen, die

diese Stoffe verwenden wollen, müssen zuvor die Zustimmung der ECHA einholen.

Ende Juli nahm die Chemikalienagentur auf Drängen deutscher Behörden zudem BENPAT in den fortlaufenden Aktionsplan der Gemeinschaft (CoRAP) 2013–2015 zur sofortigen Bewertung auf. Die Chemikalie findet vor allem in der Herstellung von Gummiprodukten Verwendung und gilt als persistent, bioakkumulierbar und toxisch. [lr]

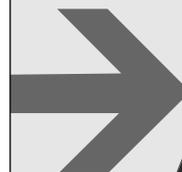
► www.kurzlink.de/echa-reach-list2013

Chemikalieneinsatz**Medizintechnik ohne Nebenwirkungen**

■ Noch immer werden zwei Gruppen gefährlicher Chemikalien häufig in Medizinprodukten verwendet: zum einen Substanzen, die krebserregend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend wirken (CMR-Stoffe), zum anderen endokrine Disruptoren (EDC), die das Hormonsystem stören können. Einige Europaabgeordnete sprachen sich Ende Juni im Umweltausschuss dafür aus, den Einsatz dieser Stoffe stärker zu regulieren.

Der EU-Umweltausschuss berät derzeit federführend über einen Revisionsvorschlag der EU-Kommission zur Medizinprodukterichtlinie. Einige ParlamentarierInnen forderten in Ergänzungsanträgen das Verbot von CMR-Stoffen in medizinischen Geräten, sofern diese durch eine umwelt- und gesundheitsverträglichere Alternative ersetzt werden können. Auch der Binnenmarkts- und Verbraucherschutzausschuss sowie der Parlamentsausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten hatten sich in Stellungnahmen Mitte Juni für eine strikte Regulierung des Chemikalieneinsatzes in Medizinprodukten ausgesprochen.

Das Bündnis Health Care Without Harm (HCWH) rechnet damit, dass die verschärfenden Änderungsanträge im Ausschuss eine Mehrheit finden und

Nachhaltigkeit**A-Z****T wie Tropfen**

Seit gut zehn Jahren sind die Wasserbetriebe Berlins teilprivatisiert, im Ergebnis sehen sich Kritiker wie Befürworter bestätigt. Mit Fokus auf die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zieht dieses Buch eine nüchterne Bilanz: Das Allgemeinwohl droht im Strudel von Investoreninteressen und staatlichem Machtverlust unterzugehen, die Bürger verlieren in vielerlei Hinsicht, etwa bei Qualität, Preis oder dem Erhalt der Infrastruktur.

F. Hüesker
Kommunale Daseinsvorsorge in der Wasserwirtschaft
Auswirkungen der Privatisierung
am Beispiel der Wasserbetriebe Berlins

Hochschulschriften zur Nachhaltigkeit Band 51
350 Seiten, broschiert, 39,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-274-2

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

„der Anfang für eine giftfreie europäische Gesundheitspolitik gemacht wird“. [dh]

- ▶ Parlamentsbericht zur Richtlinie:
www.kurzlink.de/ep-mddirect-draft13
- ▶ HCWH-Stellungnahme (engl., PDF):
www.kurzlink.de/hcwh-declaration2013

Luftverschmutzung in China

Kohle kostet Lebensjahre

■ Menschen, die im Norden Chinas leben, haben eine um etwa fünfeneinhalb Jahre kürzere Lebenserwartung als SüdchinesInnen. Der Grund: das großflächige und kostenlose Heizen mit Kohle im Norden des Landes. Das fand ein internationales Forschungsteam mit WissenschaftlerInnen aus China, Israel und den USA heraus.

Bislang war nur der Einfluss von Luftverschmutzung auf die Gesundheit erforscht worden. Um zu beurteilen, inwieweit Umweltschäden auch die Lebenserwartung von Menschen beeinflussen, fehlten indes die notwendigen Daten. Die unterschiedliche Kohlepolitik der chinesischen Regierung im Norden und Süden des Landes sowie die geringen Migrationsraten zwischen Nord- und Südchina machten den Vergleich nun möglich. [dh]

- ▶ Abstract der Studie: www.kurzlink.de/airqual-chi-abstract

EU-Luftpolitik

Soll erfüllt und doch nicht ausreichend

■ Ein Ende Juni veröffentlichter Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zeigt, dass die EU bei ihren internationalen Verpflichtungen zum Abbau gefährlicher Luftschadstoffe ihr Soll erfüllt hat. Für den Schutz von Umwelt und Gesundheit könnten aber auch diese Anstrengungen zu wenig sein. Das verdeutlicht eine Studie der Weltgesund-

heitsorganisation (WHO), die Anfang Juli vorgestellt wurde.

Die Emissionen von Stickoxid (NO_x), flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan (NMVOC), Schwefeloxid (SO_x) und Ammoniak (NH₃) konnten EU-weit in den vergangenen Jahren reduziert werden. Teilweise wurden sogar schon 2011 die für 2020 vereinbarten Zielwerte fast erreicht. Nur bei NO_x liegen die Emissionen noch über den vereinbarten Reduktionszielen.

Der Direktor der EEA Hans Bruyninckx zieht daher ein positives Fazit der Luftreinhaltepolitik der EU, appelliert aber auch an die europäischen EntscheidungsträgerInnen: „Europa muss weiter gehen als die internationalen Vereinbarungen verlangen. Wir dürfen uns nicht länger nur mit technischen Regeln aufhalten, sondern müssen strukturelle Änderungen in unserer Wirtschaft und in der internationalen Zusammenarbeit erzielen.“

Ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation über Zusammenhänge von Luftverschmutzung und Gesundheitsaspekten untermauert die Forderung des EEA-Chefs. Die WHO kommt zu dem Schluss, dass Luftschadstoffe schon in geringen Mengen die Gesundheit der Menschen beeinträchtigen können. Gerade bei Kindern wirken sich Verunreinigungen der Luft negativ auf die Entwicklung des Nervensystems aus.

Die Umwelt- und Gesundheitsschutzorganisation HEAL appellierte daher an die EU-Kommission und an die EU-Mitgliedstaaten, bei der für den Herbst geplanten Überarbeitung der europäischen Luftreinhaltepolitik ehrgeizige Ziele zu verfolgen. „Die WHO-Erkenntnisse sind ein Weckruf an die europäische Politik, diese Probleme nun ernsthaft und engagiert anzugehen“, erklärte die stellvertretende HEAL-Direktorin Anne Stauffer. [dh]

- ▶ EEA-Bericht (engl.):
www.kurzlink.de/eea-eu-airqual-rep13
- ▶ WHO-Bericht (engl., PDF):
www.kurzlink.de/who-eu-air-health13
- ▶ HEAL, Anne Stauffer, Tel. +32 (0)2 / 23436-43, E-Mail: anne@env-health.org, www.env-health.org

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Nachhaltige Entwicklung

EU will umfassende Post-2015-Agenda

■ Im Herbst dieses Jahres stehen Sonderverhandlungen der Vereinten Nationen zur Bewertung der Millenniumsentwicklungsziele und zur Beratung über das weitere Vorgehen nach deren Zieljahr 2015 an. Bei ihrer Ratssitzung Mitte Juni beschlossen die EU-Umweltminister das europäische Engagement für eine universelle Post-2015-Agenda. Die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichten sich, eine aktive und konstruktive Rolle in den laufenden Post-2015-Prozessen einzunehmen und sich für eine umfassende politische Agenda einzusetzen. Diese sollte die internationale Gemeinschaft verpflichten, Armut zu bekämpfen und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Auch die Nachbereitung der Rio+20-Konferenz im vergangenen Jahr stand auf der Tagesordnung des Umweltministerrats. Dabei ging es vor allem um den Bericht einer High-Level-Expertenkommission des UN-Generalsekretärs über die Post-2015-Agenda und die Entwicklung von Nachhaltigkeitszielen (SDGs). Die Minister begrüßten den Bericht und betonten, dass es besonders wichtig sei, den ökologischen Aspekt der nachhaltigen Entwicklung in den SDGs zu verankern. Dennoch müsse auch die Balance zur sozialen und wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit gehalten werden. [dh]

- ▶ Mitteilung der EU-Kommission (PDF):
www.kurzlink.de/kom2013-92-final

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimapolitik

Richtet sich die USA neu aus?

■ US-Präsident Barack Obama hat Ende Juni in einer Rede angekündigt, die Anstrengungen für einen internationalen Klimavertrag zu verstärken. Die USA wollen künftig eine Führungsrolle in der Klimapolitik spielen.

In seiner Rede kündigte Obama an, vor allem die CO₂-Emissionen von Kohlekraftwerken reduzieren zu wollen. So soll die Umweltschutzagentur (EPA) nun auch Emissionsbegrenzungen für bereits bestehende Kraftwerke einführen. Die USA planen zudem, verstärkt auf Fracking und Atomkraft setzen. Außerdem will die US-Regierung mehr öffentliche Flächen für Wind- und Solarprojekte zur Verfügung stellen, Subventionen für die Ölindustrie senken und durch Energiesparmaßnahmen den CO₂-Ausstoß um drei Milliarden Tonnen reduzieren.

EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard mahnte nach Berichten der Süddeutschen Zeitung (SZ), dass Obamas Ankündigungen nun Taten folgen müssten. Kommissionspräsident Barroso erhoffte sich von Obamas Bekenntnissen neuen Schwung für die internationalen Klimaverhandlungen.

CAN-Europe forderte die EU auf, es den USA gleichzutun und CO₂-Emissionen aus Kohlekraft zu reduzieren. Kathrin Gutmann, Kohleexpertin bei CAN-Europe, sagte: „In den letzten Jahren hatten wir einen Anstieg der Kohleverstromung zu verzeichnen. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir brauchen, damit wir noch eine Chance haben, die Klimakrise zu meistern.“ Die EU könne sich nun nicht mehr hinter dem Nichthandeln anderer Länder verstecken und müsse ihre Anstrengungen gegen den Klimawandel verstärken. Dazu müssten die europäischen Kohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet werden. [am]

► Video der Rede: www.kurzlink.de/obamavid13

Anpassung an den Klimawandel**EU-Umweltminister handeln**

■ Der europäische Umweltministerrat hat den Vorschlag der EU-Kommission begrüßt, die strategische Anpassung an den Klimawandel zu fördern. In ihrer Sitzung am 18. Juni in Luxemburg berieten die Umweltminister unter anderem über das weitere Vorgehen gegen die Erderwärmung.

Sie betonten die Dringlichkeit für die globale Gemeinschaft, Klimaschutzmaßnahmen zur Einhaltung des Zwei-Grad-Ziels zu treffen, um besonders gefährdete Regionen und Gesellschaftsgruppen zu schützen. Dafür sei eine Zusammenarbeit nicht nur auf allen Ebenen innerhalb der Mitgliedstaaten, sondern vor allem über Ländergrenzen hinweg erforderlich.

Der Rat empfiehlt der Kommission, weitere Anpassungsmaßnahmen in relevanten Handlungsfeldern zu unterstützen – insbesondere in Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft, Fischerei, Kohäsionspolitik und Infrastruktur. Auch private Haushalte und Unternehmen können zur Anpassung an den Klimawandel beitragen. Weiter sollten Investitionen in Versicherungen und andere finanzielle Stützen im Katastrophenfall attraktiver gestaltet werden, bekräftigte der Ministerrat.

Die EU-Kommission hatte im April eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel sowie ein Grünbuch über Versicherungen gegen Katastrophenschäden veröffentlicht. Ziel ist es, zeitnah die Möglichkeiten der EU zu erhöhen, auf die Einflüsse des Klimawandels zu reagieren. [es]

► DNR-Steckbrief: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-anpassung-2013.pdf

Europäischer Emissionshandel I**Nein, Ja, Jein?**

■ Anfang Juli hat das Europäische Parlament dem Kommissionsvorschlag zur Verknappung von CO₂-Zertifikaten im Europäischen Emissionshandel (ETS) mit 344 zu 311 Stimmen doch noch zugestimmt.

Noch im April hatte das Parlament den Vorschlag abgelehnt.

Nun werden 900 Millionen CO₂-Zertifikate zeitweise vom Markt genommen und in die Handelsperiode ab 2019 verschoben, solange eine Abwanderung von Industrien ausgeschlossen werden kann. Die Abstimmung wirkte sich umgehend auf den Zertifikatspreis aus – er stieg von 3,25 Euro auf 4,70 Euro. Dieser leichte Preisanstieg wird jedoch das Problem des ETS nicht lösen, besonders wenn man bedenkt, dass Schätzungen zufolge erst ein Zertifikatspreis von 30 bis 40 Euro die nötigen Investitionsanreize in CO₂-arme Technologien bringt. Auch Klimaexperten von mehreren Umwelt- und Entwicklungsorganisationen wie BUND, Oxfam, CAN Europe und Greenpeace sind sich einig: Die Entscheidung des Parlaments ist nur der erste Schritt in die richtige Richtung. Nun muss eine grundlegende Reform des ETS folgen. Dem stimmte auch EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard zu.

Der EU-Ministerrat muss auch noch sein Okay für die geplante Verknappung der Zertifikate geben. [lr]

Europäischer Emissionshandel II**Mehr kostenlose CO₂-Zertifikate**

■ Sechs neue Industriezweige können ab 2014 freie Emissionshandelszertifikate erhalten. So wurden unter anderem die Produktion von Gips und Gipsplatten, die Verarbeitung von Kartoffelprodukten und das Freiformschmieden auf die Carbon-Leakage-Liste aufgenommen. Umweltorganisationen kritisieren, dass in Wirklichkeit nur bei wenigen Unternehmen die Gefahr bestünde, dass sie ins Ausland abwandern. Aktuell sei der CO₂-Preis so niedrig, dass die Ausnahmen nicht ausgeweitet, sondern begrenzt werden müssten.

Eine Revision der Carbon-Leakage-Liste steht für 2015 an. Noch ist unklar, ob die Kommission die Zuteilung freier CO₂-Zertifikate dann einschränken wird. [sl]

► www.ec.europa.eu/clima/policies/ets/cap/leakage

Energieintensive Industrie

Industrierabatte belasten private Haushalte

■ Eine von den Grünen in Auftrag gegebene Studie verheißt für Privatverbraucher nichts Gutes: Die Nachlässe für von der Netzentgeltumlage befreite Unternehmen könnten im kommenden Jahr um bis zu 50 Prozent auf etwa eine bis 1,2 Milliarden Euro steigen. Die Privatverbraucher müssten für diese Kosten aufkommen. Aus einer von der Umweltschutzorganisation Greenpeace in Auftrag gegebenen Studie geht außerdem hervor, dass es einen Anstieg der Ökostromumlage von 5,27 Cent auf 6,1 Cent pro Kilowattstunde geben wird. Andere rechnen sogar mit bis zu 6,5 Cent.

Energieintensive Industriebetriebe erhalten besondere Vergünstigungen bei den Energiepreisen. Es werden zahlreiche Ausnahmeregelungen und Vergünstigungen bei Steuern, Umlagen und Abgaben auf den Energieverbrauch gewährt: bei der EEG- und KWK-Umlage, den Netzentgelten, den direkten und indirekten Beiträgen der Emissionsminderungsverpflichtung, bei der Energie- und Stromsteuer sowie bei der anteiligen Übernahme der Infrastrukturkosten für Verteilnetze. Dies verlagert insgesamt Kosten von 16 Milliarden Euro im Jahr von den begünstigten Unterneh-

men auf private Stromverbraucherinnen und -verbraucher, Gewerbetreibende und Mittelstand.

Von sinkenden Kosten profitiert hingegen die Industrie. Dem Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) zufolge sind die Preise für Industriestrom im vergangenen Monat im VIK-Strompreisindex um 136 Prozentpunkte gesunken und liegen damit so niedrig wie zuletzt in 2005. [sl, Quelle: klima-allianz]

- ▶ Analyse des FÖS: www.kurzlink.de/foes13-07
- ▶ Greenpeace-Studie: www.oeko.de/aktuelles/dok/1552.php
- ▶ www.klima-allianz.de

Agrarkraftstoffe**Mehr Teller statt Tank**

■ Bis 2020 soll konventioneller Biosprit aus Mais, Raps oder Palmöl nur noch 5,5 Prozent des Kraftstoffverbrauchs im Verkehrssektor ausmachen. Mit dieser Entscheidung begrenzte der EU-Umweltausschuss Mitte Juli den Einsatz von Agrarkraftstoffen, die mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren. Auch die Auswirkungen indirekter Landnutzungsänderungen sollen künftig in den Nachhaltigkeitskriterien der Erneuerbaren-

Energien-Richtlinie und ab 2020 in der Kraftstoffqualitätsrichtlinie berücksichtigt werden. Außerdem sollen zwei Prozent des Endenergieverbrauchs im Verkehr ab 2020 aus Biokraftstoffen der zweiten Generation kommen.

Als „überfällig, aber noch nicht ausreichend“ bewertet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Entscheidung des Umweltausschusses. „Der Einsatz von Agrokraftstoffen bringt für das Klima keine Vorteile, führt aber zu erheblichen Schäden in der Natur und verschärft das globale Hungerproblem“, sagte Kathrin Birkel, Biospritexpertin des BUND. „Statt im Verkehrsbereich weiter auf Ersatztreibstoffe aus Nahrungsmitteln zu setzen, müssen Spriteinsparung und Effizienz der Fahrzeuge oberste Maxime werden.“

92 Prozent des Agrosprits in der EU stammen aus Nahrungspflanzen. Durch den Anbau von Rohstoffen für Agrosprit kommt es vor allem in Entwicklungsländern zu Land- und Wasserraub. In Deutschland ist unter anderem aufgrund des stark gestiegenen Anbaus von Raps zur Kraftstoffproduktion ein Rückgang der Artenvielfalt zu verzeichnen.

Im Herbst entscheidet nun das Plenum des EU-Parlaments über die Richtlinie. Die Mitgliedstaaten haben noch nicht über den Gesetzentwurf abgestimmt, hat-

**Damit Deutschland nicht nachzahlt**

Die Energiekosten in Deutschland steigen, viele Haushalte müssen hohe Nachzahlungen für Strom und Heizung leisten. Das tut besonders denen weh, die sowieso schon jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

Sollen wir deshalb doch wieder auf (vermeintlich billigen) Atomstrom setzen? Dass es jenseits platter Polemik auch anders geht, zeigt Michael Kopatz: Er stellt Maßnahmen vor, mit denen sich die Energiewende fair und sozial verträglich realisieren lässt.

Michael Kopatz u. a., Wuppertal Institut (Hrsg.)

Energiewende. Aber fair!

Wie sich die Energiezukunft sozial tragfähig gestalten lässt

296 Seiten, Broschur, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-428-9
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ten sich bislang jedoch gegen eine Begrenzung des Einsatzes von Agrarkraftstoffen ausgesprochen. [s]

- BUND, Biospritexpertin Kathrin Birkel,
Tel. +49 (0)30 / 27586-549,
E-Mail: kathrin.birkel@bund.net, www.bund.net

F-Gase

Verbot naht

■ Der EU-Umweltausschuss hat Mitte Juni einem Gesetzentwurf zum Verbot von F-Gasen zugestimmt, der ambitioniertere Ziele als der ursprüngliche Vorschlag der EU-Kommission verfolgt. So wollen die Abgeordneten die Nutzung von F-Gasen in neuen Klimaanlage und Kühlschränken bis 2020 verbieten.

Der Einsatz der gefährlichen Treibhausgase soll bis 2030 insgesamt um 84 Prozent verringert werden. Zwischen 2015 und 2020 soll ihr Gebrauch in den Bereichen reduziert werden, wo eine sichere, energie- und kosteneffiziente Alternative vorhanden ist. Des Weiteren sieht der Ausschuss Strafzahlungen für die Nutzung von F-Gasen und ein Exportverbot vor. Das Europäische Umweltbüro begrüßte den Vorstoß der ParlamentarierInnen. Der Vorschlag biete effektive Anreize für einen Übergang zu klimafreundlichen Alternativen.

Einen ähnlichen Vorgang gab es bereits in den 1980er-Jahren, als ein Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen zum Schutz der Ozonschicht dazu führte, dass F-Gase als Alternative zum Einsatz kamen. Damals war noch nicht bekannt, dass F-Gase mindestens genauso schädlich sind wie ihre Vorgänger.

Die Verhandlungen mit dem Ministerrat sollen voraussichtlich im Sommer beginnen, sobald dieser eine Position gefunden hat. Das Erderwärmungspotenzial von F-Gasen ist 23.000 Mal höher als das von Kohlendioxid. Seit 1990 sind die von F-Gasen verursachten Emissionen um 60 Prozent gestiegen. [lr]

- www.kurzlink.de/eu-parl-f-gase2013
- www.kurzlink.de/eeb-f-gase-07.2013

Atomkraft

Stresstests light?

■ Die EU-Kommission will verpflichtende Stresstests für alle Atomkraftwerke in der EU einführen. Einen entsprechenden Richtlinienvorschlag stellte Energiekommissar Günther Oettinger Mitte Juni in Brüssel vor.

Atomkraftwerke sollen demnach künftig alle sechs Jahre auf bestimmte Sicherheitsanforderungen hin untersucht werden, die die Mitgliedstaaten festlegen. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten Sicherheitsziele verabschieden, die garantieren, dass „bei Unfällen eine Freisetzung von Radioaktivität in die Umgebung praktisch ausgeschlossen ist“.

Umweltverbände und -politiker halten Oettingers Vorschlag für völlig unzureichend. Die Fraktionsvorsitzende der Europäischen Grünen Rebecca Harms glaubt nicht, dass die Richtlinie für mehr nukleare Sicherheit in Europa sorgen wird. Oettinger versuche mit dem Vorschlag vielmehr Akzeptanz für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken zu schaffen. Greenpeace kritisierte, dass die Gefahren durch Terrorangriffe, menschliche Fehler oder Sabotage in den Sicherheitsanforderungen ausgeklammert werden. Auch sei problematisch, dass immer nur einzelne Aspekte getestet werden sollen: So könnten manche Kraftwerksteile über Jahrzehnte ungeprüft bleiben.

Die Richtlinie wird nun von den EU-Energieministern verhandelt. Das EU-Parlament hat keine Mitspracherechte, sondern kann nur in einer unverbindlichen Resolution Stellung beziehen. [am]

- Richtlinienvorschlag: www.ec.europa.eu/energy/nuclear/safety/safety_de.htm

Staatliche Beihilfen

Subventionen für Atom

■ Mehrere Mitgliedstaaten wollen zukünftig Subventionen für Atomenergie erlauben. Das ist das Ergebnis einer Konsultation der EU-Kommission zur Revision

der EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen für Energie und Umweltschutz.

Unter anderem Frankreich, Großbritannien, Ungarn und Tschechien sprachen sich für Atomsубventionen aus, während Deutschland und Österreich gegen eine solche Regelung sind. Die EU-Kommission will die Revision der Beihilfen bis Jahresende abschließen. [sl]

- www.kurzlink.de/subv-atom

Endlagersuchgesetz

Zustimmung kurz vor knapp

■ Kurz vor der Sommerpause haben Bundestag und Bundesrat für das Gesetz über die Suche nach einem Atommüllendlager gestimmt. Der Gesetzentwurf von Bundesumweltminister Peter Altmaier wurde im Bundestag mit breiter Mehrheit angenommen; nur die Linkspartei stimmte dagegen. Auch den Bundesrat passierte das Gesetz, nachdem der Entwurf dort zunächst zu scheitern drohte (siehe umwelt aktuell 07.2013, S. 15). Der Gesetzestext sieht vor, dass keine weiteren Castoren mehr nach Gorleben rollen. Die Entscheidung, wo der Atommüll stattdessen zwischengelagert wird, wurde allerdings auf Anfang 2014 vertagt. Bisher hatten sich nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg bereit erklärt, einige Castoren aufzunehmen – aber nur unter der Bedingung, dass auch CDU-geführte Bundesländer Atommüll zwischenlagern.

Eine Enquetekommission, die die Kriterien zur Endlagerung festlegen soll, wurde von 24 auf 33 Mitglieder vergrößert. Ihr sollen acht WissenschaftlerInnen, jeweils zwei VertreterInnen von Gewerkschaften, Wirtschaft, Kirchen und Umweltverbänden sowie jeweils acht PolitikerInnen von Bundes- und Landesebene angehören. Die Mitglieder werden aber erst im September benannt. Insbesondere die Vergabe der Wissenschaftlerposten gilt dabei als umstritten.

Das alte AKW im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel scheidet allerdings als Zwischenlager aus, weil es nicht aus-

reichend gegen Terrorangriffe und Flugzeugabstürze geschützt ist. Das urteilte Ende Juni das Oberverwaltungsgericht Schleswig. Anwohner hatten bereits 2003 gegen die Sicherheitsprüfung durch die Strahlenschutzbehörde geklagt. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/endlager-gesetz-0713
- ▶ www.kurzlink.de/ovg-akw-brunsb-0613

CO₂-Speicherung

Wenig Interesse an CCS

■ CO₂-Speicherung (CCS) ist in Europa auf dem absteigenden Ast: Bei der zweiten Förderrunde aus Mitteln des Emissionshandels bewarb sich nur ein einziges Demonstrationsprojekt für CCS. Damit geht der Großteil der vorhandenen Mittel von rund 700 Millionen Euro an erneuerbare Projekte. Die endgültige Entscheidung über die Mittelvergabe steht im September 2014 an. [sl]

- ▶ www.ec.europa.eu/clima/policies/lowcarbon/ner300

Kaltreserve

Stromkunden zahlen für Versorgungssicherheit

■ Mitte Juni hat die Bundesregierung die Reservekraftwerksverordnung verabschiedet. Diese regelt gegen eine Entschädigung und befristet bis 2017 das Verbleiben von unrentablen Kraftwerken am Netz als Kaltreserve. Die Bundesregierung will auf diesem Weg die Netzstabilität und die Versorgungssicherheit gewährleisten. Die Kraftwerksbetreiber können sich mit Meilern, die sie eigentlich stilllegen wollen, als Kaltreserve auf ausgeschriebene Kapazitäten bewerben. Sie erhalten dann eine Entschädigung dafür, dass sie ihre unrentablen Kraftwerke nicht stilllegen. Die entstehenden Kosten sollen die Verbraucher tragen. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/bmwi-reservekraftvo13

Netzausbau

Dividende = Akzeptanz?

■ Die BürgerInnen sollen in den Ausbau der Stromnetze investieren können. Mit der sogenannten Bürgerdividende erhoffen sich Bundesumweltminister Peter Altmaier und die Übertragungsnetzbetreiber mehr Akzeptanz für den umstrittenen Netzausbau. Die Rendite auf die Beteiligung soll fünf Prozent betragen, die Mindesteinlage bei 1000 Euro liegen. Um die Beschaffung von Kapital für den Netzausbau geht es bei der Regelung nicht: Geld könnten die Betreiber günstiger am Kapitalmarkt bekommen. Die Mehrkosten für die administrativ aufwendige Bürgerbeteiligung wollen die Betreiber über die Netzentgelte auf die Stromkunden umlegen. Inwieweit sie das dürfen, muss die Bundesnetzagentur noch entscheiden. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/bureg-netz-dividende

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Irreführende Werbung

Regionalprodukte kommen oft nicht aus der Idylle

■ Die Stiftung Warentest brachte es ans Tageslicht: Gut zwei Drittel der regionalen Lebensmittel halten nicht, was ihr Etikett verspricht. Zwar stimmt laut Stiftung die Herkunftsangabe immer, aber die auf der Verpackung suggerierte ländliche Idylle trügt. Denn die meisten Produkte werden eben nicht auf saftgrünen Wiesen oder Weiden erzeugt, sondern in Großbetrieben jenseits malerischer Natur.

Die Warentestkontrolleure untersuchten Milch, Eier und Apfelsaft, die mit dem Attribut „aus der Region“ für sich warben. Im Chemielabor ermittelten sie die Herkunft der Waren. Regionale Eier stammten demnach häufig aus Bodenhaltung – glückliche Hühner, die im Freien Körner picken, Fehlanzeige. Apfelsaft kam teils

von Plantagen, teils von Streuobstwiesen. Vor allem die schlechte Rückverfolgbarkeit der Waren monierten die Tester. Auch zu lange Transportwege durch ganz Deutschland widersprechen dem Test zufolge dem Prinzip der regionalen Vermarktung.

Bioprodukte und Produkte von Regionalinitiativen schnitten insgesamt besser ab als andere. Verbrauchern hilft beim Einkauf bisher kein einheitliches Regionalsiegel, vergleichbar dem EU-Biosiegel. Ab Herbst wird möglicherweise das sogenannte Regionalfenster flächendeckend eingeführt, das die Kennzeichnung regionaler Lebensmittel transparenter machen soll. Zu den Trägern gehören unter anderem Bioland, Demeter und Naturland. [mbu]

- ▶ www.test.de/shop/test-hefte/test_07_2013/
- ▶ www.regionalfenster.de

Verbrauchersicherheit

Website schafft Klarheit

■ Mogelpackungen, Etikettenschwindel, irreführende Werbung – viele KundInnen sind beim Einkauf häufig verunsichert. Um Abhilfe zu schaffen, hat der Bundesverband Verbraucherzentrale (Vzbv) vor zwei Jahren das Internetportal „Lebensmittelklarheit“ gestartet. Aus Sicht der Verbraucherschützer hat es sich bewährt: Firmen nehmen die dort geäußerten Beschwerden offenbar ernst. Mehr als 7.300 Meldungen sind laut Vzbv seitdem online eingegangen, rund 3.700 Anfragen gestellt worden. Das teilte der Verband Ende Juli in Berlin mit.

Gerd Billen, Vorstand des Vzbv, forderte Hersteller und Anbieter zu mehr Transparenz für die Verbraucher auf: „Was drin ist, muss draufstehen. Und was draufsteht, muss drin sein.“ Zugleich sagte er, dass mehr Aufklärung nötig sei. Die Verbraucher hätten oft eine „idealisierte Vorstellung von der Landwirtschaft und der Lebensmittelverarbeitung“.

Die drei Themen, die die Verbraucher am meisten beschäftigen, seien die Zutaten und Zusatzstoffe, das Erscheinungsbild und die Kennzeichnung der Lebensmittel.

Als Erfolg wertete der Vzbv, dass von den mehr als 360 veröffentlichten Produktmeldungen inzwischen 107 geändert worden seien. [mbu]

► www.lebensmittelklarheit.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

EU macht Weg frei für grünere und gerechtere Landwirtschaft

■ Ende Juni haben sich die Landwirtschaftsminister der EU-Mitgliedstaaten sowie Vertreter des EU-Parlaments und der EU-Kommission auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik geeinigt. Mit dem Gesetzespaket soll die europäische Landwirtschaft umweltfreundlicher werden. Voraussichtlich im Herbst wird das EU-Parlament endgültig darüber abstimmen.

Zum ersten Mal gelten dann für die Agrarpolitik der Europäischen Union ökologische Mindeststandards. Für den Agrarhaushalt sind im Finanzrahmen der EU 2014–2020 insgesamt etwa 365 Milliarden Euro vorgesehen, fast 40 Prozent des gesamten EU-Haushalts. Die europäischen Landwirte müssen dem Kompromiss zufolge mehr für die Umwelt tun, wenn sie weiter Fördergelder aus Brüssel erhalten wollen. So müssen ab 2015 fünf Prozent der landwirtschaftlichen Fläche als ökologische Vorrangflächen nachgewiesen werden, ab 2017 wahrscheinlich sieben Prozent. Anrechenbar sind Flächen mit Hecken, Bäumen, Wildblumen oder Brachen. Für Grünflächen auf Flughäfen oder Golfplätzen beispielsweise gibt es aber keine Subventionen mehr. Bisher war das möglich gewesen. Wenn ein Landwirt gegen die Umweltauflagen verstößt, werden ihm mindestens 30 Prozent der Direktzahlungen gekürzt.

In dem Reformpaket ist auch festgelegt, dass landwirtschaftliche Betriebe ab zehn Hektar eine zweite Fruchtart anbauen

müssen, allerdings lediglich auf 25 Prozent der Fläche. De facto sind damit weiter Monokulturen erlaubt. Diese eingeschränkte Fruchtartenvielfalt hält der agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Martin Häusling für zu lasch. Er lobte die Reform aber als „Einstieg in den Umstieg“.

Bei der Agrarreform geht es auch um die gerechtere Verteilung der Fördergelder. Bisher kassierten die größten Betriebe am meisten, weil die direkten Subventionen pro Hektar berechnet wurden. In Zukunft haben die Mitgliedstaaten hier mehr Spielraum. Sie können die Zahlungen an Großbetriebe begrenzen oder kleineren Höfen deutlich mehr Prämien zur Verfügung stellen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) lehnt die Einigung ab, da sie auf Kosten der Umwelt erreicht worden sei, und kündigte weiteren Widerstand bis zur Parlamentsabstimmung im Herbst an.

Der NABU bezeichnete den Kompromiss als „überfälligen Kurswechsel mit gravierenden Schönheitsfehlern“. Der Verband appellierte an die Bundesregierung, nun sämtliche Möglichkeiten für eine Nachbesserung auf nationaler Ebene zu nutzen.

Der BUND lobte die Einigung als „Schritt hin zu einem Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft“. Aus Sicht des Verbandes muss Deutschland künftig die direkten Subventionen an Landwirte an den Erhalt von Arbeitsplätzen knüpfen und 15 Prozent dieses Geldes für die Umsetzung von Umweltprogrammen umwidmen.

Seit dem Frühjahr hatten Vertreter des EU-Rates, der EU-Kommission und des EU-Parlaments mehrmals im Trilog über einen Kompromiss für ihre unterschiedlichen Positionen verhandelt. Das Europäische Parlament wird voraussichtlich im Herbst endgültig über die Agrarreform abstimmen. [mbu]

- EU-Kommission zu Reformkompromiss: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/613)
- EU-Parlament zur Einigung (PDF) www.kurzlink.de/euparl-gapreform2013
- Grüne im EU-Parlament: www.greens-efa.eu/de.html
- www.eeb.org/EEB/index.cfm/news-events/news/green-cap-reform-in-tatters
- www.kurzlink.de/nabu-gapreform2013
- www.kurzlink.de/bund-gapreform2013

12. Fachtagung KRAFTSTOFFPFLANZENÖL

26.-27. September 2013 in Dresden-Pillnitz

Expertenworkshop zum Thema:

10.000 Traktoren mit biogenen Reinkraftstoffen für die Landwirtschaft

Zum 12. Mal veranstaltet die Bundeskontaktstelle Pflanzenöl der GRÜNEN LIGA gemeinsam mit dem Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und Geologie Sachsen die Fachtagung Kraftstoff Pflanzenöl in Dresden-Pillnitz.

Branchenverbände und der Deutsche Bauernverband haben eine Initiative für ein Marktanzreizprogramm gestartet, das in den nächsten fünf Jahren 10.000 Schlepper für Bio-Reinkraftstoffe auf den Markt bringen soll. Wir haben eine Expertenrunde aus Forschung und Politik initiiert, um diese Entwicklungen von Beginn an fundiert zu begleiten.

Neben aktuellen Themen wird in der Expertenrunde auch an die Jahrestage der beiden Pioniere Rudolf Diesel und Ludwig Elsbett erinnert. Dr. Hermann Golle, Entwickler und Erfinder, stellt seine Motor-Generator-Einheit für Blockheizkraftwerke vor, ein einzigartiges Konzept zur Strom- und Wärmeerzeugung.

Referenten u.a.:

Anita Walter, Netzwerk agrarANTRIEB, Radolfzell |
Dr. Konrad Jorschick, Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Dresden | Claudia Hildebrandt, Bundesamt für Naturschutz, Leipzig |
Dr. Edgar Remmele, TFZ – Technologie und Förderzentrum, Straubing | Thomas Kaiser, EuroNatur, Radolfzell | Peter Hettlich, B90/GRÜNE, Berlin |
Dr. Hermann Golle, Golle Motor GmbH, Dresden

Tagungsprogramm, Anmeldeunterlagen
und Infos unter: kraftstoffpflanzenoel.de



Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

agrARANTRIEB Pflanzenkraftstoff sinnvoll nutzen

Agrarreform Deutschland

Startschuss zur nationalen Umsetzung

■ Anfang Juli haben die deutschen AgrarministerInnen aus Bund und Ländern in Berlin über die Ergebnisse und Möglichkeiten der EU-Agrarreform beraten. Nach der Brüsseler Einigung über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ab 2014 müssen die Länder bis Ende des Jahres entscheiden, welche Programme aus dem Reformpaket sie anbieten. Damit die Landwirte so bald wie möglich erfahren, welche Förderung sie künftig erhalten können, sollen darüber auf der nächsten Agrarministerkonferenz Ende August in Würzburg erste Vereinbarungen getroffen werden.

Bundesagrarministerin Ilse Aigner schlug vor, statt die Zahlungen an Großbetriebe zu kürzen oder zu beschränken, in geringem Umfang Mittel auf die ersten Hektar jedes Betriebs aufzuschlagen, wie es die Brüsseler Einigung ermöglicht. Demnach soll der Prämienaufschlag für die ersten 15 Hektar 50 Euro pro Hektar und für die nächsten 15 Hektar 30 Euro pro Hektar betragen. Dauergrünland in benachteiligten Gebieten könnte eine Aufschlagszahlung von rund 40 Euro pro Hektar erhalten.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der BUND und

Euronatur kritisierten Aigners Vorschläge. Die AbL befürchtet, dass wieder nur Großbetriebe entlastet statt kleine Höfe gestärkt würden. Die Verbände fordern, die bäuerliche Landwirtschaft substanziell zu fördern. Die bäuerlichen Betriebe seien „die Grundlage für die notwendige Entwicklung hin zu einer ressourcenschonenden, umwelt- und tierschutzfördernden Lebensmittelerzeugung“. Die junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) und das Bündnis Junge Landwirtschaft verlangten in einem Positionspapier, gezielt Existenzgründer zu fördern und deren Bedürfnisse zu berücksichtigen. Dafür sollten die AgrarministerInnen die Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) voll ausschöpfen. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/konzept-gapref-bmelv
- ▶ www.abl-ev.de
- ▶ www.bund.net
- ▶ www.euronatur.org
- ▶ www.kurzlink.de/position-jabl-gapref

Bienensterben

Weiteres Ackergiftverbot

■ Der große Pestizideinsatz in der Landwirtschaft ist ein Grund für das EU-weite Bienensterben. Dagegen wollen EU-Kom-

mission und Mitgliedstaaten nun weitere Maßnahmen ergreifen: Nachdem die Kommission Ende April schon drei sogenannte Neonikotinoide verboten hatte, soll nun auch das Insektizid Fipronil auf die schwarze Liste kommen.

Im Mai hatte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) eine Risikobewertung für Fipronil veröffentlicht, das vom Chemiekonzern BASF hergestellt wird. Darin stuft die Behörde das Insektizid als gefährlich für Honigbienen ein, wenn es zur Saatgutbehandlung von Mais eingesetzt wird. Für andere Nutzpflanzen konnte die EFSA das Risiko nicht endgültig bewerten (EU-Umweltnews vom 28. Mai 2013). Fipronil wird als Breitbandinsektizid zur Kontrolle verschiedener Bodeninsekten während der Phase des Larvenwachstums verwendet.

Um das Bienensterben in Europa zu stoppen, soll der Einsatz von Fipronil nun deutlich eingeschränkt werden. Bei zwei Gegenstimmungen und drei Enthaltungen stimmten gestern 23 EU-Staaten für einen entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission. Demnach soll der Einsatz des Insektizids ab 2014 zur Behandlung von Mais- und Sonnenblumen-Saatgut verboten werden. Pflanzen, die ausschließlich in Gewächshäusern wachsen, dürfen allerdings auch weiterhin mit Fipronil behandelt werden. Die EU-Kommission



Global Player auf dem Prüfstand

Nachhaltigkeitsberichte großer Unternehmen sind bunt und schön – doch wo steckt ernsthaftes Engagement dahinter und was ist nur „Greenwashing“? Die „grüne“ Ratingagentur oekom research beurteilt seit 20 Jahren die Nachhaltigkeit von Unternehmen. Ihr Report definiert dafür sieben große Herausforderungen und zeigt, was die Global Player dazu beitragen, diese zu bewältigen. Er analysiert für verschiedene Branchen, welche Rolle soziale und ökologische Ziele spielen und benennt die jeweils besten Unternehmen.

oekom research (Hrsg.)
Globale Geschäfte – globale Verantwortung
 Wie die Global Player die großen Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung meistern

148 Seiten, broschiert, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-418-0
 Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



muss den Beschluss der Mitgliedstaaten noch formell annehmen, damit er in Kraft treten kann.

Bereits 2010 hatten französische Wissenschaftler vom Forschungszentrum CNRS in Montpellier errechnet, dass das Bienensterben weltweit bis zu 200 Milliarden Euro kosten könne. Bienen produzieren Honig und sorgen für die Bestäubung von Pflanzen – dadurch schafften die fleißigen Tiere eine Wertschöpfung in Milliardenhöhe. Das Bienensterben gefährde nun die Bestäubung von Pflanzen und damit auch die landwirtschaftliche Produktion. Auch die VerbraucherInnen bekämen das dann zu spüren: Auf zahlreiche Lebensmittel müssten sie künftig verzichten. [dh]

► www.kurzlink.de/bienen-fipronil-eu

Tierhaltung

Zu viel Antibiotika im Stall

■ Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern unternimmt Deutschland zu wenig gegen den hohen Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung. Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Europaabgeordnete Martin Häusling (Grüne) in Auftrag gegeben hatte.

In der Tiermast werden in Deutschland demnach mehr als doppelt so viel Antibiotika eingesetzt wie in der Humanmedizin – nämlich über 1.700 Tonnen im Vergleich zu 800 Tonnen. Dadurch steigt die Entwicklung von Resistenzen, was wiederum die Gesundheit der Menschen gefährdet. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben in der Europäischen Union jedes Jahr etwa 25.000 Menschen, weil ihre Infekte nicht mehr mit Antibiotika behandelt werden können.

Häusling fordert ein gesamteuropäisches Vorgehen dagegen. Denn „wenn eine Mehrzahl der Mitgliedstaaten das Antibiotikaproblem weiterhin negiert, gelangen durch den ausgeprägten europaweiten Nutztierhandel multiresistente Keime auch in Länder, die den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung restriktiv handhaben“, warnte er.

Dass es auch anders geht, zeigen die Beispiele Dänemark und Niederlande. So sanken der Studie zufolge in den Niederlanden die Verkaufszahlen von Antibiotika für Tiere innerhalb von drei Jahren um 50 Prozent. Kontrolliert werde dies über ein zentrales Datensystem. Auch Dänemark hat ein strenges Kontrollsystem eingeführt, bei dem Betriebe mit auffälligem Antibiotikaverbrauch im Internet genannt und dazu verpflichtet werden, den Medikamenteneinsatz zu senken.

In Deutschland hat sich unterdessen der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat auf einen Kompromiss zur Eindämmung des übermäßigen Antibiotikaverbrauchs geeinigt. In der geplanten Änderung des Arzneimittelgesetzes sind nun auch Sanktionen gegen Bauern vorgesehen, die ihren Tieren besonders häufig Medikamente verabreichen. Zudem müssen die Tierhalter in einer Datenbank angeben, wie oft und welche Mengen an Arznei sie ins Futter getan haben.

Die Tierschutzorganisation Vier Pfoten lobt zwar die geplante Novelle des Arzneimittelgesetzes, fordert aber darüber hinaus, die Haltungsbedingungen für Nutztiere an die Bedürfnisse der Tiere anzupassen. Die Landwirte müssten mit besseren Haltungsbedingungen dafür sorgen, dass die Tiere gar nicht erst krank werden, sagte Martina Stephany, Kampagnenleiterin von Vier Pfoten. [mbu]

- Studie über Antibiotikaeinsatz in Tierhaltung: www.kurzlink.de/antibiotika-tiermast
- www.vier-pfoten.de

Patentrecht

Deutsches Verbot für Tier- und Pflanzenpatente

■ Der Deutsche Bundestag hat Ende Juni Vorschriften im deutschen Patentgesetz so verändert, dass Patente auf Pflanzen und Tiere aus konventioneller Zucht verboten werden. Die Bundesregierung ist nun aufgefordert, sich auf europäischer Ebene für eine Präzisierung der Rechtsnormen

zu Patenten auf konventionell gezüchtete Nutzpflanzen und -tiere einzusetzen.

Damit sind nun einige rechtliche Grauzonen beseitigt und eine zentrale Forderung der Zivilgesellschaft erfüllt, die gesetzliche Verbote forderte, um Patente wie das jüngst erteilte auf „geköpften Brokkoli“ von Monsanto zu verhindern. Allerdings bietet das Patentgesetz aus Sicht der Initiative „Keine Patente auf Saatgut!“ nach wie vor große Schlupflöcher. Für das Europäische Patentamt (EPA) ist diese Gesetzesänderung ohnehin nicht bindend.

Daher appelliert „Keine Patente auf Saatgut!“ an den Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts, in dem die Repräsentanten der Staaten sitzen, die Auslegung des Patentrechts so zu ändern, dass Patente auf konventionelle Züchtung ausnahmslos verboten sind. Damit würde dann auch ein Beschluss des Europäischen Parlaments vom Mai 2012 umgesetzt werden.

In Deutschland werden derzeit Unterschriften gegen das Patent von Monsanto auf „geköpften Brokkoli“ gesammelt. Das soll den Druck auf Patentämter und die Verantwortlichen in der Politik verstärken.

„Keine Patente auf Saatgut!“ befürchtet, dass Patente die Marktkonzentration beim Saatgut weiter vorantreiben werden und die Grundlagen der Ernährung somit völlig abhängig von einigen wenigen internationalen Konzernen werden. [mbu]

- Novelle Patentrecht: www.kurzlink.de/patentnovelle06.2013
- Unterschriftenaktion gegen Brokkolipatent: www.kurzlink.de/brokkoli-einspruch

Genpflanzenzulassung

Kommt Smartstax-Mais auf den EU-Markt?

■ Nach zwei unentschiedenen Abstimmungen im dafür zuständigen Ausschuss liegt der Ball für die Importgenehmigung verschiedener genmodifizierter Maissorten nun bei EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg. Die Mitgliedstaaten konnten sich im Juni und im Juli nicht einigen. Der ►

agrarpolitische Sprecher der Grünen im Europaparlament Martin Häusling kritisierte vor allem, dass sich Deutschland bei den Abstimmungen enthalten hatte. Das komme einer Zustimmung gleich, sagte Häusling.

Bei dem Zulassungsverfahren geht es unter anderem um den „SmartStax“-Mais der US-Agrarkonzerne Monsanto und Dow. Er ist gegen zwei Unkrautvernichtungsmittel resistent und produziert selbst mehrere Insektengifte. Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA bewertete SmartStax positiv. Auch über den „Powercore“-Mais wollen Rat und Kommission abstimmen.

Nach Informationen des Instituts Testbiotech hatte die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA Zweifel an einer Studie über die Sicherheit von Powercore. So wies die EFSA zwar eine von Monsanto und Dow eingereichte Fütterungsstudie als unwissenschaftlich zurück, sprach sich dann aber dennoch für die Zulassung des Genmaises aus. Im Fall von Smartstax sieht Testbiotech noch nicht einmal die wissenschaftlichen Mindeststandards erfüllt. Demnach wurden Kombinationswirkungen der Gifte, die der Mais selbst produziert, und der Spritzmittelrückstände nicht untersucht.

Bei einer Protestaktion schickten 4.500 Bürgerinnen und Bürger E-Mails an EU-Kommissar Borg, in denen sie ihre Ablehnung des Genmaises mitteilten.

Unterdessen wurde bekannt, dass Monsanto laufende Anträge auf Anbaugenehmigungen für einige seiner Gentechnik-Pflanzen zurückziehen will. Laut Reuters sind davon fünf transgene Maissorten, eine Soja- und eine Zuckerrübenpflanze betroffen. Die EU bestätigte eine entsprechende Kontaktaufnahme. Die Erneuerung der Genehmigung des Genmaises MON810 – der einzigen Monsanto-Pflanze, die derzeit in der EU angebaut werden darf – strebt das Unternehmen nach eigenen Angaben allerdings weiterhin an. [mbu]

- ▶ Erste Abstimmung über Smartstax: www.db.zs-intern.de/uploads/1372681154-votingsheet_smartstax.pdf
- ▶ Testbiotech über Smartstax: www.testbiotech.de/node/554

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

LIFE-Programm

EU billigt neue Projekte und neuen Finanzrahmen

■ Die EU fördert 248 neue Projekte im Rahmen der aktuellen Förderperiode des LIFE-Programms. Die neuen Natur- und Umweltschutzprojekte erhalten Finanzmittel von insgesamt 281,4 Millionen Euro.

Der Umweltfonds der Europäischen Union unterstützt finanziell Natur- und Umweltschutzprojekte in den Bereichen Naturschutz, Klimawandel und Umweltpolitik sowie Umweltinformation und -kommunikation. Unter den neuen geförderten Projekten sind auch fünf deutsche Initiativen aus Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Diese haben ein Gesamtbudget von 11,2 Millionen Euro.

Zudem hat die EU-Kommission die Fördermaßnahmen der aktuellen LIFE-Periode von 2007–2013 ausgewertet. Demzufolge sind die Fördergelder des LIFE-Programms ungleich verteilt. In dieser Förderperiode hat die EU 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Während ein Großteil davon für Projekte in Italien, Spanien und Deutschland aufgewendet wurde, fielen die Zuwendungen für Projekte in den neuen EU-Mitgliedstaaten laut Kommission zu gering aus. Dies läge an dem hohen Verwaltungsaufwand zur Einreichung von Projektvorschlägen und an der mangelnden Vorerfahrung der neuen Mitgliedstaaten.

Deshalb soll die Förderung von Naturschutzprojekten für die nächste Förderperiode von 2014 bis 2020 erleichtert werden. Dazu haben sich das Europäische Parlament, die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Ende Juni geeinigt und den Rahmen für die nächste Förderperiode von 2014 bis 2020 festgelegt. Laut Einigung sollen AntragsstellerInnen für LIFE-Projekte künftig geringere Eigenanteile aufbringen müssen. Der Anteil der Kofinanzierung soll hingegen erhöht werden. Erstmals wird es in der nächsten

Förderperiode auch Zuschüsse für Projekte im Bereich Klimaschutz geben. Dieser Bereich wird mit über 850 Millionen Euro gefördert werden. Wie viel Geld die EU im Rahmen des LIFE-Programms insgesamt zur Verfügung stellen wird, ist noch offen. Bisher sieht die EU-Kommission dafür drei Milliarden Euro vor.

Umweltverbände begrüßen die Vorschläge, bemängeln jedoch, die Fördermittel würden den benötigten Bedarf an Naturschutzleistungen nicht decken können. Der Naturschutzbund Deutschland (NABU) fordert deshalb das Europaparlament und die Bundesregierung auf, das Programm für den Zeitraum von 2014 bis 2020 mit mindestens fünf Milliarden Euro auszustatten. Martina Mlinaric vom Europäischen Umweltbüro (EEB) sagte: „Die positive Ergebnisse der LIFE-Verhandlungen hinterlassen vor dem Hintergrund der Verringerung des gesamten EU-Budgets einen bitteren Nachgeschmack.“

Die EU-Regierungen und das europäische Parlament müssen die Einigung nun noch formal bestätigen. [ej]

- ▶ Neue LIFE-Projekte: www.kurzlink.de/neuelifep
- ▶ LIFE-Evaluation der Kommission: www.kurzlink.de/comevalife
- ▶ Stellungnahme EEB: www.kurzlink.de/eebpllife
- ▶ Stellungnahme NABU: www.kurzlink.de/nabupmlife

Nutzung genetischer Ressourcen

EU plant Biodiversitätsfonds

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat Anfang Juli dem Kommissionsvorschlag zum Zugang und zur gerechten Aufteilung der Vorteile, die durch die Nutzung genetischer Ressourcen entstehen, zugestimmt. In dieser Regelung ist auch ein Biodiversitätsfonds vorgesehen.

Laut Regelung sollen die Bereitsteller genetischer Ressourcen an den Gewinnen beteiligt werden, die durch die Nutzung ihrer Ressourcen oder ihres Wissens entstehen. Wenn die Bereitsteller der genetischen Ressourcen jedoch unbekannt sind, sollen die NutzerInnen in einen EU-Fonds

ein zahlen. Somit will die EU einen Rechtsrahmen für den Umgang mit Bio-Piraterie schaffen. Genauere Vorschläge zur Funktionsweise des Fonds wird die Europäische Kommission noch vorlegen. Die Regelung soll so lange in Kraft sein, bis ein globaler Mechanismus des Nagoya-Protokolls den Sachverhalt regelt.

Im Oktober wird das EU-Parlament im Plenum über den Vorschlag abstimmen. Danach verhandeln das Parlament und Repräsentanten der Mitgliedstaaten über den Vorschlag. [ej]

- Vorschlag der Kommission:
www.kurzlink.de/propcombdf

Europäischer Waldschutz

Abkommen vertagt

■ Im Juni endeten die Verhandlungen zum Europäischen Waldschutzabkommen (INC4) in Warschau. Die Vertreter der 46 beteiligten Länder konnten sich zwar zu den meisten Aspekten des Abkommens einigen, es soll jedoch erst beim nächsten Treffen im November abgesehen werden.

Grund für die Verzögerung war Uneinigkeit darüber, ob das Sekretariat des neuen Abkommens in der UN-Wirt-

schaftskommission für Europa (UNECE) oder der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) angesiedelt sein soll.

Der aktuelle Entwurf des Abkommens sieht vor, dass sich Länder verpflichten, die Funktion ihrer Wälder als CO₂-Senken zu nutzen und die Fragmentierung der Wälder zu verringern. Zudem soll verstärkt Holz als Ersatz für nichterneuerbare Energien genutzt werden.

Umweltorganisationen kritisieren, der Entwurf vernachlässige Naturschutzaspekte zugunsten wirtschaftlicher Interessen und ließe keine Beteiligung der Öffentlichkeit zu. „Das Abkommen fokussiert nachhaltiges Waldmanagement ohne klarzumachen, was das bedeutet. Es leistet keinen Beitrag, den Zustand oder den Schutz der europäischen Wälder zu verbessern und bietet eine rein wirtschaftliche Perspektive, die soziale, umweltbezogene und kulturelle Aspekte der aktuellen Gesetzgebung ausblendet“, sagte Saskia Ozinga von der europäischen Umweltorganisation FERN.

Wenn der Entwurf im November angenommen wird, sollen sich die Vertragspartner im Dreijahreszyklus treffen. [ej]

- Entwurf des Abkommens:
www.kurzlink.de/drafteuwsa
- Stellungnahme der NGOs:
www.kurzlink.de/wsasnngos

Entwaldung

Europas Wald-Fußabdruck wächst

■ Die EU trägt maßgeblich zur globalen Entwaldung bei. Dies zeigt eine im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführte Studie. Demnach ist der Import von Lebensmitteln hauptsächlich für die Entwaldung verantwortlich.

Die Anfang Juli veröffentlichte Studie untersucht die globale Entwaldung von 1990 bis 2008. Vor allem zeigt sie die Auswirkungen des Konsums in der EU auf die weltweite Entwaldung. Im Untersuchungszeitraum hatten EU-Importe einen Anteil von fast 36 Prozent an der Entwaldung, der durch den Handel mit Land- und Viehwirtschaftsproduktion entstand. Die gesamten EU-Importe verursachten im Jahr 2004 zehn Prozent der weltweiten Entwaldung.

Der Herausgeber der Studie, die belgische Beratungsfirma VITO, hat auch Maßnahmenvorschläge zur Reduktion importbedingter Entwaldung herausgegeben. Sie reichen von der Einführung eines Wald-Fußabdrucks bis hin zu höheren Zöllen auf Produkte, die zur Entwaldung beitragen. Das wollen auch Umweltverbände, gehen aber darüber hinaus. Der europäische Waldschutzverband FERN fordert

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Schicksal

In der Lubliner Heide an der Ostseeküste, wo bis 1990 ein Kernkraftwerk stand, wurde auch die Anlandestation der russischen Ostseepipeline gebaut. Und ausgerechnet inmitten dieser beliebten Tourismusregionen wird weiter versucht, Kohle- und Gaskraftwerke zu errichten. Die vorliegende Chronik zum tragischen Schicksal dieser Landschaft berichtet aber ebenso von den Erfolgen bürgerlichen Engagements für Umwelt- und Naturschutz.

G. Vater
Schwarzbuch Lubliner Heide
Eine Chronik der Umweltgefährdung und Naturzerstörung an der Ostseeküste

468 Seiten, mit vielen Abbildungen, broschiert, 29,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-449-4

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

die EU auf, einen Aktionsplan zu erstellen, der den Fleischkonsum und Lebensmittelabfälle reduzieren und sicherstellen soll, dass entwaldete Regionen direkt von den Maßnahmen profitieren.

Sebastian Rizzo von Greenpeace Europe sagte: „Europa hat gewaltige Teile der Wälder aufgefressen, um einen unstillbaren Hunger nach Fleisch, Energie und Holz zu decken. Die Studie zeigt, dass unser Waldfußabdruck weiter wachsen wird, wenn die EU keine Gegenmaßnahmen einleitet.“ Die EU-Kommission will nun weiterführende Expertengespräche und eine Konsultation einleiten. [ej]

- Bericht der Kommission:
www.kurzlink.de/komdefor
- Stellungnahme FERN:
www.kurzlink.de/fernforprint
- Stellungnahme Greenpeace:
www.kurzlink.de/gpforpr

Waldschutz Deutschland

Bund richtet Waldklimafonds ein

■ Anfang Juli hat die Bundesregierung einen Waldklimafonds ins Leben gerufen. Er beinhaltet verschiedene Maßnahmen,

durch die Wälder einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten sollen.

Der Fonds ist mit 34 Millionen Euro für die nächsten Jahre ausgestattet und wird aus dem Energie- und Klimafonds finanziert. Das Geld soll dazu beitragen, Wälder an den Klimawandel anzupassen und sie zu CO₂-Senken auszubauen, um die Emission von Treibhausgasen zu verringern. Die geförderten Maßnahmen sollen auch Biodiversität berücksichtigen. Das Spektrum reicht von der Renaturierung von Mooren bis hin zur Förderung der nachhaltigen Nutzung von Holz.

Vor allem alte und naturnahe Wälder können besonders viel Kohlendioxid speichern. Deshalb fordert der Naturschutzbund Deutschland (NABU), einen Teil der deutschen Waldfläche als „Urwälder von morgen“ der eigenen Entwicklung zu überlassen.

Weitere Informationen zum Antragsverfahren stehen auf einer Website des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV). [ej]

- Website des BMU und BMELV:
www.waldklimafonds.de
- Mitteilung des BMU:
www.kurzlink.de/wkfbund
- NABU: Urwälder von morgen:
www.kurzlink.de/nabuuvw

TIERSCHUTZ & ETHIK

Tag gegen Tiertransporte

Alles bleibt beim Alten

■ Anlässlich des Tages gegen Tiertransporte Anfang Juli hat der Deutsche Tierschutzbund an die Tiertransporte und die damit verbundenen Qualen für die Tiere erinnert. Der Verband appelliert an die Politik, endlich Maßnahmen zu ergreifen. Die ungenügenden Bestimmungen würden nach wie vor zu wenig kontrolliert, Verstöße nicht genügend bestraft. Veränderungen blieben bisher aus. Auch 1,1 Millionen Unterschriften von EU-BürgerInnen für eine Begrenzung der Transportzeiten hätten nicht die erhoffte Wirkung gehabt.

Mehr als 360 Millionen Rinder, Schweine, Ziegen und Schafe werden pro Jahr in der EU zum Schlachten transportiert. Verletzungen während des Transports und das Verstoßen gegen die ohnehin laschen Vorschriften seien keine Seltenheit. Des Weiteren sei besonders problematisch, dass es keine zeitliche Begrenzung dafür gibt, wann Tiertransporte enden müssen. [hk]

- www.kurzlink.de/tierschbund-pm-07-13



Die Zukunft beginnt jetzt

Überall mehren sich die Anzeichen für Veränderung: Menschen produzieren ihre Lebensmittel wieder zunehmend selbst; das Privatauto befindet sich auf dem Rückzug, Radfahrer wie Fußgänger erobern die Städte zurück; weltweit boomen die Umwelttechnologien, die Erneuerbaren sind auf dem Vormarsch. Das Buch zeigt auf, wie sich dieser Pfad weiterverfolgen lässt. Für alle Bereiche unseres Daseins – Mobilität, Wohnen, Energie, Ernährung, Arbeiten – werden Best-Practice-Beispiele aufgezeigt, die Lust auf eine andere Zukunft machen.

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.)
Bericht aus der Zukunft
Wie der grüne Wandel funktioniert

ca. 288 Seiten, Klappenbroschur, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-416-6
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Ein umweltfreundlicher Haushalt sieht anders aus

Am 3. Juli votierte das EU-Parlament mehrheitlich für den ausgehandelten Kompromiss zum Finanzrahmen der EU 2014-2020. Auch wenn die eigentlichen Gesetzestexte erst im Herbst verabschiedet werden, endete damit eine jahrelang erbittert geführte Debatte über die Verteilung von 960 Milliarden Euro an Steuergeldern. Ein Kommentar von Konstantin Kreiser, NABU

Neben dem Finanzrahmen wurden wesentliche EU-Politikbereiche und Förderprogramme neu verhandelt, unter anderem die Gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik, die Regional-, Forschungs- und Entwicklungsförderung sowie das Umweltprogramm LIFE. Zu fast allen Bereichen gibt es inzwischen mühsam erzielte politische Kompromisse zwischen den nationalen Regierungen, dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission.

Angesichts der großen Bedeutung der EU-Subventionen für den Zustand von Umwelt und Natur hatten sich die europäischen Umweltverbände schon frühzeitig gemeinsam mit Positionspapieren, Lobbykampagnen und Protestaktionen für eine ökologische Haushaltsreform ausgesprochen. Wohl bei keiner der alle sieben Jahre stattfindenden EU-Reformrunden gab es einen derart konzertierten Einsatz der Umweltverbände. Quer durch alle Politikbereiche forderten sie, die knapper werdenden öffentlichen Gelder nur dort einzusetzen, wo das Gemeinwohl davon profitiert, und den Schutz von Klima, Biodiversität und Ressourcen so zu berücksichtigen, dass die EU ihre auf diesen Gebieten selbst gesteckten Ziele auch erreichen kann.

Bereits der vor zwei Jahren vorgelegte Haushaltsvorschlag der Kommission war ernüchternd. In vorausseilendem Gehorsam folgte die Kommission dem von Deutschland, Großbritannien und anderen auferlegten Sparzwang. Wie erwartet fallen die Kürzungen nach den Verhandlungen mit den Regierungen nun noch drastischer aus. Der EU-Haushalt wird trotz zusätzlicher Aufgaben und Mitgliedstaaten stärker gekürzt als jeder nationale Haushalt, mit Ausnahme des griechischen.

Führende PolitikerInnen, allen voran Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kommissionspräsident José Manuel Barroso, aber auch viele Europaabgeordnete, wollten den bisherigen Subventionsempfängern, wie der Agrar- oder Fischereireiindustrie, nicht allzu große Opfer abverlangen.

So wurde der Spielraum für Reformen extrem klein und der Druck auf die ohnehin schon geringen Umweltschutzgelder immer größer – denn dort erwartete man den geringsten Widerstand. Barroso ließ denn auch schon frühzeitig verbreiten, dass er nicht viel von der zweiten Säule der Agrarpolitik (Förderung der ländlichen Entwicklung) und das LIFE-Programm für verzichtbar halte. Die Umweltverbände können es als Erfolg verbuchen, dass beide Instrumente ohne allzu große Einschnitte die Reform überlebt haben.

Die Mittel für LIFE-Naturschutzprojekte steigen zwar, über sieben Jahre gerechnet, leicht auf etwa eine Milliarde Euro und es gibt einen zusätzlichen Förderschwerpunkt LIFE-Klima, der mit zusätzlichen 620 Millionen Euro ausgestattet wird. Dennoch sind die Umweltverbände sehr verärgert darüber, dass sich gerade die Bundesregierung nicht für eine deutliche Aufstockung der LIFE-Mittel eingesetzt hat – obwohl sie hierzu explizit von Bundestag und Bundesrat in Beschlüssen aufgefordert worden war. LIFE erhält künftig 0,3 statt bisher 0,2 Prozent des EU-Haushalts, die Verbände hatten ein Prozent gefordert, damit LIFE wenigstens ein Zehntel der europäischen Naturschutzkosten stemmen kann.

Während der Streit um die Agrarreform bis Ende Juni andauerte (siehe S. 15), änderte sich seit dem Haushaltsgipfel der Regierungschefs im Februar kaum noch etwas an der Mittelausstattung: Die trotz „Greenings“ auch künftig weitgehend umweltschädlichen Direktsubventionen (erste Säule) wurden kaum gekürzt und machen mit knapp 280 Milliarden etwa 30 Prozent des Gesamtbudgets aus, während für die Förderung der ländlichen Entwicklung nur noch etwa 85 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden. Damit ist klar: Eine echte Umschichtung hin zur gezielten Unterstützung von Landwirten, die sich aktiv um das Gemeinwohl kümmern, ist nicht gewollt. Stattdessen bleibt das System Gießkanne erhalten. Immerhin besteht die Möglichkeit für die Regierungen, bis zu 15

Prozent der Gelder von der ersten in die zweite Säule umzuschichten – schlimmstenfalls allerdings auch umgekehrt.

Während es durchaus ökologische Fortschritte bei der Reform der Fischereipolitik zu verzeichnen gibt, tobt die Schlacht um die Subventionen dort immer noch und es steht zu befürchten, dass auch weiterhin europäisches Steuergeld in die Vergrößerung der EU-Fangflotte fließen wird.

Die Hoffnung war groß gewesen, dass zumindest der Klimaschutz dem EU-Haushalt seinen Stempel aufdrücken würde. Alle EU-Institutionen hatten sich dafür ausgesprochen, künftig 20 Prozent aller Mittel für klimafreundliche Investitionen zu reservieren. Dies findet sich jedoch nun in keinem der relevanten Gesetzestexte wieder und wird wohl der nationalen Umsetzung überlassen bleiben. Auch bei den Fonds der Kohäsionspolitik wird es sehr darauf ankommen, dass die Mitgliedstaaten – in Deutschland vor allem die Bundesländer – sich für umweltfreundliche Investitionen entscheiden, die EU lässt ihnen hier großen Spielraum.

Das Europäische Parlament hatte vor der Abstimmung gegenüber den Regierungen die Muskeln spielen lassen, letztlich jedoch für den Haushalt enttäuschend wenige Änderungen durchsetzen können. Lediglich mit dem erfolgreichen Bestehen auf einer Überprüfung des Haushalts 2016 sowie der Vereinbarung, dass nicht verausgabte Mittel bei der EU verbleiben und neu verteilt werden dürfen, hat uns das Parlament die Hoffnung erhalten, dass man mit diesem Finanzrahmen nicht bis zum Ende des Jahrzehnts leben muss.

Konstantin Kreiser ist Referent für Internationale Biodiversitätspolitik beim NABU.

Kontakt:
Tel. + 49 (0)30 / 284984-1614, E-Mail: konstantin.kreiser@nabu.de, www.nabu.de

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

7. Umweltaktionsprogramm

Umweltagenda bis 2020 mit Bodenschutz und Klimazielen

■ In Trilog-Verhandlungen im Juni haben sich VertreterInnen von EU-Parlament und Ministerrat auf ein neues Umweltaktionsprogramm (UAP) geeinigt. Das Programm umfasst eine Vision für ein nachhaltiges Europa bis 2050 und steckt den Plan für die EU-Umweltpolitik bis 2020 ab.

So sollen Verhandlungen über einen rechtlichen Rahmen für den Bodenschutz auf EU-Ebene wiederaufgenommen, der Rahmen für die Klima- und Energiepolitik nach 2030 verhandelt und bis 2020 nur noch nicht recycelbare und rückgewinnbare Abfälle deponiert werden. Außerdem soll es verbindliche Ziele für die Verringerung vom Ressourcenverbrauch und Meeremüll geben sowie ein umfassender Rahmen für nachhaltige Produktion und Konsum geschaffen werden.

Der SPD-Abgeordnete Jo Leinen bezeichnete das Programm als den besten Text zum Thema Klimaschutz, dem der Rat seit Langem zugestimmt habe. Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte die Einigung als wichtiges politisches Signal dafür, dass die EU entschlossen ist, ihre ökologischen Probleme zu lösen. Als besonders positiv wertete der Dachverband die Wiederaufnahme von Verhandlungen über den Bodenschutz auf EU-Ebene.

Diese progressiven Elemente sind wohl vor allem dem Umweltausschuss des EU-Parlaments zu verdanken, der im April einen ehrgeizigen Bericht zu dem Kommissionsvorschlag vorgelegt hatte. Das UAP muss nun noch formell im Parlamentsplenarium und im Ministerrat abgestimmt werden. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/einigung-7.uap-irl (engl.)
- ▶ www.joleinen.de/Presse-Medien.74.0.html
- ▶ www.kurzlink.de/eeb-7.eap-reaction (engl.)
- ▶ Aktualisiertes DNR-Factsheet: www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap.pdf

Europawahl 2014**Wahlkampf um das Amt des Kommissionspräsidenten**

■ Bei den Europawahlen im Mai 2014 werden erstmals Spitzenkandidaten um das Amt des Kommissionspräsidenten kämpfen. Die europäischen Parteien treten daher mit einem europaweiten Spitzenkandidaten oder einer Spitzenkandidatin an. Der Kandidat, dessen Partei die meisten Stimmen erhält, soll anschließend die EU-Kommission führen. Die europäischen Parteien sollen ihre Kandidaten für den Vorsitz der EU-Kommission so frühzeitig bekannt geben, dass sie noch die Möglichkeit haben, eine EU-weite Wahlkampagne über europäische Themen zu organisieren und ihr europapolitisches Programm persönlich in allen EU-Ländern vorzustellen. Dies beschloss das EU-Parlament im Juli. Spätestens sechs Wochen vor dem Wahltermin am 25. Mai 2014 sollen auch die KandidatInnen für einen der 751 Sitze im Europaparlament feststehen, nach Möglichkeit mit paritätisch zwischen Frauen und Männern besetzten Listen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-ep-2013-07-04

Ratspräsidentschaft I**Irland erhält durchwachsendes Umweltzeugnis**

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat zum Ende der irischen Ratspräsidentschaft eine durchmischte Bilanz für die Umweltpolitik gezogen. In der Auswertung der sogenannten „10 Green Tests“ gäbe es einige lobenswerte Aspekte, die Beschlüsse zu Chemikalien im Wasser und zur Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) gingen aber zulasten der Umwelt.

Das EEB bewertete die beschlossene Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) als ein katastrophales Abkommen, das der Umweltbilanz der Iren schlecht zu stehen kommt. Das Ziel eine grüne Reform

zu schaffen, sei weit verfehlt worden. Die Streichung der Bestimmung für Landwirte, Wasser- und Chemikaliengesetze zu beachten, kommt erschwerend hinzu. Europas größte zivile Umweltschutzorganisation befürchtet, dass dadurch weiter Landwirte subventioniert werden, die Wasser verschmutzen und illegale chemische Substanzen verwenden. Auch im Finanzbereich zeigte sich das EEB enttäuscht über die irischen Ergebnisse, da ihnen die Aufstockung des LIFE-Fonds nicht gelungen sei.

Positiv hingegen fallen das siebte Umweltaktionsprogramm (UAP) sowie die Einigung zur neuen Gemeinsamen Fischereipolitik ins Gewicht. Die Beschlüsse zum UAP gehen zum Teil über die Vorschläge der EU-Kommission hinaus. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/eeb-10green-test-irl (engl.)

Ratspräsidentschaft II**Zehn grüne Prüfsteine für Litauen**

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat Anfang Juli seine traditionellen zehn grünen Prüfsteine für die neue EU-Ratspräsidentschaft veröffentlicht. Anhand dieser „10 Green Tests“ will es die umweltpolitische Arbeit der litauischen Ratspräsidentschaft Ende Dezember beurteilen. Die litauische Ratspräsidentschaft legt ihren Fokus auf die Wirtschaftsprobleme der EU. Das EEB ist besorgt, dass Europas Umwelt hintangestellt werden könnten.

Die zentralen Baustellen für die Präsidentschaft im Umweltbereich sind aus Sicht des EEB die Nachhaltige Entwicklung der EU und der Rio+20-Folgeprozess sowie die UN-Klimaverhandlungen im November in Warschau. Die EU müsse dort eine Führungsrolle übernehmen, damit 2050 ihre selbst gesteckten Emissionsziele sowie das Zwei-Grad-Ziel erreicht werden können.

Das EEB ist optimistisch, dass die Litauer eine Einigung bei den fluoridierten Treibhausgasen erzielen können. Darü-

ber hinaus müsse die Ratspräsidentschaft sicherstellen, dass der Abbau von Schiefergas keine Entschuldigung für Europas bestehende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wird. Deshalb sollten sich die Litauer verstärkt um europäische Energieeinsparungen bemühen.

Auch die Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung wird zu den großen Umweltthemen während des nächsten Halbjahrs gehören. Darüber hinaus stehen Meeresschutz der Ostsee, der internationale Schutz hoher Umweltstandards und der Schutz der Öffentlichkeit vor gefährlichen Chemikalien sowie die Verabschiedung eines Gesetzespakets zu Luft auf der Agenda der litauischen Ratspräsidentschaft.

Auch BirdLife, der internationale Dachverband des NABU, hat Erwartungen an die Ratspräsidentschaft formuliert. Bei der neuen EU-Forststrategie sollen auch die Aspekte der ökologischen Nachhaltigkeit, der multifunktionalen Forstwirtschaft sowie die Bedeutung von Wäldern für die biologische Vielfalt und Ökosystemdienstleistungen ausreichend Berücksichtigung finden. [bv]

- ▶ EEB: www.kurzlink.de/eeb-10green-tests-lt (engl.)
- ▶ BirdLife: www.kurzlink.de/lit-presid-birdlife (engl.)

Umweltverträglichkeitsprüfung

Verbindliche Tests für Fracking?

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat im Juli seine Position zur Revision der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) abgestimmt. Umweltverbände lobten das Abstimmungsergebnis. Der Fokus der Richtlinie werde erweitert und Schlupflöcher gestopft, mit der bisher UVPs umgangen werden könnten, lobten die Verbände unter dem Dach des Europäischen Umweltbüros (EEB). Darüber hinaus sehe der Vorschlag ein Monitoring der Projekte während aller Phasen sowie eine Prüfung der relevanten Alternativ-

projekte vor und beinhalte Vorgaben für eine bessere Information und Einbeziehung der Öffentlichkeit.

Die Verbände begrüßten insbesondere, dass nach dem Willen des Umweltausschusses Projekte erst starten dürfen, wenn die UVP abgeschlossen ist. Außerdem habe der Umweltausschuss für eine UVP-Pflicht für die Ausbeutung von unkonventionellen Erdgasvorkommen wie Schiefergas gestimmt – egal wie groß das Projekt ist. Unterirdische Auswirkungen, beispielsweise auf das Grundwasser, seien auch zu prüfen.

Bisher sind UVPs erst ab bestimmten Produktionsmengen der Öl- und Gasgewinnung Pflicht. Probebohrungen für Schiefergas und andere unkonventionelle Fördermethoden fallen bisher unter den Grenzwert, Genehmigungen zur Erkundung können derzeit ohne Durchführung einer UVP vergeben werden.

Die litauische Ratspräsidentschaft will in Trilog-Gesprächen eine Einigung zwischen EU-Parlament und Rat zur Novelle der UVP-Richtlinie erzielen. [bv]

- ▶ EEB: www.kurzlink.de/pm-eeb-2013-07-uvp

Kohäsionspolitik

Geld und Regeln für Investitionen in die Regionen

■ Der Regionalausschuss des Europäischen Parlaments hat im Juli neue Regeln für die Investition von 325 Milliarden Euro in die regionale Entwicklung angenommen. Das Geld soll von 2014–2020 in den Regionen für Wachstum und Jobs sorgen.

Die Abgeordneten setzten sich dafür ein, dass die lokalen und regionalen Partner flexibler die Projekte planen können. Die Gelder machen rund ein Drittel des gesamten EU-Budgets aus.

Die Vorsitzende des Regionalausschusses Danuta Hübner (EPP, Polen) zeigte sich zuversichtlich, dass auch bei den ausstehenden Themen zeitnah eine Einigung mit dem Rat gefunden werden könne, damit die Abstimmung im Plenum im Oktober stattfinden könne. Der Ausschuss hat über

fünf Berichtsentwürfe abgestimmt, Ergebnisse zehnmontatiger Verhandlungen mit dem Rat. Auch stimmten die Abgeordneten über die Regelungen der Partnerschaftsabkommen ab.

BirdLife, der internationale Dachverband des NABU, zeigte sich enttäuscht über die Abstimmungsergebnisse im Regionalausschuss. Dies sei ein erneutes Versagen der EU-Institutionen, konkrete Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, zum Biodiversitätsschutz und zur Ressourceneffizienz voranzubringen. Jetzt sei der Ball bei den Mitgliedstaaten, bei der Planung der operationellen Programme in eine ressourceneffiziente und ökologisch nachhaltige Zukunft zu investieren. [hv]

- ▶ EU-Parlament:

www.kurzlink.de/pm-ep-2013-07-10

- ▶ BirdLife: www.kurzlink.de/birdlife-2013-07-10

Konsultation

Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten

■ Die Europäische Kommission hat eine Konsultation zum Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten geschaltet. Interessierte können sich noch bis zum 23. September daran beteiligen und ihre Meinung kundtun.

Aufbauend auf die Konsultation will die EU-Kommission den Zugang zu Gerichten auf Mitgliedstaatenebene verbessern und sich ein Meinungsbild darüber machen, ob gesetzgeberische Maßnahmen auf EU-Ebene einen Mehrwert für einen Zugang zu Gerichten in den Mitgliedstaaten hätten.

Der Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten ist Teil der 1998 beschlossenen Aarhus-Konvention und nicht in EU-Recht umgesetzt. Der „dritten Säule“ zufolge muss der Öffentlichkeit ein weiterer Gerichtszugang ermöglicht werden. [hk]

- ▶ www.kurzlink.de/cons-access-justice (engl.)

Nachhaltigkeit

A-Z



F wie Fernsehen

Der Klimawandel kommt im Fernsehen – und keiner schaut weg. Das Medium Nr. 1 liegt immer noch vorn bei der Wissensvermittlung. Doch Nachrichten, Dokumentationen und Talkrunden bringen nur einen Teil der jugendlichen Zuschauer dazu ihr eigenes Verhalten zu ändern. Lösungen sehen viele Befragte bei den anderen und nicht bei sich. Bleiben die Probleme also nur hinter der Mattscheibe? Macht glotzen träge? Gesa Lüdecke gibt neue Antworten.

Gesa Lüdecke
Medien und klimabewusstes Verhalten
 Die Bedeutung des Fernsehens für ein nachhaltiges Alltagshandeln bei Jugendlichen
 256 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-433-3

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom
 Die guten Seiten der Zukunft

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrsemissionen I

Neue CO₂-Grenzen für Vans

■ Das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Ministerrat haben sich Ende Juni auf eine Obergrenze für den CO₂-Ausstoß von Kleinlastern und Transportern geeinigt. Ab 2020 dürfen diese nicht mehr als 147 Gramm pro Kilometer (CO₂/km) ausstoßen. Ab 2025 plant die EU, die Grenze auf 105 bis 120 Gramm zu verringern.

Der neue Grenzwert liegt über den Forderungen von Umweltverbänden und der EU-Kommission. Die Kommission hatte zuvor einen Wert von 135 Gramm CO₂/km vorgeschlagen. Laut Beschluss wird es jedoch keine sogenannten Supercredits für Vans geben. Mit diesem Zertifizierungssystem können Hersteller Fahrzeuge mit besonders geringem CO₂-Ausstoß mehrfach anrechnen und so den Durchschnittsausstoß der gesamten Flotte herunterrechnen.

Die europäische Verkehrs- und Umweltorganisation Transport and Environment (T&E) kritisiert, der Beschluss sei zu schwach. „Es ist enttäuschend, dass Entscheidungsträger sich auf einen Grenzwert geeinigt haben, der bis 2020 keine große Veränderung darstellt, und den Hersteller im Schnecken-tempo erreichen können“, sagte William Todts von T&E.

Das Europaparlament muss die Regelung noch formal bestätigen. Dies soll im September geschehen. [ej]

► T&E: www.kurzlink.de/teco2vans

Verkehrsemissionen II

Deutschland blockiert Grenzwerte für Pkws

■ Der EU-Ministerrat hat die Abstimmung über neue Emissionsobergrenzen für Personenkraftwagen überraschend

verschoben. Ende Juni wollten die Mitgliedstaaten die Einigung eigentlich formal absegnen, da entzog die Bundesregierung dem zuvor ausgehandelten Beschluss ihre Zustimmung.

Der Beschluss sah unter anderem vor, den durchschnittlichen CO₂-Flottenausstoß ab 2020 auf höchstens 95 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer zu reduzieren. Die Regelungen würden besonders deutsche Luxusautohersteller betreffen. Laut Presseberichten setzte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel persönlich beim irischen Premierminister Enda Kenny dafür ein, die Einigung zu verschieben. Irland hatte bis Ende Juni die europäische Ratspräsidentschaft inne. Der Beschluss könnte sich nun um Monate verzögern.

Umweltverbände und die Opposition reagierten empört. Die deutsche Umwelthilfe (DUH) erklärte: „Dass Bundeskanzlerin Merkel nun persönlich den irischen Premier Enda Kenny unter Druck setzt, zeigt, wer in Berlin wirklich regiert. Die Deutsche Umwelthilfe gratuliert Daimler und BMW für die Übernahme der Regie im Kanzleramt.“ Wann der EU-Ministerrat nun über den Beschluss abstimmen wird, ist offen. [ej]

► Stellungnahme DUH:
www.kurzlink.de/duhpmco2pkw

Schiffsemissionen

Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser

■ Die EU-Kommission hat Ende Juni ihren Gesetzentwurf zur Überwachung der jährlichen CO₂-Emissionen von Schiffen vorgestellt. Die neue Verordnung soll einen Rechtsrahmen für die Sammlung und Veröffentlichung geprüfter jährlicher Daten über die CO₂-Emissionen aller großen Schiffe, die EU-Häfen anlaufen, schaffen. Zudem werden Schiffseigner weitere Informationen, zum Beispiel zur Energieeffizienz ihrer Schiffe, angeben müssen. Ausgeschlossen von der geplanten Regelung sind Militärschiffe, Fischer- und Segelboote

sowie Regierungsschiffe. Dennoch deckt die Verordnung 50 Prozent aller Schiffe in EU-Gewässern ab. Diese verursachen zusammen 90 Prozent der Schiffsemissionen.

Der Vorschlag beinhaltet keine direkten Anreize zur Senkung von Schiffsemissionen, wie beispielsweise die im letzten Jahr diskutierte Einführung einer Steuer auf Schiffskraftstoffe. Die Kommission rechnet jedoch mit einer Senkung der Emissionen von zwei Prozent sowie einer jährlichen Kostenersparnis durch Kraftstoffeinsparungen von 1,2 Milliarden Euro. Die Kommission betrachtet diese Maßnahme als den ersten Schritt zu einem „globalen CO₂-Regime“ für die Schifffahrt, welches zurzeit in der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) verhandelt wird.

Emissionen aus dem internationalen Seeverkehr machen drei Prozent der globalen Treibhausgasemissionen (THGs) aus, sowie vier Prozent der THGs innerhalb der EU. Die Verordnung soll am 1. Januar 2018 in Kraft treten. Nun folgt die erste Lesung in Parlament und Rat. [lr]

- ▶ Gesetzesvorschlag (engl.): www.kurzlink.de/lexvlco2sch
- ▶ Mitteilung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/pmcomschco2

WASSER & MEERE

Antarktisches Meer

Vorerst kein Schutzgebiet

■ Die Verhandlungen über das weltweit größte Meeresschutzgebiet sind vorerst gescheitert. In Bremerhaven diskutierte die Kommission zur Erhaltung lebender Meeresschätze in der Antarktis (CCAMLR) Mitte Juli die Ausweisung von bis zu 2,3 Millionen Quadratkilometer des antarktischen Meeres als Schutzgebiet. Während sich auch dem Vorhaben kritisch gegenüberstehende Mitgliedstaaten der Kommission wie Chile und Japan konstruktiv an den Verhandlungen beteiligten, schei-

terte das Treffen überraschend am Veto Russlands und der Ukraine. Der Kommission gehören 24 Länder mit einem Interesse an der Antarktis an. Russland stellte nach zehnjährigen Verhandlungen die Kompetenz der Kommission infrage, ein solches Schutzgebiet auszuweisen.

Umweltschützer äußerten sich sehr enttäuscht über den Ausgang des Treffens. Die Meere, einschließlich des Südpolarmeers, gerieten durch industrielle Ausbeutungspläne zunehmend unter Druck, hieß es beim Bündnis Antarctic Ocean Alliance. Die NGOs fordern deshalb Schutz für die letzten fast unberührten Gebiete wie das Rossmeer oder die östliche Antarktis. Die Verhandlungen sollen beim nächsten Treffen der CCAMLR wiederaufgenommen werden. [am]

- ▶ www.antarcticocean.org

Meereis

Online-Infos auf Deutsch

■ Wie groß ist die Eisdecke der Arktis und wie verändert sie sich? Darüber informiert seit Juli die Wissensplattform meereisportal.de. Entwickelt wurde die deutschsprachige Internetseite vom Alfred-Wegener-Institut – Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung – in Bremerhaven und der Universität Bremen. Das Informationsportal bietet zahlreiche Hintergrundfakten sowie tagesaktuelle Meereiskarten von Arktis und Antarktis. Nutzerinnen und Nutzer können auch Basisdaten zur eigenen Weiterverarbeitung herunterladen. [mbu]

- ▶ www.meereisportal.de

EU-Fischereipolitik

Überfischung auch künftig subventioniert?

■ Die Abgeordneten im Fischereiausschuss des EU-Parlaments haben Mitte Juli über die Neuregelung des Fischereifonds

der EU abgestimmt. Umweltverbände zeigten sich enttäuscht, dass das Ergebnis hinter der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zurückbleibt.

Ende Mai hatten sich Rat und Parlament in Trilog-Verhandlungen darauf geeinigt, die Überfischung der EU-Fischereibestände bis spätestens 2020 zu verbieten. Außerdem soll das Zurückwerfen von ungewolltem Beifang untersagt werden (siehe umwelt aktuell 07.13, S. 25f). Mit der Überarbeitung des Fischereifonds wollten die Entscheidungsträger die Vergabe der Subventionen an diese Ziele anpassen.

Das wurde aus Sicht des Naturschutzdachverbandes BirdLife Europe jedoch verfehlt: „Das Abstimmungsergebnis unterstützt weiterhin die Überfischung der Bestände, da es die Fortführung perverser Subventionen erlaubt“, sagte Fischereiexpertin Johanna Karhu.

So sollen öffentliche Gelder in die Erneuerung von kleinen und küstennahen Fangflotten sowie in das Abwracken alter Schiffe fließen. Auch der Austausch von Motoren soll förderfähig sein und der Berufseinstieg von jungen FischerInnen finanziell unterstützt werden. Mit diesen Regeln fördert das EU-Parlament aus Sicht der Naturschützer die chronischen Überkapazitäten im Fischereisektor. Der Fonds verteilt bis 2020 6,5 Milliarden Euro an den europäischen Fischereisektor. [am]

- ▶ EU-Parlament: www.kurzlink.de/emf-fish-com-100713
- ▶ BirdLife: www.kurzlink.de/birdlife-emf-100713

Verursacherprinzip auf See

Ölkonzerne künftig haftbar für Umweltschäden

■ Am 18. Juli ist die Richtlinie zur Sicherheit von Ölbohrplattformen in Kraft getreten. Damit müssen Konzerne künftig für alle von ihnen verursachten Umweltschäden bei Tiefseebohrungen haften. Bevor Bohrlizenzen vergeben werden, müssen die Firmen zudem deutlich machen, dass sie die notwendigen technischen Mittel

haben, um mit einer möglichen Ölpest umzugehen. Die Richtlinie wurde in Reaktion auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko 2010 von der EU-Kommission vorgeschlagen, im Februar diesen Jahre erzielten Rat und EU-Parlament eine Einigung.

Die EU-Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. [am]

► www.kurzlink.de/eu-rl-oel-gas-sicher

Ostsee

Schutzbemühungen nur schleppend

■ In einem neuen Bericht kritisiert die Umweltstiftung WWF den mangelnden Fortschritt beim Schutz der Ostsee. 2007 unterzeichneten die Mitglieder der HELCOM-Konvention einen Aktionsplan, um bis 2021 einen guten ökologischen Zustand des Meeres zu erreichen. Der Bericht kommt im Vorfeld eines Ministertreffens im Herbst, bei dem der Fortschritt der bisherigen Schutzprogramme evaluiert werden soll. Auf Basis der Ergebnisse wollen die HELCOM-Staaten dann den Aktionsplan überarbeiten.

Der WWF bemängelt in seinem Bericht, dass die Mitgliedstaaten die in dem Aktionsplan vereinbarten Maßnahmen nur unzureichend umgesetzt haben. Der Aktionsplan schlepe sich nur als „Papiertiger“ in die zweite Halbzeit, sagte Jochen Lamp vom Ostseebüro des WWF.

Deutschland hat nach Ansicht des WWF immerhin einen Teil der Selbstverpflichtungen umgesetzt, es gibt aber große Mängel im Biodiversitätsschutz. „Bislang existiert deutscher Meeresschutz weitgehend nur auf Papier, solange fast jeder Quadratmeter der Schutzgebiete weiter befischt werden kann“, monierte Lamp. [am]

- WWF, Projektbüro Ostsee, Jochen Lamp, Stralsund, Tel. +49 (0)3831 / 309294, E-Mail: lamp@wwf.de
- www.wwf.de/2013/juli/lahmender-ostseeschutz

Wasserversorgung

Privatisierungszwang ist vom Tisch

■ Die Wasserversorgung soll explizit von der neuen Konzessionsrichtlinie ausgenommen werden. Das erklärte Binnenmarktskommissar Michel Barnier Ende Juni. Nach der Positionsänderung der Kommission einigten sich Vertreter von Rat, Parlament und Kommission in Trilog-Verhandlungen wenige Tage später endgültig auf die Ausnahme des Wassersektors. Die Kommission betonte, es sei nie ihre Absicht gewesen, die Privatisierung von Wasserdienstleistungen in der EU „durch die Hintertür“ voranzutreiben. Dies seien nur Gerüchte gewesen.

Die Entscheidung ist eine direkte Reaktion auf den großen öffentlichen Druck, der sich unter anderem in der mit 1,5 Millionen Unterschriften ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative (EBI) manifestierte. [am]

- EU-Kommission: www.kurzlink.de/foj4gtfWM
- EBI zum Recht auf Wasser: www.right2water.eu

Hochwasser

Mehr Raum für Flüsse?

■ Bei einer Bundestagsdebatte zu der Hochwasserkatastrophe in Deutschland hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende Juni dafür ausgesprochen, künftig nicht mehr nur auf technischen Hochwasserschutz zu setzen. Es müssten wieder großräumige Rücklaufgebiete für Flüsse geschaffen werden. Damit schloss sie sich den Aussagen von Bundesumweltminister Peter Altmaier an, der zuvor Rückdeichungen, die Zurückgewinnung von Flussauen und damit mehr Überschwemmungsgebiete gefordert hatte. Er wolle eine Prioritätenliste erstellen, sobald das Hochwasser zurückgegangen sei.

Der NABU forderte in dem Zusammenhang, bis 2020 mindestens 500.000 Hektar der heute landwirtschaftlich genutzten Auen wieder naturnah zu gestalten.

Langfristig müsse dies für 80 Prozent der Auenflächen gelten. Der Bau von Deichen müsse künftig auf wichtige Siedlungen und Infrastruktur beschränkt werden. [am]

► www.nabu.de/themen/fluesse/lebendige/fluesse/

Flussvertiefungen

Rechtmäßigkeit soll vor dem EugH geklärt werden

■ Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in Leipzig hat das Verfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Weservertiefung ausgesetzt und sich mit einem Fragenkatalog an das Europäische Gericht (EuGH) gewandt.

Der Umweltverband BUND hatte vor dem BVerwG geklagt, dass das Planfeststellungsverfahren zur Vertiefung der Weser an drei Abschnitten nicht ordnungsgemäß durchgeführt wurde und die geplante Vertiefung gegen das Verschlechterungsverbot der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verstößt.

Der EuGH soll nun klären, wie das Verschlechterungsverbot und das Verbesserungsgebot der WRRL auszulegen ist. In den Fragen zum Planfeststellungsverfahren gab das Gericht dem BUND recht. So hätten für die einzelnen Vertiefungsabschnitte jeweils gesonderte Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden müssen.

Die im Bündnis Lebendige Tideelbe zusammengeschlossenen Umweltorganisationen BUND, NABU und WWF erwarten, dass das BVerwG nun auch die Entscheidung über die Elbvertiefung vertagt, bis der EuGH die offenen Fragen zum Gewässerschutz geklärt hat. Dass das Gericht der Vertiefung zustimmt, halten sie nach dem aktuellen Urteil für unwahrscheinlicher. [am]

- BUND Niedersachsen: www.kurzlink.de/bund-nds-weser-11713
- Bündnis Lebendige Tideelbe: www.kurzlink.de/nabu-bund-wwf110713

„Die Wirtschaft der Zukunft muss intelligenter und effizienter mit Rohstoffen und Energie umgehen“

Schon heute verbraucht die Welt anderthalb Mal mehr Ressourcen als sich erneuern. Dass der Verbrauch drastisch sinken muss, hat auch die EU erkannt. Auf der Europäischen Ressourceneffizienzplattform (EREP) beraten Experten der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Mitgliedstaaten über Lösungen. Bundesumweltminister Peter Altmaier zieht Bilanz.

umwelt aktuell: Herr Minister, Sie nehmen an der Plattform teil, die es seit über einem Jahr gibt. Was sind aus Ihrer Sicht bisher die wichtigsten Ergebnisse?

Peter Altmaier: Schon die Gründung der Plattform war ein wichtiges Signal, das die Bedeutung des Themas unterstreicht: Die breite Zusammensetzung zeigt, dass die Herausforderung eines schonenden Umgangs mit Ressourcen alle gesellschaftlichen Kräfte unmittelbar betrifft – Politik, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbraucher und die Wissenschaft. Allein in den letzten 30 Jahren hat sich der Rohstoffverbrauch weltweit verdoppelt, was zu teils massiven lokalen und globalen Umweltbelastungen geführt hat. Deshalb ist es wichtig, sich die gesamte Wertschöpfungskette anzusehen. Es geht darum, Rohstoffe möglichst umweltverträglich zu gewinnen, weniger Material, Energie und Wasser in der Produktion einzusetzen, den Konsum ressourceneffizienter zu gestalten und die Kreislaufwirtschaft auszubauen. Dazu hat sich die Plattform im Dezember 2012 in einem Manifest bekannt und am 17. Juni 2013 erste konkrete Maßnahmen empfohlen, die auch kurzfristig umsetzbar sind. Die Bandbreite ist vielfältig: Sie reicht von verlässlichen Umweltkennzeichen und konsistenten Anforderungen an Ökodesign über eine konsequente Produktpolitik sowie die Entwicklung von Standards für nachhaltige Beschaffung bis zum Abbau umweltschädlicher Subventionen und der Förderung von Investitionen in Ressourceneffizienz.

Was geschieht nun mit diesen Erkenntnissen? Und wie stellt man sicher, dass sie nicht nur Papier bleiben?

Lassen Sie mich das an einem Beispiel illustrieren: In Deutschland werden kleinen und mittleren Unternehmen durch Agenturen auf Bundes- und Landesebene Beratungen, Informationen, Onlinetools und Qualifizierungskurse angeboten, um den Materialverbrauch im Produktionsprozess zu senken. Das spart Kosten, erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und hilft gleichzeitig der Umwelt. Das Zentrum für Ressourceneffizienz, das aus einer Kooperation des Bundesumweltministeriums (BMU) mit dem Verein Deutscher Ingenieure entstanden ist, hat die Vernetzung solcher Angebote

auf europäischer Ebene angestoßen. Für diese Initiative, von der Unternehmen in ganz Europa profitieren könnten, habe ich politisch geworben und sie hat Eingang in die Empfehlungen der Plattform vom 17. Juni gefunden. Dies trägt Früchte, wir sprechen bereits mit der Europäischen Kommission darüber, wie die Initiative finanziell unterstützt und verbreitert werden kann. Genauso verhält es sich mit den weiteren verabredeten Empfehlungen: Allen Mitgliedern der Plattform ist der starke Wille anzumerken, die Empfehlungen schnell in die Praxis umzusetzen.

Umweltverbände wehren sich gegen den Indikator Ressourcenproduktivität und wollen, dass der Ressourcenverbrauch absolut und entlang des gesamten Lebenszyklus gemessen wird. Was sagt die Plattform dazu?

Die Plattform will die Entwicklung aussagekräftiger Messgrößen, Indikatoren und Ziele zügig vorantreiben. Um eine solide wissenschaftliche Basis und Akzeptanz herzustellen, müssen wir die Vorarbeiten europäischer und internationaler Institutionen – wie OECD, Europäische Umweltagentur, Eurostat und die Ergebnisse der Stakeholder-Konsultation vom letzten Jahr – eng einbeziehen. Die Verbesserung der Datengrundlage und die Vereinheitlichung der Methodik in den EU-Staaten sind ebenfalls dringend. Die Rohstoffproduktivität zeigt, wie gut es uns gelingt, Wirtschaftsleistung und Rohstoffverbrauch zu entkoppeln. Das ist eine zentrale Information. Richtig ist aber, dass der bisher genutzte Indikator Schwächen hat, denn er ignoriert den Rohstoffaufwand, der außerhalb der EU für ein Produkt anfällt. Die Plattform empfiehlt daher einen Indikator, der die internationalen Vorketten einbezieht. Die Plattform hat auch das Ziel unterstrichen, den Rohstoffverbrauch insgesamt zu reduzieren. In Deutschland gelingt uns das bereits.

Die explodierende Ressourcennutzung hängt auch mit unserer Wachstums- und Wegwerfgesellschaft zusammen. Welche Antworten hat die Plattform darauf?

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. In einer Welt mit neun Milliarden Menschen ist stabiler Wohlstand nur dann möglich, wenn es uns gelingt, Wirtschafts-

wachstum vom Verbrauch natürlicher Ressourcen zu entkoppeln. Die Wirtschaft der Zukunft muss – und wird – weitaus intelligenter und effizienter mit Rohstoffen und Energie umgehen, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Wir werden Innovationen, neue grüne Technologien und einen Aufschwung alternativer Geschäftsmodelle sehen. Unternehmen, Politik und Gesellschaft tun gut daran, dabei Vorreiter zu sein. Die Energiewende und die konsequente Steigerung der Ressourceneffizienz verstehe ich daher als strategische Entscheidung für Technologieführerschaft und für Wettbewerbsfähigkeit. Die Plattform arbeitet daran, Energie- und Ressourcenwende auch auf europäischer Ebene umzusetzen.

Sollten Sie nach der Wahl wieder Umweltminister werden: Was würden Sie ressourcenpolitisch in den nächsten vier Jahren vorantreiben?

Ich setze mich für eine Wirtschaft ein, die Vorreiter bei umweltfreundlichen Produkten, intelligenten Lösungen und ressourcenschonenden Strategien ist. Dafür steht das 2012 beschlossene Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRes). Ob ich Umweltminister bleibe, entscheiden die Wählerinnen und Wähler am 22. September. Wenn ja, werde ich das Programm zusammen mit gesellschaftlichen Akteuren weiterentwickeln.

[Interview: Stefanie Langkamp, Bjela Vossen]

Der CDU-Politiker Peter Altmaier ist Bundesumweltminister. Von 2009 bis zu seiner Ernennung zum Minister war der Jurist erster parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion. Seit 1994 ist er Bundestagsabgeordneter.



Kontakt:
Tel. + 49 (0)30 /
18305-2010, E-Mail:
presse@bmu.de

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Freihandelsgespräche EU-USA

Erste Runde beendet

■ Vertreter der EU und der USA haben sich vom 8. bis 12. Juli in Washington zur ersten Verhandlungsrunde über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) getroffen. Ziel des Treffens war, das gesamte Themenspektrum der künftigen Verhandlungen abzustecken. Die beiden Parteien einigten sich auf 20 Bereiche, die Gegenstand der künftigen Verhandlungen sein werden. Dazu gehören unter anderem der Marktzugang für landwirtschaftliche und industrielle Produkte, Energie und Rohstoffe, gesundheitspolitische und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen, Recht am geistigen Eigentum und Handelserleichterungen.

Kurz darauf veröffentlichte die EU ihre offiziellen Positionspapiere zu den Verhandlungen, mit der Absicht die Transparenz der Gespräche zu steigern. Zuvor hatten 22 Organisationen aus den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz, Entwicklungs- und Handelspolitik, darunter auch der DNR, die Intransparenz der Verhandlungen kritisiert und die Veröffentlichung dieser Positionspapiere gefordert. In dem Aufruf wird auch die Anerkennung der niedrigen amerikanischen Lebensmittelstandards in Europa moniert.

Für VerbraucherInnen sowie Bäuerinnen und Bauern stehe viel auf dem Spiel, sagte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bernd Voß. „Mit der geplanten Marktöffnung für Produkte der amerikanischen Agrarindustrie sind alle Errungenschaften des europäischen Verbraucherschutzes in Gefahr. Dadurch drohen Klonfleisch, Hormonmilch, Chlorhühnchen und noch mehr Gentechniklebensmittel auf den Tellern zu landen. Das setzt auch die bäuerliche und qualitätsorientierte Landwirtschaft bei uns massiv unter Druck. Wir wollen durch so ein Abkommen nicht das dominierende rückständige und großindustrielle Agrarmodell der USA aufgezwängt

bekommen. Vielmehr sind soziale und ökologische Standards zu schützen und weiterzuentwickeln.“

In der Woche nach den Verhandlungen veranstaltete die EU auch einen Dialog mit Vertretern der Zivilgesellschaft, in dem sie den über 150 anwesenden NGOs die Ergebnisse der ersten Verhandlungsrunde vorstellte. In der zweiten Oktoberwoche gehen die Gespräche in Brüssel in die zweite Runde. [bv/lr]

► www.kurzlink.de/fue-pm-eu-usa

► www.kurzlink.de/ttip-pos-papiere

Ressourceneffizienzplattform

Empfehlungen zu schwach?

■ Im Juni hat die Europäische Ressourceneffizienzplattform ihre ersten Empfehlungen bekannt gegeben. Das berichtete der europäische Umweltdienst ENDS. Die Plattform fordert die EU dazu auf, in naher Zukunft Ziele zur Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch zu finden.

Indikatoren sollten sich auf Wasser, Land und Materialeffizienz fokussieren. Außerdem sollte die EU einen bindenden Rechtsrahmen für Berichterstattungspflichten von Firmen über ihren Ressourcenverbrauch entwickeln und das Europäische Semester dazu nutzen, den Abbau umweltschädlicher Subventionen voranzubringen. Die Plattform gab jedoch keine Empfehlungen zu spezifischen Ressourceneffizienzzielen und auch die umstrittene Frage, wie der Ressourcenverbrauch vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden soll – absolut oder relativ – sprach die Plattform nicht an.

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU), der auch der Plattform angehört, hält entgegen, dass die Plattform dennoch konkrete umsetzbare Maßnahmen empfiehlt, wie etwa konsistente Anforderungen an Ökodesign (siehe Interview, S. 27).

Während mehrere EU-Parlamentarier die Empfehlungen der Plattform als zu schwach kritisierten, verteidigte ein Mitglied der Plattform den Text und betonte,

dass hier nicht der Inhalt entscheidend sei, sondern vielmehr wer daran beteiligt war. Die Plattform besteht aus hochrangigen VertreterInnen von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. [lr]

► www.kurzlink.de/erep-empfehlungen

Nachhaltige Produkte

Europäer mögen's grün

■ 80 Prozent der EuropäerInnen denken über Umweltauswirkungen von Produkten nach. Das ergab eine EU-weite Meinungsumfrage zur Schaffung eines Binnenmarktes für umweltfreundliche Produkte. Über 25.500 BürgerInnen wurden befragt. Darüber hinaus würden mehr als drei Viertel der Befragten mehr Geld für umweltverträgliche Produkte ausgeben, wenn deren Umweltverträglichkeit gewährleistet wäre.

Fast 90 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass der Kauf umweltfreundlicher Produkten der Umwelt zugutekommt. Allerdings fühlt sich nur knapp die Hälfte der TeilnehmerInnen ausreichend über die Umweltauswirkungen der Waren informiert. In Portugal und Malta ist im Gegensatz zu Deutschland und Rumänien das Vertrauen groß, dass umweltfreundlich gekennzeichnete Produkte weniger schädliche Umweltauswirkungen haben.

Schlechte Informationen führen dazu, dass etwa die Hälfte der Befragten den Herstellerangaben zu Umwelleistung nicht glaubt.

Knapp 70 Prozent EuropäerInnen fordern, dass die Konzerne zu mehr Transparenz bei der Gesamtumwelleistung verpflichtet werden sollen. Außerdem meint eine große Mehrheit der Befragten, dass die voraussichtliche Lebensdauer von Produkten angegeben werden sollte. Denn knapp die Hälfte der befragten BürgerInnen habe sich in den vergangenen zwölf Monaten aufgrund der hohen Reparaturkosten gegen die Reparatur eines Produktes entschieden. [hk]

► www.kurzlink.de/eu-pm-produkte

umwelt aktuell Spezial zur Bundestagswahl

Die Parteien haben ihre Wahlprogramme vorgelegt, die heiße Wahlkampfphase ist eingeläutet. Mit und nach der Wahl im September werden die Weichen gestellt für die Umsetzung zahlreicher politischer und gesellschaftlicher Themen. Wer wählen geht, nimmt kurz-, mittel- und langfristig Einfluss auf die künftige Entwicklung. Wie wollen die Bundesbürgerinnen und -bürger in Zukunft leben? Generationengerechtigkeit, faire Energiewende, grüne Agrarwende sind Anliegen, die die Gastautorinnen und Gastautoren der *umwelt aktuell* unter die Lupe nehmen.

In allen Parteiprogrammen steht das Stichwort Nachhaltigkeit. Ob es nur Lippenbekenntnis bleibt oder wirklich zu einem gesellschaftlichen und ökologischen Wandel beiträgt und ob die Stimmen der Jugend tatsächlich von Parteien gehört werden, beleuchtet Lisi Maier. Die Autorin zeigt, dass eine gerechte Sozialpolitik keineswegs im Widerspruch zu Umweltpolitik steht.

Auch die Energiewende haben sich die meisten Parteien im Wahlkampf auf die Fahnen geschrieben. Was heißt das aber im Einzelnen? Geht es

weiterhin hauptsächlich um die Strompreise oder werden endlich Rezepte präsentiert, wie der Wandel sozial fair gestaltet werden kann? Diese Fragen versucht Katharina Reuter zu beantworten.

Welche Rolle dabei die Bürgerinnen und Bürger spielen, in welchem Umfang sie bereits bei der Planung der künftigen Stromversorgung mitreden und mitbestimmen können, beschreiben Claudia Löhle und Stefan Taschner. Das Autoren-duo nennt Beispiele funktionierender Bürgerbe-

teiligung und stellt heraus, was die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker dafür tun müssen. In Brüssel haben sich die EU-Länder jüngst auf die Reform der Agrarpolitik geeinigt. Wie umweltfreundlich sie hierzulande tatsächlich ausfallen wird, entscheiden aber die neu gewählten Abgeordneten in Berlin. Von Bundestag und Bundesrat fordert Ulrich Jasper mehr Mittel für Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen.

[Die Redaktion]

Nachhaltigkeit

Ökologisch, sozial, generationengerecht

Die ökologische Wende kann gelingen, wenn die Politik auch die jungen Menschen mitnimmt

Vor der Bundestagswahl kommt kein Parteiprogramm ohne Nachhaltigkeit aus – oft nicht mehr als ein leeres Modewort. Ein glaubhaftes Bekenntnis zu einer sozialen und ökologischen Wende in Wirtschaft und Gesellschaft verbirgt sich hier nur in wenigen Fällen. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend fordert die Parteien im Interesse junger und zukünftiger Generationen auf, Nachhaltigkeit ernst zu nehmen und zu gestalten. ■ VON LISI MAIER, BDKJ

Ist es verantwortbar, Lebensmittel ökologisch und fair zu produzieren, obwohl ein Großteil der Bevölkerung sich diese gar nicht mehr leisten kann? Ist es noch gerecht, wenn Strom zwar nachhaltig gewonnen, steigende Preise gerade für Geringverdienende aber immer stärker zur Belastung werden? An diesen Fragestellungen entzündet sich immer wieder die Debatte um die zukünftige und nachhaltige Ausrichtung unserer Gesellschaft. Im politischen Diskurs wird die ökologische Wende dabei zunehmend als unsozial abgestempelt. Aber steht Umweltpolitik wirklich im Widerspruch zu einer gerechten Sozialpolitik?

Im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), dem Dachverband der katholischen Jugendverbände in Deutsch-

land, und auch im Deutschen Bundesjugendring (DBJR), der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Jugendverbände, werden diese Fragen nicht nur in Verbänden mit ökologischem Schwerpunkt diskutiert. Viele junge Menschen setzen sich heute mit Themen der ökologischen Wende und damit einhergehenden Gerechtigkeitsfragen auseinander. Gerade für die Gestaltung einer nachhaltigen Gesellschaft darf dieser Blickwinkel der jungen Menschen nicht vergessen werden.

Nur nachhaltig ist auch sozial

Der Standpunkt von BDKJ und DBJR ist klar: Soziale und ökologische Notwendigkeiten müssen gemeinsam gedacht werden. In der Praxis sieht das aber anders aus.

Viele Politikerinnen und Politiker spielen diese beiden Interessen oftmals gegeneinander aus. Die ökologische Wende ist unsozial und belastet vor allem die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft – diese Argumentation ist leider allzu gut bekannt. Oft genug wird nur über den Preis, nicht aber über den konkreten Inhalt einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Politik gestritten.

Billige Nahrungsmittel und günstige Energiepreise sind allerdings nicht per se sozial. Im Gegenteil: Nur eine nachhaltige Produktion, die Gegenwart und Zukunft der Menschen in den Blick nimmt, kann auch sozial sein. Der BDKJ und seine Mitgliedsverbände vertreten die Überzeugung, dass uns nach christlichen Vorstellungen die Schöpfung zur Gestaltung und Bewah-

rung anvertraut ist. Das christliche Wertefundament beinhaltet also nicht nur einen Gestaltungsauftrag, sondern überträgt den Menschen auch Verantwortung für ihre natürliche Mitwelt. Wer diese Werte lebt, muss sein politisches Handeln am Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren, denn nur so bleiben Gestaltungsmöglichkeiten auch für kommende Generationen erhalten.

Alle Parteien bekennen sich in ihren Wahlprogrammen vor der Bundestagswahl zur Nachhaltigkeit. Um diese umzusetzen, braucht es eine politische Verantwortungsübernahme für wirtschaftliches und soziales Handeln, das nicht länger auf ökonomisches Wachstum um fast jeden Preis setzt, sondern nach Wegen der sozial- und umweltgerechten Entwicklung sucht. Dabei muss das politische Handeln in Deutschland auf der Einsicht in globale Zusammenhänge und der Verantwortung für die internationale Gerechtigkeit zwischen den Menschen weltweit beruhen. Denn wenn in Zeiten des Wahlkampfes von sozial gerechter Politik gesprochen wird, dürfen auch die Schwächsten in unserer globalen Gesellschaft – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den produzierenden Ländern – und deren Bedürfnisse nicht außer Acht gelassen werden.

Weltweit Generationengerechtigkeit schaffen

Nachhaltiges Wirtschaften nimmt die jungen Menschen von heute und die zukünftigen Generationen in den Blick – weltweit. Aus der Perspektive der 660.000 jungen Menschen, die in den katholischen Jugendverbänden in Deutschland organisiert sind, ist nur das auch wirklich sozial gerechte Handeln.

Dem Leben und Wirtschaften auf der Welt ist durch nur begrenzt verfügbare Ressourcen ein klarer Rahmen gesetzt. Wenn diese Ressourcen aber erst einmal verbraucht sind, kann das nicht ohne Folgen für die Menschen bleiben. Soziale Standards und Rahmenbedingungen für das Zusammenleben in einer Gesellschaft würden ihre bislang als selbstverständlich erachtete Grundlage verlieren. Gerade vor dem Hintergrund des sozialen

Zusammenhalts einer Gesellschaft rückt Nachhaltigkeit deshalb umso stärker in den Fokus: Ein ökologisches Umsteuern in Politik und Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt nicht nur die Bedürfnisse der lebenden Generationen, sondern verspricht auch Möglichkeiten und Potenziale für zukünftige Generationen, ihre Bedürfnisse zu befriedigen und ihren eigenen Lebensstil zu wählen.

Vor der Bundestagswahl gilt daher der Appell an alle im Bundestag vertretenen Parteien, Politik nicht nur im Interesse einiger weniger zu gestalten, sondern alle lebenden und zukünftigen Generationen im Blick zu behalten. Drei Punkte sind hierbei besonders wichtig:

► Nachhaltigkeit ist kein Luxus

Noch immer betrachten viele Menschen Nachhaltigkeit als einen Luxus reicher Gesellschaften. Auch über die Bundestagswahl hinaus müssen Politikerinnen und Politiker aller Parteien hier zu einem Paradigmenwechsel beitragen: Nachhaltige Entwicklung ist kein Luxus, sondern notwendiges Instrument für weltweite Gerechtigkeit und Solidarität.

Die Frauen und Männer in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern leiden als erste unter den Folgen des ökologischen Raubbaus. Der Klimawandel trifft diejenigen am härtesten, die am wenigsten zur Erderwärmung beitragen und die im Gefüge unserer Einen Welt ohnehin immer noch am häufigsten existenzbedrohende Sorgen haben. Um den sozialen Frieden weltweit zu gewährleisten, bedarf es deshalb einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie, die besonders die entwicklungspolitischen Ansätze mit Aspekten der Ressourcenschonung und Umweltbildung verknüpft.

► Nachhaltigkeit darf nicht erzwungen werden

Nachhaltiges Leben darf einer Gesellschaft von oben herab aufgezwungen werden. Alle Generationen, insbesondere aber die jungen Menschen, müssen die Chance bekommen, in Partizipations- und Bildungsprozessen Nachhaltigkeit mitzugestalten

und Prinzipien des nachhaltigen Lebens zu vereinbaren.

Einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung zufolge wünschen sich 69 Prozent der Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren intensivere Bildungsmaßnahmen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Wie so oft scheint auch hier also Bildung der Schlüssel zum Erfolg: Gerade weil Nachhaltigkeit eben nicht ausschließlich auf technischem Fortschritt basieren kann, sondern auch mit einem bedachten Lebenswandel zusammenhängen und Verschwendung einschränken muss, bedarf es geeigneter Bildungsmaßnahmen, die beispielsweise einen bewussten Wandel des Konsumverhaltens hinwirken.

► Nachhaltigkeit ist generationengerecht

Die ökologische Wende bedeutet, Zukunft zu gestalten. Es gilt, ein gutes Leben innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten zu ermöglichen. Das kann aber nur gelingen, wenn alle Generationen gleichermaßen in politische Entscheidungsprozesse eingebunden sind.

Insbesondere die jungen Menschen müssen deshalb im Sinne einer nachhaltigen Gesellschaft noch bewusster und stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden.

Politik im Interesse junger Menschen

Die Mitgliedsverbände im Bund der Deutschen Katholischen Jugend fordern Politikerinnen und Politiker auf, ihre Vorhaben in allen Ressorts und Politikfeldern durch die U28-Brille zu betrachten. Nicht nur in Wahlprogrammen und Wahlkampfreden sollen sie die Brille der unter 28-Jährigen aufsetzen und so die jungen Menschen von heute und ihre Bedürfnisse in den Blick nehmen.

Innerhalb aller politischen Parteien muss ein Bewusstsein dafür entstehen, dass ökologisch und sozial ausgewogenes Handeln kein Luxus, sondern eine globale Notwendigkeit ist. Es ist fatal und wenig zielführend, dass Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliches Wachstum weiterhin gegeneinander ausgespielt werden. Darüber hinaus ist es aus Sicht jun-

ger Menschen besonders wichtig, über den Wert von Nachhaltigkeit, ökologischer und fairer Beschaffung sowie der Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu informieren. Zu häufig gründet eine ablehnende Haltung auf Unwissenheit.

Gerade auch für zentrale gesellschaftspolitische Großprojekte wie den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie und die Abwendung von fossilen Energieträgern gilt es, eine ökologisch verantwortungsbewusste und zukunftsweisende Politik nicht

länger auszubremsten. Eine nachhaltige Energieversorgung und effiziente Energienutzung sind wichtige Bestandteile einer zukunftsgerichteten und nachhaltigen Politik. Zusammen mit anderen Bündnispartnern setzt sich der BDKJ deshalb dafür ein, Klimapolitik nicht nur zu verwalten, sondern sozial gerecht zu gestalten.

Wer die ökologische Wende durch die Brille der unter 28-Jährigen betrachtet, wird schnell feststellen: Eine ökologisch nachhaltige Politik ist echte Sozialpolitik

– für die Jugend von heute und für die Gesellschaft von morgen.

Lisi Maier ist Bundesvorsitzende des BDKJ und seit Oktober 2012 außerdem Vorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings.

Kontakt:
Tel. +49 (0) 30 / 28878 951
E-Mail: maier@bdkj.de,
www.bdkj.de



Energiewende

Sozial gestalten, statt verhindern

Wie eine solidarische Energiewende gelingen kann – und was die Parteien dafür tun wollen

Das Ansteigen der Strompreise war in der politischen Debatte um die Energiewende lange Zeit Thema Nummer eins. Der soziale Aspekt wurde dabei oft instrumentalisiert. Im Wahlkampf fragt die Klima-Allianz, wie die Energiewende sozial gerecht zu gestalten ist. ■ VON KATHARINA REUTER, KLIMA-ALLIANZ

Die Klima-Allianz Deutschland hat sich bereits im Herbst 2012 mit dem sozialen Aspekt der Energiewende auseinandergesetzt. Ergebnis ist ein Positionspapier mit einem Acht-Punkte-Forderungskatalog, der unter der Überschrift „Gemeinschaftswerk Energiewende sozial gestalten“ veröffentlicht wurde. Dabei ist es gelungen, ein in dieser Form bisher einmaliges Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Verbraucherorganisationen, kirchlichen Organisationen, Entwicklungsverbänden, der Gewerkschaft IG BAU und vielen weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schmieden. Klaus Töpfer (CDU) hat die Schirmherrschaft für die Initiative übernommen.

Armut statt Energiewende bekämpfen

Die Grundidee ist: Einkommen anheben, nicht Energiepreise senken! Das Bündnis fordert den Abbau bestehender Subventionen und Privilegien für fossile Energieträger und Energieverbrauch. Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld II (ALG), BAföG oder Grundsicherung im Alter müssen an die

steigenden Energiekosten angepasst werden. WohngeldempfängerInnen sollen einen pauschalierten Energiekostenzuschuss für Strom und Heizung erhalten. Da angemessene Einkommen die Grundlage für ein menschenwürdiges Leben sind und Armut vermeiden, sollen flächendeckende Mindestlöhne von mindestens 8,50 Euro pro Stunde eingeführt werden. Auch die EU-Energieeffizienzrichtlinie sollte aus Sicht des Bündnisses schnell umgesetzt werden. Für eine warmmietenneutrale Gebäudesanierung muss die staatliche Förderung aufgestockt und verstetigt werden.

CDU: Weiter Vergünstigung für Industrie

Im Wahlkampf bekräftigte die CDU ihr Interesse an einer breit akzeptierten Energiewende und sagte zu, keine Angst mache betreiben zu wollen. Hinsichtlich Industrievergünstigungen, Subventionen für fossile Energieträger und einer ambitionierten Sozialpolitik blieben aber viele Fragen offen. Im Wahlprogramm heißt es, dass es weiterhin Vergünstigungen für Industrien im internationalen Wettbewerb geben soll.

Am Emissionshandel hält die CDU weiter fest. Keine klare Aussage trifft sie zur Stromsteuer und zur Anhebung von Sozialtransferleistungen. Auch ein Energiekostenzuschuss wird nicht thematisiert – das Wohngeld soll aber an die Entwicklung der Wohnkosten angepasst werden.

Die CDU ist gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Wo es keine Tarifverträge gibt, will sie aber Tarifpartner gesetzlich verpflichten, Mindestlöhne festzulegen. Verbraucher sollen besser informiert werden, zum Beispiel über Gebäudedämmung. Das Förderniveau der Gebäudesanierung soll bei den derzeitigen 1,8 Milliarden Euro pro Jahr bleiben. Allerdings will die Partei nach der Wahl steuerliche Anreize diskutieren.

SPD: Energetische Sanierung fördern

Die SPD fordert, Vergünstigungen für energieintensive Industrie an ein „angemessenes Energiemanagement“ zu koppeln, benennt aber keinen konkreten Abbau. Die Stromsteuer soll gesenkt werden, um Wirtschaft und private Haushalte zu entlasten. Die Sozialdemokraten wol-

len eine weitgehend steuerbefreite Grundversorgung schaffen, die sich durch eine erhöhte Mehrwertsteuer auf die Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage finanziert. Aus Sicht der Klima-Allianz ist das kontraproduktiv, denn kostenlose Strom-Grundkontingente oder die Abschaffung der Stromsteuer sind weder ökologisch noch sozial hilfreich. In ihrem Wahlprogramm fordert die SPD Mikrokredite und Zuschüsse für private Haushalte und kleine Unternehmen für energieeffiziente Geräte und Anlagen. Diese Zuschüsse sollen nicht auf Leistungen der Grundsicherung angerechnet werden. Auch den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld will die SPD wieder einführen.

Der Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde sowie ein EU-weiter Mindestlohn sind zentrale Punkte. Wie die Klima-Allianz möchte die SPD die Energieberatung ausbauen und mit neuen Anreizen verbreitern. Die EU-Effizienzrichtlinie wird nicht direkt angesprochen, aber es gibt im Wahlprogramm mehrere Verweise auf Energieeffizienz und Kraft-Wärme-Kopplung. Ein „Masterplan Energiewende“ soll Energieeffizienzpotenziale aufzeigen. Die energetische Sanierung soll gefördert und künftig nach tatsächlich eingesparter Energie anstatt nach erreichtem Effizienzstandard berechnet werden. Die Mieten müssen auch nach der Sanierung bezahlbar bleiben.

Grüne: Energiesparfonds für Klimazuschuss

Das Wahlprogramm der Grünen weist die größten Schnittmengen mit den Forderungen des Bündnisses für die Energiewende auf. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen im Sinne einer ökologischen Finanzreform ist geplant – darunter fallen explizit auch ungerechtfertigte Industrievergünstigungen. Wie im Acht-Punkte-Forderungskatalog müssen Effizienzmaßnahmen nachgewiesen werden, um Vergünstigungen zu erhalten. Sinkende Strompreise aufgrund des Zubaus erneuerbarer Energien sollen nach Ansicht der Grünen künftig auch an die Verbraucher weitergegeben werden.

Sie fordern, die Strompreise sozialer zu gestalten und Privathaushalte zu entlas-

ten. Im Wahlprogramm ist festgeschrieben, dass Transferleistungen an steigende Strompreise angepasst werden sollen, allerdings nicht unbedingt pauschal. Auch finanzschwache Haushalte sollen von energieeffizienten Geräten profitieren können. Über einen Energiesparfonds soll ein Klimazuschuss zusätzlich zum Wohngeld ausgezahlt werden. Auch die Grünen fordern einen flächendeckenden Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde und sprechen sich für Mindestlöhne in ganz Europa aus. Neben dem Ausbau der Energiesparberatung wollen sich die Grünen für verschiedene Energieeffizienzmaßnahmen einsetzen, zum Beispiel Wärmedämmung. Für energetische Gebäudesanierung sollen zwei Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Der Energiesparfonds soll unter anderem die energetische Quartierssanierung voranbringen. Auch die Grünen unterstützen eine sozial verträgliche Sanierung.

Linke: Verbot von Energiesperren

Die Linke fordert ebenfalls, unberechtigte und ökologisch kontraproduktive Vergünstigungen abzuschaffen. Ein kostenloses Strom-Grundkontingent für alle Haushalte soll Energiearmut vermeiden. Die Klima-Allianz sieht das allerdings als falsches Signal angesichts der ökologischen Auswirkungen der Stromproduktion und der Tatsache, dass auch Reiche davon profitieren würden. Nach den Plänen der Linken sollen Vielverbraucher mehr bezahlen, um ein solches Grundkontingent mitzufinanzieren. Das Abschalten der Energieversorgung, sogenannte Energiesperren, sollen verboten werden. Die Linke spricht sich für eine Erhöhung der Transferleistungen aus, die an Energiekosten gekoppelt werden sollen. Zur Geräteausstattung von ALG-EmpfängerInnen wird keine Aussage getroffen. Das Wohngeld soll individualisiert werden und sich zukünftig an der Bruttowarmmiete orientieren. Heizkosten sollen wieder enthalten sein.

Die Linke steht für den flächendeckenden Mindestlohn von zunächst zehn, später zwölf Euro pro Stunde. Im Wahlprogramm finden sich keine Aussagen zur Energie-

sparberatung und zur Effizienzrichtlinie. Die Bundesförderung für energetische Gebäudesanierung soll aber aufgestockt werden. Damit die Belastung für MieterInnen sinkt, soll die Umlage für Sanierung und energetische Modernisierung von elf auf fünf Prozent reduziert und Warmmietenneutralität eingeführt werden.

Solidarische Energiewende ist machbar

Die FDP hat ihr Wahlprogramm bis zum Redaktionsschluss noch nicht endgültig veröffentlicht, weshalb keine Analyse vorliegt.

Schon jetzt kann das Bündnis „Gemeinschaftswerk Energiewende sozial gestalten“ eine positive Zwischenbilanz ziehen: Die zunächst rein auf den Strompreis fokussierte Debatte wurde aufgebrochen – die herausragende Bedeutung der Energiekosten vor allem von Wärme und Mobilität konnte in die politische Diskussion gebracht werden. Es gelang, ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen, dass die Energiewende sozial gestaltbar ist und dafür große Herausforderungen in der Sozialpolitik anzugehen sind. Nach der Bundestagswahl müssen die Parteien in den Koalitionsverhandlungen zeigen, dass sie die Energiewende als Gewinn für Deutschland sehen, die als solidarisches Gemeinschaftsprojekt umgesetzt werden kann.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ Neben Spitzengesprächen mit den Parteien zog die Autorin eine Kurzanalyse der Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2013 des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft zur Analyse heran.
- ▶ www.die-klima-allianz.de/wp-content/uploads/2013/04/Positionspapier_sozial_gerechte_energiewende.pdf

Dr. Katharina Reuter leitet die Geschäftsstelle der Klima-Allianz Deutschland. Dem breiten gesellschaftlichen Bündnis gehören mehr als 110 Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Kirche, Jugend, Tierschutz, Verbraucherschutz und Gewerkschaften an.

Kontakt:
E-Mail: reuter@klima-allianz.de,
www.die-klima-allianz.de



Infokasten: Neues Wahlrecht zur Bundestagswahl 2013

Das Wahlrecht ist (juristisches) Herzstück der Demokratie. Es regelt, wie sich der Wählerwille in Mandate und Sitzverteilungen umsetzt, entscheidet über die Mehrheitsverhältnisse im Parlament und letztlich darüber, welche Parteien nach der Wahl regieren. Kurz: Das Wahlrecht organisiert die demokratische Teilhabe im politischen System. Dennoch war das deutsche Wahlrecht lange Zeit verfassungswidrig. Zweimal, 2008 und 2012, hatte das Bundesverfassungsgericht die Grundgesetzwidrigkeit des geltenden Wahlrechts festgestellt.

Was sind die Wählerstimmen wert?

Wenn Mehrheits-, Verhältnis- und föderales Wahlrecht unter einen Hut gebracht werden sollen, sind Fehler vorprogrammiert: Das deutsche System der personalisierten Verhältniswahl schaffte den Effekt des sogenannten negativen Stimmengewichts. Das bedeutet: Eine Partei kann mehr Sitze im Bundestag bekommen, weil sie weniger Stimmen erzielt. Oder sie bekommt umgekehrt weniger Mandate zugesprochen, weil sie mehr Stimmen erzielt. Schuld an diesem wahlrechtlichen Paradox ist die Kombination aus Überhangmandaten ohne Ausgleichsmandate und die proportionale Verrechnung der Stimmen

mit den Landeslisten der Parteien. Die abgegebene Stimme entspricht in diesem Fall nicht mehr dem Wählerwillen – mit dem Verfassungsgrundsatz der Gleichheit und Unmittelbarkeit der Wahl ist das nicht zu vereinbaren.

Parteiübergreifender Wahlrechtskompromiss

Ein verfassungswidriges Wahlrecht ist schwer hinnehmbar. Noch schwerer aber wiegt die scheinbare Unfähigkeit der im Bundestag vertretenen Parteien, sich auf ein neues Wahlrecht zu einigen. Der erste schwarze Neuentwurf, gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet, wurde vom Verfassungsgericht wieder einkassiert. Das Problem der negativen Stimmengewichtung hatte der Vorschlag nicht behoben.

Erst im Februar 2013 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen ein neues und gültiges Wahlrecht – für die Wählerinnen und Wähler ändert sich aber nichts. Der gefundene Kompromiss: Alle Überhangmandate werden zukünftig ausgeglichen. Dadurch bleibt das Stimmen- und Sitzverhältnis gewahrt. Die von vielen Politikerinnen und Politikern angekündigte Lösung ist das aber nicht: Das Parlament könnte nach der Wahl

deutlich größer sein als bislang. Im Extremfall säßen dann 800 statt derzeit 620 Abgeordnete im Bundestag. Die parlamentarische Arbeit wird dadurch nicht erleichtert. Schon jetzt mehren sich die Stimmen, die eine erneute Reform des Wahlrechts nach der Wahl fordern – dann ganz ohne Überhangmandate.

Um die Sitze im Parlament konkurrieren dieses Jahr 26 Parteien, die vom Bundeswahlleiter grünes Licht bekommen haben, und 1.500 DirektkandidatInnen in den Wahlkreisen. Wie groß der Bundestag nach der Wahl tatsächlich sein und wie viele Überhang- und Ausgleichsmandate es geben wird, entscheidet sich am 22. September.

[Die Redaktion]

Wie viel Umwelt steht zur Wahl?

- ▶ BUND-KandidatInnencheck: www.bund.net/nc/themen_und_projekte/bundestagswahl/kandidatinnencheck
- ▶ Gemeinsame Wahlforderungen von DNR, BUND und NABU: www.dnr.de/downloads/kernforderungen-umweltverbaende-zur-bt-wahl-20.pdf
- ▶ DNR-Forderungen an Parteiprogramme: www.dnr.de/downloads/dnr-forderungen-an-partieprogramme-zur-bt-wahl.pdf
- ▶ Kernforderungen der Klima-Allianz: www.die-klima-allianz.de/bundestagswahl-2013

Energiepolitik

Bürgerbeteiligung: Ja – aber richtig!

Nur durch eine aktive Einbindung der BürgerInnen ist die Energiewende zu schaffen

Die zukünftige erneuerbare Stromversorgung ist ohne die Zustimmung der Menschen vor Ort nicht möglich. Deshalb gilt es, sie frühzeitig am politischen Prozess zu beteiligen. Und zwar nicht nur auf informativer Ebene, sondern in Form einer gleichberechtigten Mitbestimmung. Kommunen zeigen bereits, wie effektive Bürgerbeteiligung gehen kann. Die Politik muss das auf Bundesebene erkennen und entsprechend handeln. ■ VON CLAUDIA LÖHLE UND STEFAN TASCHNER

Die Proteste um das Mammut-Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 haben deutlich gemacht: Das derzeitige Maß an Bürgerbeteiligung reicht nicht aus, um eine Akzeptanz der politischen Entscheidung bei den BürgerInnen vor Ort zu erreichen. Dies trifft nicht nur auf einige wenige Großprojekte wie den Stuttgarter Tiefbahnhof zu, sondern insbesondere auch auf den gesellschaftsverändernden

Umbau der Energieversorgung. Dieser Umbau ist aus Klimaschutzgründen unerlässlich. Umso wichtiger sind Verfahren, die die BürgerInnen an der Energiewende beteiligen. Doch was versteht man eigentlich unter Bürgerbeteiligung und worin liegt der Unterschied zur direkten Demokratie?

Direkte Demokratie ermöglicht es den BürgerInnen im rechtlichen Rahmen ini-

tiativ „von unten“ Angelegenheiten ihrer Gemeinde zu gestalten. Bürgerbegehren werden oftmals als Vetoinstrument genutzt, um einen Gemeinderatsbeschluss zu korrigieren. Mitunter setzen sie aber auch neue Themen auf die politische Agenda. Am Ende des Verfahrens steht ein verbindlicher Entscheid, an dem (fast)⁽¹⁾ alle Mitglieder der Gemeinde teilnehmen können.

Bei einer Bürgerbeteiligung werden die BürgerInnen hingegen „von oben“ in eine Entscheidungsfindung eingebunden. Bürgerbeteiligung ist vor allem dazu geeignet, Konflikte im Vorfeld von Planungen zu erkennen und Lösungen zum Interessenausgleich zu entwickeln. Abhängig von der Art der Beteiligungsmethode können sich die BürgerInnen ungleich stark in den Entscheidungsfindungsprozess einbringen. Folgende Formen werden unterschieden:⁽²⁾

- ▶ Informative Öffentlichkeitsbeteiligung
- ▶ Konsultative Öffentlichkeitsbeteiligung
- ▶ Mitbestimmung

Konflikte schon bei der Planung erkennen

Die informative Öffentlichkeitsbeteiligung gilt nicht als Bürgerbeteiligung im engeren Sinne, da die Kommunikation nur einseitig stattfindet.⁽³⁾ Die BürgerInnen erhalten hier lediglich Informationen, zum Beispiel durch Veranstaltungen oder Einsichtnahmen in Planungsunterlagen. Information ist für eine echte Bürgerbeteiligung notwendig. Nur eine ausreichend aufgeklärte Bevölkerung kann sich effektiv und sachgerecht einbringen.

Bei der konsultativen Öffentlichkeitsbeteiligung handelt es sich um eine zweiseitige Kommunikationsform. Hier können die BürgerInnen zu bestimmten Vorhaben Stellung nehmen oder Vorschläge entwickeln, zum Beispiel bei einer Bürgerbefragung. Diese sind jedoch nicht bindend. Der Vorhabenträger kann sie umsetzen, muss aber nicht.

Die weitreichendste Bürgerbeteiligung spielt sich auf der Stufe der Mitbestimmung ab. Hier wird versucht, gemeinsam zu einer Lösung zu gelangen. Am Ende dieses Prozesses dürfen die BürgerInnen verbindlich mitentscheiden. Diese Form ist in der direkten Demokratie stark verankert.

Mitbestimmung, bei der die Einwohner von Anfang an als Entscheider und gleichberechtigte Partner von Politik, Verwaltung oder Vorhabenträger auftreten, ist deshalb als Form der Bürgerbeteiligung zu befürworten. Diese Anforderungen an eine Bürgerbeteiligung gilt es nun auf den

verschiedenen politischen Ebenen zu berücksichtigen.

Insbesondere bei Klimaschutz und Energiewende setzen wichtige Fragen auf kommunaler Ebene an. Die zukünftige dezentrale erneuerbare Energieversorgung wird nicht ohne die Zustimmung der Menschen vor Ort möglich sein. Deshalb müssen kritische Stimmen angehört, Vorbehalte überwunden und Ideen miteinbezogen werden.

Die Information und Partizipation der Bevölkerung an der Umstellung auf erneuerbare Energien während des Planungsprozesses erhöht die Akzeptanz und somit die Chance auf Umsetzung. Einige Kommunen haben das bereits erkannt. So etwa die Stadt Rottweil: Im Rahmen mehrerer Bürgerversammlungen erstellten dort die Anwohner ein Bürgergutachten und nahmen somit aktiv an der Planung eines Biogasheizkraftwerks teil.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“

In Kommunen und den Bundesländern sind Volksentscheide längst Gesetz, auf Bundesebene jedoch noch nicht.⁽⁴⁾ Deshalb setzt sich derzeit eine Kampagne von „Mehr Demokratie“ für Volksentscheide auf Bundesebene ein. Politik soll dabei neu verankert werden. Gemäß Artikel 20 des Grundgesetzes sollen die BürgerInnen auch bundesweit direktdemokratisch entscheiden können, denn „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen [...] ausgeübt“.

Bis auf die CDU/CSU unterstützen alle im Bundestag vertretenen Parteien das Anliegen für mehr direkte Demokratie. Die Grünen haben sich als erste Partei dafür auf Bundesebene eingesetzt. Auch in ihrem jetzigen Wahlprogramm bekennen sie sich dazu. Die SPD schreibt in ihrem Regierungsprogramm, auf Bundesebene Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide einführen zu wollen.⁽⁵⁾ Die Linke will diese dann auch noch mit niedrigen Zugangshürden und bürgerfreundlichen Abstimmungsverfahren versehen, wie Straßensammlung oder Briefwahl.⁽⁶⁾ Die FDP hingegen sieht für bundesweite Volksent-

scheide hohe Hürden vor. Eine effektive Bürgerbeteiligung ist in der Energiewende nur zu erreichen, wenn die Politik bereit ist, einen Teil ihrer Entscheidungshoheit an BürgerInnen abzugeben. Auf kommunaler Ebene gibt es bereits Beispiele, wie derartige Prozesse ablaufen können. Diese sind weiter auszubauen und als fester Bestandteil in der Kommunalpolitik zu verankern. Auf Bundesebene hingegen wäre die Einführung bundesweiter Volksentscheide ein wichtiger Schritt und würde die Lücke der direktdemokratischen Einflussmöglichkeiten schließen. Dementsprechend muss der politische Druck auf die Unionsparteien erhöht werden.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) Abstimmungsberechtigt sind nur Personen, die an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Einwohner unter einer bestimmten Altersgrenze und Migranten werden dadurch ausgeschlossen.
- ▶ (2) Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung – die Zukunft gemeinsam gestalten, Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik, www.kurzlink.de/handbuch-oeffbeteil
- ▶ (3) Projektabschlussbericht „Aktivität und Teilhabe – Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern“ der Forschungsgruppe Umweltpsychologie, Seite 14
- ▶ (4) www.volksentscheid.de/warum_volksentscheid.html
- ▶ (5) www.kurzlink.de/spd-programm2013-17
- ▶ (6) www.kurzlink.de/linke-wahlprog2013f

Claudia Löhle leitet die Geschäftsstelle beim Verein BürgerBegehren Klimaschutz. Außerdem arbeitet sie für den Berliner Energietisch im Kampagnenteam.

Kontakt:

E-Mail: loehle@berliner-energiesch.net,
www.berliner-energiesch.net



Dr. Stefan Taschner ist Sprecher des Berliner Energietisches. Gleichzeitig arbeitet er als Campaigner beim Verein BürgerBegehren Klimaschutz.

Kontakt:
E-mail: taschner@buergerbegehren-klimaschutz.de,
www.buergerbegehren-klimaschutz.de



Agrarwende

Die EU-Agrarreform entscheidet sich in Berlin

Grüner und gerechter soll die Agrarpolitik werden – Bundestag und Bundesrat haben es in der Hand

Nach der Wahl müssen Bund und Länder entscheiden, wie ökologisch wirksam die Kriterien des „Greenings“ gefasst und wie sehr die neuen Möglichkeiten zur Umschichtung von Geldern zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft genutzt werden. Sie bestimmen auch, ob es noch genügend Mittel für die spezifischen Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen sowie weitere Förderprogramme für Qualitätserzeugung und regionale Vermarktung geben wird. ■ VON ULRICH JASPER, AbL

Ende Juni haben sich Parlament, Agrarministerrat und Kommission der EU auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik geeinigt. Aus deutscher Sicht sind vor allem die Bestimmungen zu den Geldern des europäischen Agrarhaushaltes von Interesse. „Grüner und gerechter“ – unter dieser Überschrift hat EU-Kommissar Dacian Cioloș vor zwei Jahren den Reformprozess in Gang gebracht.

„Grüner“ heißt, dass die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe EU-weit an drei ökologische Standards, die über dem gesetzlichen Niveau liegen, gebunden werden sollten. „Gerechter“ sollte es in zwei Richtungen zugehen: Zum einen sollten die Länder, die hohe Zahlungen erhalten, etwas an die Länder mit weit unterdurchschnittlichem Zahlungsniveau abgeben. Zweitens sollten die Zahlungen innerhalb eines Landes pro Einzelbetrieb nicht länger in unbegrenzte Höhen gehen, sondern bei großen Beträgen gestaffelt gekürzt und schließlich ganz gekappt werden. Gegen beides, das Greening und die Staffelung, war die Bundesregierung Sturm gelaufen und hatte alles versucht, diese Reformvorhaben zu torpedieren. Aber der Ansatz der Kommission hat dem doch weitgehend standgehalten.

Erkauft worden ist der Brüsseler Kompromiss allerdings mit mehr nationalen Spielräumen für die Umsetzung der Reform. Was die Reform nun also tatsächlich bringen wird, liegt damit jetzt zu einem großen Teil in der Verantwortung Berlins, also der kommenden Bundesregierung und des zustimmungspflichtigen Bundesrats, und damit auch bei den Bundesländern. Das bietet erhebliche Chancen, einen richtigen Schub für die Umwelt und

die bäuerliche Landwirtschaft insgesamt auszulösen. Dringlich genug ist das.

Greening: einfach und wirksam

Wie genau die ökologischen Anforderungen des Greenings ausgestaltet werden, müssen Bund und Länder nach der Bundestagswahl entscheiden. Brüssel gibt drei Standards vor: Fruchtartenvielfalt, Erhaltung des Dauergrünlands (Wiesen, Weiden) und Nachweis von ökologischen Vorrangflächen auf einem Mindestanteil der Ackerflächen, nämlich fünf Prozent ab 2015 und wahrscheinlich sieben Prozent ab 2018.

Zu jedem dieser drei Standards erlaubt die Brüsseler Einigung den Mitgliedstaaten eine Reihe von Ersatzmaßnahmen, deren ökologische Wirkung zum Teil sehr fraglich ist. Die Vorgabe lautet zwar, dass die Ausweichmaßnahmen eine vergleichbare oder höhere ökologische Wirkung zeigen müssen, damit die EU-Kommission sie als „äquivalent“ anerkennt. Aber schon einige der im Verordnungstext aufgeführten Maßnahmen werden diesem Anspruch eigentlich nicht gerecht. Würden sie von Deutschland trotzdem gewählt, wäre das eine Abschwächung der Kriterien, die schon im Kommissionsentwurf nicht den ökologischen Erfordernissen genügten.

Bund und Länder sind also gefordert, sich nicht auf die schiefe Bahn des bürokratischen und letztlich auch ungerechten Greenwashings zu begeben. Notwendig sind einfache, klare und ökologisch möglichst wirksame Vorgaben für alle Betriebe, damit nicht länger diejenigen indirekt bestraft werden, die eine gute Fruchtfolge einhalten, das Grünland in der Bewirtschaf-

tung erhalten und auf ihren Flächen aktiv zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen.

Maismonokultur schadet Boden

Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Die eigentlich schon viel zu lasche Vorgabe zur Fruchtartenvielfalt sieht vor, dass ein Betrieb ab zehn Hektar Ackerland mindestens zwei verschiedene Kulturen anbauen muss, wobei die Hauptfrucht maximal 75 Prozent des betrieblichen Ackerlands ausmachen darf.

Wie relevant diese Vorgabe ist, zeigt sich in einigen Regionen Deutschlands mit sehr hoher Viehdichte, zum Beispiel im Kreis Borken im Münsterland. Hier steht auf über der Hälfte der Ackerfläche Mais. Ein Viertel aller Betriebe mit Maisanbau bauen Mais sogar auf über 70 Prozent ihrer Ackerflächen an. Das bedeutet, dass auf einem erheblichen Teil der Flächen Jahr für Jahr Mais steht, was wegen des Humusabbaus nicht nur für den Boden gefährlich ist.

Die Greeninganforderung wird dazu führen, dass einige Betriebe sich umorganisieren müssen, es sei denn, Deutschland akzeptiert als „äquivalente“ Maßnahme zur Fruchtartenvielfalt die Winterbegrünung. Dann würde nach der Silomaisenernte noch eine Einsaat versucht werden, die mit gutem Wetter noch aufläuft. Das wäre besser als nichts, aber durchbricht die Maismonokultur nicht, wenn im nächsten Frühjahr schon wieder Mais gedrillt würde.

Anfang Februar hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs ein fatales Ergebnis zulasten der spezifischen Förderprogramme der ländlichen Entwick-

lung, der sogenannten Zweiten Säule der Agrarpolitik, ausgehandelt. Zu diesen Förderprogrammen gehören unter anderem die Agrarumwelt- und Vertragsnaturschutzmaßnahmen sowie Bioprämien, die von der EU und den Mitgliedstaaten beziehungsweise Bundesländern gemeinsam finanziert werden. Während andere Regierungschefs für ihre Länder zum Teil milliardenschwere Zuschläge herausholten, akzeptierte Merkel die volle Kürzung und erreichte damit, dass der Fehlbetrag für die deutschen Programme noch mal erhöht worden ist. Je nach Bundesland bedeutet das nun eine Mittelkürzung um bis zu 20 Prozent.

Mehr Förderung für Agrarumwelt- und Tierschutzmaßnahmen

Um diese starken überproportionalen Kürzungen auszugleichen, haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, bis zu 15 Prozent der Direktzahlungen in die Zweite Säule umzuschichten. Davon sollte Deutschland Gebrauch machen, auch wenn die jetzige Bundesregierung, die unionsgeführten Bundesländer und der Brandenburger SPD-Agrarminister das auf Geheiß des Deutschen Bauernverbandes bisher strikt ablehnen. Wenn die Länder das Geld richtig einsetzen, geht es den Bauern nicht insgesamt verloren, sondern steht ihnen als Förderung für Agrarumweltmaßnahmen, artgerechte Tierhaltung, Förderung einer regionalen Vermarktung oder Bioförderung weiter zur Verfügung und kann ihnen helfen, höherpreisige Qualitätsmärkte zu erschließen.

Diese Umschichtung der Mittel sollte mit der Kürzung hoher Beträge bei den Direktzahlungen verbunden werden. Der Brüsseler Kompromiss gibt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, Direktzahlungen über 150.000 Euro je Betrieb und Jahr um mehr als die vorgegebenen fünf Prozent zu kürzen. Gerechtfertigt ist die Kürzung bei diesen Summen schon deshalb, weil solch große Betriebe erhebliche Kostenvorteile haben, sodass sie weniger Unterstützung aus Steuergeldern brauchen. Das frei werdende Geld steht dem Mitgliedstaat dann für den Fonds für ländliche Entwicklung zur Verfügung.

Es könnte zum Beispiel eine gezielte Unterstützung für eine tierwohl- und naturschutzfördernde Weidehaltung von Rindern, Schafen und Ziegen eingeführt werden. Die Beweidung von Grünland ist in Deutschland stark rückläufig. Beweidetes Grünland ist aber in der Regel artenreicher als solches, dessen Aufwuchs bis zu fünfmal im Jahr im Silo eingelagert wird. Außerdem fördert der tägliche Weidegang im Sommer nachweislich die Tiergesundheit. Die Weidehaltung der Milchkühe nimmt aber stark ab, was vor allem mit den rapide steigenden Kuhbeständen je Betrieb zu tun hat. Laut Agrarstrukturerhebung 2010 haben in Betrieben mit weniger als 200 Milchkühen knapp die Hälfte der Tiere Weidegang. In den größeren Betrieben dagegen haben nur noch 17 Prozent der Kühe Zugang zur Weide.

Aufschlag für kleine und mittlere Betriebe

Das Beispiel der Milchkühe zeigt auch etwas Grundsätzliches: Wenn wir die Vielfalt der bäuerlichen Betriebe verlieren oder aufgeben, dann hat das nicht nur Auswirkungen für die betroffenen Familien, sondern viel weitergehende Folgen. Die Strukturfrage wird zur Qualitätsfrage. Es spricht daher vieles dafür, die politischen Anreize nicht länger so zu gestalten, dass möglichst viele Betriebe aufgeben, damit wenige stark wachsen können, sondern dass möglichst viele Betriebe in der Landwirtschaft eine wirtschaftliche Zukunft haben und entwickeln. Die EU-Agrarreform gibt den Mitgliedstaaten dazu eine wichtige Option an die Hand: Bis zu 30 Prozent der gesamten Summe an Direktzahlungen – in Deutschland gut 1,5 Milliarden Euro pro Jahr – kann ein Land einsetzen, um die Zahlungen für die jeweils ersten, beispielsweise 20 Hektar je Betrieb aufzustocken. Dadurch können kleinere und mittlere Betriebe erheblich gestärkt werden, indem ihre Zahlungen um bis zu 50 Prozent angehoben werden. Großbetriebe müssten bis zu knapp 30 Prozent abgeben.

Gerechtfertigt wäre das allemal. Denn in Deutschland bewirtschaften die Betriebe mit bis zu 50 Hektar zwar nur knapp ein Viertel der Gesamtfläche – und bekommen

daher bisher zusammen auch nur ein Viertel der Direktzahlungen, aber sie vereinen über die Hälfte der Arbeitsleistung der gesamten Landwirtschaft auf sich. Nicht Fläche verdient Einkommen, sondern die auf der Fläche geleistete Arbeit, und so ist es nur gerecht, wenn mehr Geld dahin geht, wo mehr Arbeit geleistet wird – in den kleineren und mittleren Betrieben.

Die grünen Länderminister haben sich für diese Maßnahme ausgesprochen. Laut Wahlprogramm wollen auch CDU/CSU das Instrument nutzen, aber bisherige Äußerungen von Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) deuten darauf hin, dass der Umfang der Mittelumschichtung so gering ausfallen soll, dass nur ein anderer Effekt der Reform, der die kleineren Betriebe schlechter stellt als heute, nämlich der Wegfall der gestaffelten Modulation, ausgeglichen werden soll. Dafür würden dann nicht 30 Prozent des Budgets, sondern nur fünf bis acht Prozent eingesetzt. Eine Stärkung bäuerlicher Betriebe wäre damit nicht erreicht.

Die neue EU-Agrarreform bietet erhebliche Chancen für Umwelt, Tierschutz und bäuerliche Landwirtschaft insgesamt. Bund und Länder haben nach der Bundestagswahl darüber zu beschließen, ob diese Möglichkeiten wahrgenommen werden. Es ist daher wichtig, vor der Wahl von den Parteien zu erfahren, wie sie die Brüsseler Reform umsetzen wollen. Vor allem aber ist es wichtig, genügend öffentlichen Druck zu erzeugen, damit am Ende auch richtig entschieden wird.

Ulrich Jasper ist stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und koordiniert zusammen mit Lutz Ribbe von Euro-Natur seit Jahren die Verbände-Plattform zur EU-Agrarpolitik.



Kontakt:
Tel. +49 (0)2381 / 9053171
E-Mail: jasper@abl-ev.de,
www.abl-ev.de

DNR INTERN

Generationengerechtigkeit

Sozial- und Umweltverbände für engere Zusammenarbeit

Die Vernetzung zwischen Verbänden aus dem sozialen Bereich und dem Umweltschutz trägt erste Früchte. Mitte Juni trafen sich VertreterInnen aus diesem Spektrum im kleinen Kreis zu einem intensiven Austausch über mögliche gemeinsame Ziele und Wege für die Zukunft. Den Workshop veranstalteten der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Paritätische Gesamtverband und die Klima-Allianz Deutschland.

Die TeilnehmerInnen beschlossen konkrete Handlungsfelder für zukünftige Kooperationen. Dazu gehören das Top-Thema Energiewende, der Verkehr, das Beschaffungswesen sowie Umwelt und Gesundheit. Die Zusammenarbeit in diesen Feldern bietet große Chancen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und eine starke Lobby zu bilden, die sich für sozial und ökologisch gerechte Verhältnisse einsetzt.

Weitere Treffen sollen folgen, in denen die TeilnehmerInnen Themenfelder organisieren, den Wissensaustausch vertiefen

und die Planung gemeinsamer Aktivitäten voranbringen wollen. [ib, mbu]

- ▶ Protokoll: www.kurzlink.de/workshop-06.2013
- ▶ DNR, Projekt Generationengerechtigkeit, Theresa Klostermeyer, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87

Nachhaltigkeit

2. Newsletter erschienen

Im Juli hat das Projekt ökologisch-soziale Gerechtigkeit seinen aktuellen Newsletter mit folgenden Themen veröffentlicht:

- ▶ Expertengespräch zu sozialen Innovationen und gesellschaftlichem Engagement
- ▶ Zukünftig engere Zusammenarbeit der Sozial- und Umweltverbände
- ▶ Neuheiten auf der Webseite
- ▶ Ausblick: Projektbesuch im August
- ▶ Klimaschutz und sozialer Zusammenhalt
- ▶ Junge Menschen „im puls der Stadt“
- ▶ KlimaWerkstatt Spandau
- ▶ Wie Bienen Bildung für nachhaltige Entwicklung zugänglich machen
- ▶ Die Energiewende sozial gestalten
- ▶ Mehr politische Mitbestimmung für junge Menschen
- ▶ Generationenmanifest für eine ökologisch und sozial gerechtere Gesellschaft
- ▶ www.nachhaltigkeits-check.de/node/308

AUS DEN VERBÄNDE

Portraitserie

Mitglieder des DNR

Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN)

Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) wurde 1947 zunächst als Arbeitsgemeinschaft Deutscher Beauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege gegründet und setzt sich seitdem für ein besseres Ansehen des beruflichen Naturschutzes ein. 1996 erfolgte die Umbenennung. Zu den Schwerpunkten gehört neben der Förderung der Landschaftspflege auch die des Naturschutzes auf nationaler und auf EU-Ebene. Außerdem engagiert sich der BBN für eine umfassende berufliche und wissenschaftliche Ausbildung und führt Fort- und Weiterbildungsangebote durch. Der Verein ist Mitgründer des DNR. Gemeinsam mit dem DNR, dem Bundesamt für Naturschutz und dem gastgebenden





Slow Food®

Magazin

Genießen mit Verstand

Wissen Sie, wo Ihre Milch herkommt? Kennen Sie Ihren Metzger persönlich? Können Sie eine Räucherfischpfanne zubereiten? Haben Sie schon einmal echte Alblinsen, Ahle Wurscht aus Nordhessen oder ein Ramelsloher Blaubein probiert?

Das *Slow Food Magazin* bringt Ihnen die Welt der Lebensmittel näher – getreu dem Motto „gut, sauber und fair“. Lassen Sie sich kulinarisch inspirieren, lassen Sie sich mitnehmen auf *Genussreise* und ins *Geschmackslabor* – und erfahren Sie außerdem, warum Essen politisch ist!

Testen Sie das *Slow Food Magazin* im günstigen Probeabonnement:
Drei Ausgaben für nur 10 Euro. Sie werden auf den Geschmack kommen!

Erhältlich bei: www.oekom.de/slowfood, slowfood@oekom.de



Slow Food
 Magazin
 Genussreise
 Japan
 Neue Rezepte
 Veggieing
 Thema:
 Teller statt
 Tonne

Bundesland organisiert der BBN federführend den Deutschen Naturschutztag. Außerdem nimmt der Verband Stellung zu relevanten politischen und fachlichen Geschehnissen und unterstützt seine Mitglieder aus berufspolitischer Sicht. Über neue Mitglieder neben den derzeit 485 Einzelmitgliedern und zehn Mitgliedsverbänden freut sich der BBN jederzeit. **[hk]**

- Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Angelika Wurzel, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3244, E-Mail: mail@bbn-online.de, www.bbn-online.de

Bundesverband für Umweltberatung (bfub)

■ Als Bundesverband für Umweltberatung (bfub) vertritt der Verband seit knapp 20 Jahren die umwelt- und berufspolitischen Interessen der Umweltberatung in beispielsweise Fachbeiräten oder Expertenanhörungen. Zudem bildet der bfub die zentrale Servicestelle und steht für ein Forum für Vernetzung, Zusammenarbeit, Kooperation und Erfahrungsaustausch. Neben einem breiten Serviceangebot, wie Medien für Öffentlichkeitsarbeit, einem Newsletter und Selbstlernangeboten wurden bereits verschiedene Publikationen veröffentlicht. Außerdem führt und unterstützt der bfub unterschiedliche Projekte wie zum Beispiel Klimaschutz konkret. Zu den Mitgliedern gehören Umwelt- und Energieberater, Umweltpädagogen, Arbeitsschutzbeauftragte, Institutionen, Städte oder auch Regional- und Landesverbände. Wer von den vielfältigen Angeboten und Dienstleistungen profitieren will, ist bei dem bfub als Mitglied genau richtig. **[hk]**

- Bundesverband für Umweltberatung (bfub), Dr. Jürgen Ritterhoff, Bremen, Tel. +49 (0)421 / 343400, Fax +49 (0)421 / 7070109, E-Mail: service@umweltberatung-info.de, www.umweltberatung-info.de

Bundesverband Tierschutz (BVT)

■ Der 3.000 mitgliederstarke Bundesverband Tierschutz (BVT) hat sich seit der Gründung 1962 zu einem der größten Tierschutzverbände Deutschlands entwickelt. Um mehr Einfluss zu gewinnen und seinen Anliegen besser Gehör zu verschaf-

fen, ist der BVT in verschiedenen Gremien auf Landes- und Bundesebene, wie zum Beispiel in der Tierschutzkommission des Bundes, vertreten. Stehen Gesetzes- und Verordnungsentwürfe zu Themen wie der Tierhaltung, dem Tierschutz oder der Tierseuchenpolitik an, nimmt der Verband Stellung. Des Weiteren führt der BVT eigene Tierheime und unterstützt seine Mitgliedsverbände in diesem Zusammenhang tatkräftig. Dabei werden die Tiere intensiv betreut, damit sie möglichst schnell an gewissenhafte neue Besitzer vermittelt werden können. Ehrenamtliche Unterstützer, Spenden und Zuwendungen ermöglichen die Arbeit des Vereins. Neue Mitglieder oder Unterstützer sind herzlich willkommen. **[hk]**

- Bundesverband Tierschutz (BVT), Dr. Jörg Styrie, Moers, Tel. +49 (0)2841 / 25244, Fax +49 (0)2841 / 26236, E-Mail: bv-tierschutz@t-online.de, www.bv-tierschutz.de

Fachtagung

Kraftstoff Pflanzenöl

■ 10.000 Traktoren könnten mit biogenen Reinkraftstoffen auf die Felder rollen – wenn das 10.000-Schlepper-Programm umgesetzt würde, für das der Bundestag Unterstützung signalisiert hatte. Aus Sicht der Organisatoren der 12. Fachtagung Kraftstoff Pflanzenöl wäre das eine gute Fortsetzung des 100-Schlepper-Programms von vor zehn Jahren.

Am 26. und 27. September kommen zu dieser Tagung in Dresden-Pillnitz Expertinnen und Experten aus Forschung und Politik zusammen, um sich über die neuesten Entwicklungen im Bereich Pflanzenenergie auszutauschen. Veranstalter sind die Bundeskontaktstelle Pflanzenöl der Grünen Liga, das Netzwerk agrarAntrieb und das sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie.

Der Bundestag hat in seiner Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie verankert, biogene Reinkraftstoffe in der Landwirtschaft zu fördern. Mit dieser Zusage hat der Deutsche Bauernverband an der Spitze der

Verbände das Marktanzreizprogramm für 10.000 Schlepper aufgelegt. Technisch ist das Programm kein Problem.

Wie realistisch ist es 10.000 Traktoren für biogene Kraftstoffe auf den Markt zu bringen? Was wird die Durchführung kosten? Sind ausreichend Flächen vorhanden? Die Teilnehmer der Fachtagung werden über die Aufgaben diskutieren, die sich durch das neue Programm ergeben. Welche Partner müssen beteiligt werden? Welche Hilfestellung durch Förderprogramme sind auf Landes- und Bundesebene nötig? Wie kann die Wende auf diesem Gebiet gelingen?

Anita Walter vom Netzwerk agrarANTRIEB wird in ihrem Vortrag auf diese neuen Entwicklungen eingehen.

Vor 100 Jahren wurde ein Pionier der Motorenentwicklung geboren: Ludwig Elsbett. Dessen langjähriger Mitarbeiter Thomas Kaiser (EuroNatur) wird über die Zusammenarbeit mit ihm berichten.

Auch Entwickler und Erfinder von heute werden zu Wort kommen: Hermann Golle stellt seine hoch effiziente Motor-Generator-Einheit für Blockheizkraftwerke vor, ein einzigartiges Konzept zur Strom- und Wärmeerzeugung. **[mbu]**

- Anmeldung: www.kraftstoffpflanzenoel.de
- Grüne Liga Sachsen, Ronald May, Dresden, Tel: +49 (0) 351 / 4943352, E-Mail: ronald.may@grueneliga.de

EHRENAMT

Bürgerliches Engagement

Veranstaltungskalender online

■ „Engagement macht stark!“ – unter diesem Motto veranstaltet das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) vom 10. bis 21. September zum 9. Mal die Woche des bürgerschaftlichen Engagements. Ab sofort können dort Veranstaltungen eintragen werden, die im Rahmen der Aktionswoche 2013 stattfinden.

Alle Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Initiativen, Organisationen, staatliche Institutionen und Unternehmen sind herzlich eingeladen, auf ihre Freiwilligenprogramme, Projekte und Initiativen in Form von Text und Bild aufmerksam zu machen.

Ob ein Tag der offenen Tür, eine Fachveranstaltung, ein Aktionstag, Lesungen, Workshops, freiwillige Arbeitseinsätze, Ausflüge, Sportveranstaltungen oder einfach ein Informationsstand – die Möglichkeiten der Teilnahme sind vielfältig.

Darüber hinaus lädt der Veranstaltungskalender ein, auf Entdeckungstour zu gehen: Man kann nach verschiedenen Kriterien wie Veranstaltungstitel, Datum, Ort oder Veranstalter gezielt nach Aktionen suchen oder nach Stichworten sortieren. Der Button „Engagierte gesucht!“ zeigt außerdem, an welchen Veranstaltungen man sich selbst aktiv beteiligen kann. [mbu]

► www.engagement-macht-stark.de

Engagementforschung

Expertise erschienen

■ Auf der Grundlage des ersten Engagementberichts der Bundesregierung hat das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) eine Expertise mit dem Titel „Engagementforschung als Teil der Zivilgesellschaftsforschung: Eine Forschungsagenda im Ausgang vom Engagementbericht der Bundesregierung“ veröffentlicht. Während einer Fachtagung im Februar zum allgemeinen engagementpolitischen Teil des Engagementberichts war die Engagementforschung Thema eines Workshops. Die Ergebnisse, zusammengestellt vom Tagungsteam um Lilian Schwalb und Katrin Winkler, sind in den Bericht ebenso eingeflossen wie der Diskussionsstand der BBE-Arbeitsgruppe Zivilgesellschaftsforschung.

■ Die Expertise stellt einen fachlich abgestimmten Überblick über den aktuellen Stand der Forschung zum Engagement und zu den künftigen Bedarfen der Zivilgesellschaftsforschung aus Sicht des BBE dar. [mbu]

► Expertise: www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/06/NL13_Expertise.pdf

Freiwilligenförderung

Engagement-Ausschuss geschaffen

■ Im Juni haben die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für bürgerschaftliches Engagement beschlossen. Der Antrag war gemeinsam von den Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Der Linken und der Piraten eingebracht worden. [mbu]

► www.kurzlink.de/butag-engagement06

Freiwilligendienste

Neue Zeitschrift

■ Ab sofort ist die erste Ausgabe von Voluntaris – Zeitschrift für Freiwilligendienste erhältlich. Im Juliheft gibt es informative Beiträge aus Wissenschaft, Praxis und Politik rund um das Thema nationale und internationale Freiwilligendienste. [mbu]

► www.voluntariszff.wordpress.com/hefte/aktuelle-ausgabe

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Umweltpreis

Engagierte Frauen gesucht

■ „Trophée de femmes“ ist ein Umweltpreis, der Frauen mit außergewöhnlichem Engagement für die Natur und Umwelt unterstützt. Die Umweltstiftung Fondation Yves Rocher schreibt den Umweltpreis für das Jahr 2014 zum 11. Mal deutschlandweit aus. Die Stiftung sucht Frauen, die sich um die Natur und Pflanzenwelt ver-

dient gemacht haben. Frauen, die durch ihr außergewöhnliches Engagement für die Umwelt Bewegendes leisten. Frauen, die Projekte initiiert und Menschen für ihre Sache motiviert haben.

Insgesamt stehen für den nationalen deutschen Umweltpreis Trophée de femmes 2013/14 18.000 Euro zur Verfügung, die sich wie folgt aufteilen: 1. Preis: 10.000 Euro, 2. Preis: 5.000 Euro, 3. Preis: 3.000 Euro. Bewerbungsschluss ist der 30. September 2013.

Eine Jury aus Vertretern der Umweltstiftung Fondation Yves Rocher wählt aus allen eingehenden Bewerbungen drei Preisträgerinnen für den Umweltpreis Trophée de femmes 2013/14 aus. Die Preisträgerin des 1. Preises nimmt darüber hinaus an der Verleihung des internationalen Preises im März 2014 in Paris teil, der mit weiteren 10.000 Euro dotiert ist. [mbu]

► www.yves-rocher-fondation.org

Waldpädagogikpreis 2013

Musical ausgezeichnet

■ Mitte Juli hat die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) den Waldpädagogikpreis 2013 vergeben. Gewinner des diesjährigen Wettbewerbs ist das Musical Incanemulo des Schulfördervereins der Regelschule Mihla.

Nach Ansicht der Jury gelang es den Schülern aus Thüringen unter der Führung des Projektleiters Jörg Klingelhöfer besonders gut, Nachhaltigkeitsthemen rund um den Wald zu vermitteln.

Der Fokus des Musicals liegt auf heimischen, bedrohten Wildtierarten wie dem Schwarzstorch und der Wildkatze. Der Preis ist mit 5.000 Euro dotiert und wird von der Evonik Industries AG gestiftet. Mit dem Preisgeld will die Projektleitung nun die Erstellung einer Audio-CD mit informativem Booklet finanzieren. Im kommenden Jahr werden besonders gelungene Kooperationen in der Waldpädagogik ausgezeichnet. [fc]

► www.sdw.de/waldpaedagogik/dt.-waldpaedagogikpreis

TERMINE

AUGUST

20.08., Berlin (D)
**30 Jahre PCB-
 Management – was ist
 (noch) zu tun? Lehren
 für den Chemikalien
 Risk-Cycle einer**

Kreislaufwirtschaft. Tagung

► DNR, Anke Draheim, E-Mail: anke.draheim@dnr.de,
 www.kurzlink.de/dnr-pcb-tagung08-13

26.–29.08., Putbus (D)

**Nachhaltige Lebensstile – welchen Beitrag kann
 ein bewussterer Fleischkonsum zu artgerechter
 Tierhaltung und gesunder Ernährung leisten?**

Tagung

► Bundesamt für Naturschutz, Martina Finger, E-Mail:
 Martina.Finger@bfm-vilm.de, www.bfn.de/0603_
 kalender.html

SEPTEMBER

01.–06.09., Stockholm (SE)

**World Water Week: „Water Cooperation – Building
 Partnerships“**

► www.worldwaterweek.org

05.–06.09., Berlin (D)

**Geld oder Klage? Anerkannte Umweltverbände
 und ihre erweiterten Mitbestimmungs- und
 Klagerechte nach dem neuen Umwelt-
 Rechtsbehelfsgesetz**

► Unabhängiges Institut für Umweltfragen (UfU),
 Fabian Stolpe, Tel. +49 (0)30 / 428499333, E-Mail:
 fabian.stolpe@ufu.de, www.ufu.de/de/projekte-
 umweltrecht/geld-oder-klage-veranstaltung.html

06.–08.09., Dortmund (D)

FAIR 2013. Fair Trade and Friends. Messe

► www.westfalahallen.de/messen/fair/index.php

09.–10.09., Berlin (D)

**Grün macht gesund – Freiraumplanung und
 Gesundheit.** Seminar

► Deutsches Institut für Urbanistik (difu),
 www.kurzlink.de/difu-tagung-9-9-2013

09.–10.09., bei Schneverdingen (D)

Lebensraumwerkstatt: Moor- und Auenwälder

► Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz, E-Mail:
 veranstaltungen@nna.de, www.kurzlink.de/nna-
 tagung-9-9-2013

14.09., Hofgeismar (D)

**Umweltverträglichkeitsprüfung beim Fracking –
 Hoffnungsschimmer oder Fata Morgana?**

3. Hofgeismarer Forum zum Gewässerschutz

► Evangelische Akademie Hofgeismar,
 Tel. +49 (0)5671 / 881-118,
 E-Mail: ev.akademie.hofgeismar@ekkw.de,
 cloud.akademie-hofgeismar.de/2013/109722.pdf

18.–19.09., Magdeburg (D)

**„Kreislaufwirtschaft – immer mehr und immer
 besser“.** 18. Tagung Siedlungsabfallwirtschaft

► Otto-von-Guericke-Universität, Dr. Hartwig Haase,
 Tel. +49 (0)391 / 67126-28, E-Mail: hartwig.haase@
 ovgu.de, www.tasima.ovgu.de/TASIMA.html

19.09., Berlin (D)

Fachkongress Nachhaltige Ökonomie

► Gesellschaft für Nachhaltigkeit e.V., Tel. +49 (0)30 /
 30877-1184, E-Mail: kongress@gfn-online.de,
 www.kongress.nachhaltige-oekonomie.de

24.09., Düsseldorf (D)

**Umwelt-Gutachter-Tag 2013 „Chancen nutzen –
 Zukunft gestalten“.** Tagung

► VNU e.V., Tel. +49 (0)700 / 86811-223, E-Mail: vnu@
 vnu-ev.de, www.kurzlink.de/umweltgutachterttag13

26.–27.09., Kassel (D)

Landnutzung in der offenen Kulturlandschaft.

Bundesfachtagung des BBN
 ► Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Tel.
 +49 (0)228 / 8491 3244, Email: mail@bbn-online.de,
 www.kurzlink.de/bbn-erste-bufata2013

27.–29.09., Dörverden (D)

1. Internationales Wolfsymposium

► Wolfcenter Dörverden, Landesjägerschaft
 Niedersachsen, E-Mail: info@wolfcenter.de,
 www.wolfcenter.de/Wolfsymposium

28.09.–13.10., Niedersachsen und Bremen (D)

Tag der Regionen in Niedersachsen und Bremen

► Koordinationsbüros Niedersachsen und Bremen,
 Hartwig Dannemann, Tel. +49 (0)441 / 235-2144,
 E-Mail: tag-der-regionen@stadt-oldenburg.de,
 www.tdr-nds.de/start.php

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 44
 Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell August/September 2013

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband
 der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände
 (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49
 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V.,
 Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kom-
 munikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München,
 Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de,
 www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwort-
 lich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, ver-
 antw.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh],
 Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Men-
 sen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:**
 Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Elena Schäggl [es],
 Inga Bollert [ib], EU-Umweltbüro des Umweltdachver-
 bandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 41

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marien-
 str. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582,
 E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), ©CDU/CSU-Bundestagsfraktion/
 Christian Doppelgatz (S.27). **Grafik/DTP:** Marion Busch,
 Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH &
 Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset
 White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime
 Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen,
 Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail:
 oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München,
 Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de
 Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von
 Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesand-
 tes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben
 nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungs-
 weise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltminis-
 terium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Ge-
 währ für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit
 der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter.
 Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht
 mit denen der Förderer übereinstimmen.



Transformation von unten

Trends in der Umweltkommunikation

Die 19. Internationale Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) in Ostritz-St. Marienthal widmete sich in diesem Jahr den „Aktuellen Trends und Entwicklungen in der Umweltkommunikation“. Dazu gehört auch stets die Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung.

□ Zahlreiche Akteure aus Wissenschaft, Staat, Unternehmen und Zivilgesellschaft waren zur 19. Internationalen Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) geladen. Zu den neuen Förderschwerpunkten der DBU zählen die Themen Energiewende als Kulturwende, Freiwilligenengagement Jugendlicher, Qualitätssicherung von Umweltbildungseinrichtungen und die Verbindung von Spielen und Lernen. Ob naturwissenschaftlich-technische Bildung, Konsum- und Kaufentscheidungen oder Energiewende: „Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen spielen gesellschaftlich mehr denn je eine entscheidende Rolle“, ordnet DBU-Generalsekretär Fritz Brickwedde das Tagungsthema ein.

Der Mensch im Anthropozän

Auffallend viele neue Vokabeln durchziehen die Beiträge. Nach Abkürzungen und Fremdwörtern wie LOHAS, also Menschen, die sich einem „Lifestyle of health and sustainability“ verschrieben haben, Suffizienz oder Rebound Effekt, kommen nun Anglizismen wie Transition, Prosumer, Change Agent oder Konzepte wie Große Transformation und Anthropozän in die Debatten.

Hinter Letzterem steht die auf Paul J. Crutzen zurückgehende Beobachtung, dass der Einfluss des Menschen auf die Erde sich bereits seit dem späten 18. Jahrhundert durch vermehrte Ablagerungen von Kohlendioxid und Methan im polaren Eis geologisch manifestiert hat. Est steht daher der Vorschlag im Raum, der Tatsache, dass der Mensch die Erde maßgeblich gestaltet, durch Ausrufung eines neuen Erdzeitalters Rechnung zu tragen. Laut dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) liegt darin auch eine Chance, den Menschen ihre Verantwortung für die

Gestaltung der Erde bewusst zu machen. Das könnte auch die gegenwärtige Krise beenden, die weniger eine ökologische, denn eine Krise des Verhältnisses des Menschen zu seiner Umwelt ist.

Neue Namen für neue Ideen?

Change Agents gestalten dabei Strukturveränderungen in unserer Gesellschaft – zum Beispiel die Energiewende oder die Transformation von Ökonomie und Konsum. Oft sind die Change Agents noch Pioniere des Wandels, doch wir brauchen mehr von ihnen. An der Universität Kiel ist die Changemaker-Community „YooWeeDoo“ entstanden: Studierende lernen, wie sie mit eigenen Projekten die Welt

THEMENHEFT: TRANSFORMATION VON UNTEN

verändern und Verantwortung übernehmen können. Das „YooWeeDoo“-Projekt besteht aus einem einjährigen Lernprogramm, in dem Studierende lernen, eigene Projekte zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu planen und umzusetzen, sowie dem „YooWeeDoo“-Ideenwettbewerb, in dem Studierende Startkapital zur Umsetzung der im Lernprogramm entwickelten Changeprojekte gewinnen können.

Prosumenten – eine weitere neue Vokabel in der Transformationsdebatte – sind Menschen, die gleichzeitig Konsumenten und Produzenten sind. Sie verbrauchen beispielsweise den Strom aus ihren eigenen Solar- oder Bürgerwindanlagen oder produzieren und reparieren in sogenannten „FabLabs“ (Fabrikationslaboren) oder „Offenen Werkstätten“, die es mittlerweile in vielen deutschen Städten gibt und die von jedem Interessierten gegen einen

kleinen Unkostenbeitrag genutzt werden können.

Vom Handeln zum Wissen

Umweltpsychologin Lenelis Kruse-Graumann forderte unter dem Titel „Vom Handeln zum Wissen“ eine Lern- und Experimentiergesellschaft. Isoliertes Wissen habe die geringste Korrelation mit konkretem Handeln. Handeln hingegen könne auch ohne tiefer gehendes Wissen forciert werden, sagte sie. Auch die Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes ging 2012 erstmals genauer auf die Handlungsebene ein.

Auch in der Wissenschaft werden handelnde BürgerInnen inzwischen anders wahr- und ernst genommen. Die Transition-Forschung des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie spricht von Crowdsourcing, wenn WissenschaftlerInnen und Unternehmen mit NutzerInnen gemeinsam an Entwicklungen arbeiten. In der Citizen Science (Bürgerwissenschaft) kann jeder Daten oder Erfahrungswissen beitragen, wodurch nachhaltige Handlungsoptionen und Umgestalten gemeinsam entwickelt werden.

Parallel arbeiten seit 2006 in vielen Städten und Gemeinden der Welt „Transition Town Bewegungen“ am Übergang in eine postfossile Wirtschaft. 2011 gehörten offiziell 450 Städte und Gemeinden den Transition Towns an. Mit Gemeinschaftsprojekten betreiben sie Anpassung an eine Welt mit knapper werdenden fossilen Rohstoffen.

Handprint und Footprint

Die gesellschaftliche Wirksamkeit von nachhaltigem Handeln wird mit dem Handprint (Handabdruck) beschrieben. Es gilt, den ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und den Handabdruck zu vergrößern. Alle können dieses aus Indien stammende Konzept nutzen und

weiterentwickeln. Germanwatch hat es in Deutschland aufgegriffen.

Aktionsformen für den Handprint gibt es viele. Neue Grassroot-Initiativen fallen besonders auf, die häufig von jungen Menschen initiiert und oft mit Web 2.0 unterstützt werden. Modern und traditionell mischen sich beim Urban Gardening oder beim „Do It Yourself“, das in vielen Bereichen aus dem klassischen Basteln

und Reparieren entstanden ist. Umweltbildungszentren sind Teil dieser Transformationsbewegung, viele Aktionen finden aber auch ohne Kontakt zu den üblichen Institutionen statt.

Mit dem Zusammenwirken von Umweltbildungs- und Transformationsszene sowie neuen Wohlstands- und Wachstumsmodellen und deren Beitrag zur Ressourcenschonung beschäftigt sich auch die

diesjährige Bundestagung der ANU „Transformation von unten – Grassroots 2.0“.

**Annette Dieckmann,
Vorsitzende ANU Bundesverband**

- ▷ www.umweltbildung.de
- ▷ www.yooweedoo.org
- ▷ www.kurzlink.de/uba-bewusstsein2012
- ▷ www.fablabinternational.org

BLICKPUNKT

Selbermachen statt Konsumieren

Aus der Mitte der Gesellschaft kommen nachhaltige und ökologische Alternativen

Die Nachhaltigkeitsdebatte dreht sich oft um große volkswirtschaftliche Fragen. Beispielsweise: Wo liegen die Grenzen des Wachstums? Oder: Wie lässt sich Wachstum „grüner“ gestalten? Noch weitgehend unbemerkt werden Alternativen zum konsumorientierten Wirtschaftsmodell „im Privaten“ bereits praktisch ausprobiert. „Die Dinge selber in die Hand nehmen“ – so könnte die Maxime lauten, die so unterschiedliche Initiativen wie das „Kartoffelkombinat“ (Münchener Initiative einer Community Supported Agriculture), die „workstation“ (Berliner Ideenwerkstatt für Recycling und mehr), Offene Werkstätten – wie die Open Design City in Berlin oder das FabLab in Hamburg – sowie diverse neue urbane Gemeinschaftsgärten verbindet.

Eigenarbeit als Grundrecht

Unbehagen gegenüber Massenware, Fremdbestimmung und Kommerzialisierung breitet sich zunehmend aus. Es ist beunruhigend, dass immer mehr Menschen nicht mehr wissen, wie die Dinge des alltäglichen Lebens eigentlich hergestellt werden, und wie man sie zur Not auch selber herstellen könnte. Viele Menschen wollen nicht mehr hinnehmen, dass international agierende Unternehmen weitestgehend bestimmen, was wir essen, wie wir uns kleiden und wo wir unser Geld anlegen. Das Gebot „neukaufen statt reparieren“ erleben viele zunehmend als Verweigerung des elementaren Zugangsrechts zur Eigenarbeit. Die Reduzierung auf den Konsumentenstatus empfinden sie als Zumutung. Sie wollen sich auch nicht mehr an der Ressourcenverschwendung beteiligen oder sich mit vorgefertigten Produkten zufriedengeben. Stattdessen wollen sich viele wieder in regionalen Bezügen verorten und nicht länger bloße Profiteure der internationalen Arbeitsteilung sein.

Community statt Eigennutz

Waren die „traditionellen“ Selbermacher auf die eigene Haushaltsökonomie ausgerichtet, verorten sich die „neuen“ Eigenarbeiter in kommunalen oder durch das Internet begründeten Communitys. Sie beziehen sich explizit auf das städtische Gemeinwesen und lokale Zusammenhänge. Kooperation, Teilen (von Wissen) und Solidarität gehören zum Selbstverständnis und Ethos der Szene. Bevorzugt wird auf die Ideen von Open Source und Allmende Bezug genommen. Unterschwellig geht es auch um eine andere Ökonomie, die vor Ort beeinflusst werden kann. Kooperative ökonomische Selbsthilfe ist das Gebot der Stunde. Das bedeutet, sich vom Markt

unabhängig zu machen, die Dinge wieder selber zu durchschauen und dadurch handlungsfähiger zu werden. Dazu gehört, sich auch Produktionsmittel wieder kollektiv anzueignen, Infrastrukturen zu schaffen (wie eben eine Nähwerkstatt, einen Gemeinschaftsgarten) und Fähigkeiten zu erwerben (wie Saatgutproduktion, Programmieren, Stricken), um weniger von entsprechenden Expertinnen und Experten abhängig zu sein. Selbstorganisation, Austausch und Vernetzung sind für solche „neuen Werkstätten“ von zentraler Bedeutung. Immer geht es auch darum, Unabhängigkeit und Einflussnahme auf die eigenen Lebensbedingungen wie auch auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen. Meist haben die ProtagonistInnen zudem eine eigene Vorstellung von Stadtentwicklung bzw. eine Idee davon, wie sie zusammen mit anderen in der Stadt leben wollen. Demokratisierung ist dabei ebenso ein Stichwort wie Ernährungssicherheit, Partizipation oder Lebensqualität, die sich nicht auf den Konsum von Gütern beschränkt.

Nachhaltig ökologische Antworten auf gesellschaftliche Fragen

Hier entstehen inmitten einer hochgradig individualisierten, an Selbstentfaltungswerten orientierten Gesellschaft gemeinschaftsbezogene soziale Netzwerke und eine Verantwortung für die lokalen und globalen Allmenden sowie neue institutionelle Möglichkeiten für soziales Engagement.

Man kann das folgendermaßen interpretieren: Klimawandel und die Endlichkeit der fossilen Brennstoffe lassen viele Menschen nach neuen Antworten suchen. Hier erscheint möglicherweise eine neue Ökologiebewegung auf der politischen Tagesordnung, die sich zwar selbst nicht als solche bezeichnet, die aber die natürlichen Lebensgrundlagen und den Umgang damit thematisiert und politisiert. Die neuen Aktionsformen, Ethiken, Gemeinschaftsstrukturen können versuchsweise mit den Begriffen postindustriell, postmodern, postbürgerlich, postfossil umschrieben werden.

**Andrea Baier
ist Soziologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftungsgemeinschaft
anStiftung & ertomis und Mitautorin des gerade erschienenen Buchs:
Andrea Baier/Christa Müller/Karin Werner: Stadt der Commonisten.
Neue urbane Räume des Do It Yourself, transcript Verlag 2013**

- ▷ www.anstiftung-ertomis.de

**SCHWERPUNKT:
TRANSFORMATION VON UNTEN**

Unterhaltsames Hintergrundwissen

Marke Eigenbau

□ Dinge des täglichen Gebrauchs aus eigener Herstellung liegen voll im Trend. Boomende Webplattformen für Handgemachtes, neue Märkte für hochwertige und ökologische Produkte zu fairen Preisen, die wachsende Open-Source-Bewegung und die Renaissance der Manufakturen – wo sich das Selbermachen gegen die anonyme industrielle Massenproduktion durchsetzt, verändern sich die Spielregeln von Arbeit, Produktion und Konsum. Holm Friebe und Thomas Ramge zeigen in ihrem Buch „Marke Eigenbau – Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion“, wie die neue Bewegung des Selbermachens Gesellschaft und Unternehmenskultur verändern kann.

- ▷ Friebe, H. & Ramge, T.: Marke Eigenbau – Der Aufstand der Massen gegen die Massenproduktion. Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2008, 19,90 €, ISBN 978-3593386751
▷ www.marke-eigenbau.org

Neue urbane Räume des „Do It Yourself“

Stadt der Commonisten

□ „Do It Yourself“-AktivistInnen nutzen urbane Räume für neue Formen des sozialen, ökologischen und politischen Handelns. In Gemeinschaftsgärten, Offenen Werkstätten oder bei Tausch-Events – überall hinterfragen die Protagonistinnen und Protagonisten das Verhältnis von Konsum und Produktion. Der Bildband „Stadt der Commonisten – neue urbane Räume des Do It Yourself“ zeigt, wie das Selbermachen heutige Städte prägt: Die jungen AktivistInnen folgen ihrem Demokratiebedürfnis, indem sie Räume des Teilens und Tauschens schaffen.

- ▷ Baier, A. & Müller, C. & Werner, K.: Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do It Yourself. Transcript Verlag, Bielefeld 2013, 24,90 €, ISBN 978-3-8376-2367-3

Bildungsmaterialien 8.–13. Klasse

KonsUmwelt

□ Das Jugendbildungsprojekt „KonsUmwelt“ zu Konsum, Umwelt und Ressourcen der Agrar Koordination bietet SchülerInnen die Möglichkeit sich kritisch mit Lebensstilen, Umweltproblemen und sozialen Ungleichgewichten auseinanderzusetzen. Auch den Einfluss ihres eigenen Konsumverhaltens können die SchülerInnen hier erfahren und alternative, umwelt- und sozial verträgliche Lebensweisen kennenlernen. Im Rahmen des Projekts hat die Agrar Koordination die Arbeitshefte „Verantwortungsvoller Konsum – Wir können auch anders!“, „Nahrungsmittelproduktion und -verschwendung“ sowie „Verpackung und Müllvermeidung“ mit Hintergrundinformationen, Arbeitsvorschlägen und Aktionsideen für Projekttag herausgegeben.

- ▷ www.konsum-welt.de

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Brandenburg

Sport begeistert für die Natur

□ Die ANU Brandenburg veranstaltet am 20. September eine Fachtagung zur Frage, wie Kunst, Kultur und Sport für Arten- und Nutzpflanzenvielfalt begeistern können. Im Rahmen der Tagung führt eine Fachexkursion in den Garten Steinhöfel und zeigt dort eine Vielzahl von Methoden, um Artenvielfalt erlebbar zu machen und auch neue Zielgruppen für das Naturerlebnis zu erreichen. Florian Garbe von der internationalen Gewässerschutzinitiative viva con agua gibt in seinem Vortrag „Wie Kunst, Kultur und Sport die Massen bewegt“ Erfahrungen und Anregungen aus seiner Arbeit mit der Altersgruppe der 15- bis 30-Jährigen weiter.

Dass Bewegung den Blick auf die Natur verändern kann, ist das stark reduzierte Ergebnis einer unveröffentlichten Studie von Prof. Dr. Carolin Retzlaff-Fürst vom Lehrstuhl Fachdidaktik Biologie der Uni Rostock. Auf der Fachexkursion fasst sie

die wichtigsten Erkenntnisse zusammen, wie Bewegung im Garten die ganzheitliche Umweltbildung befördert.

- ▷ www.anu-brandenburg.de

ANU Bayern

Fachgruppe BNE im Elementarbereich

□ Auf dem ersten Treffen der Fachgruppe Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich wurde beschlossen, eine bayernweite Vernetzung zu initiieren und die Kräfte zur Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung in Kitas zu bündeln. Das nächste Treffen findet am 1. Oktober in München statt. Nach einem fachlichen Input werden sich die TeilnehmerInnen über Ziele und Inhalte der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich austauschen und dies am Beispiel Mobilität vertiefen. Zweiter Schwerpunkt wird das Thema Lobbyarbeit zu BNE im Elementarbereich sein. Die Fachgruppe Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich ist offen für alle am Thema Interessierten (auch für Nicht-ANU-Mitglieder) und die Ergebnisse der Fachgruppe werden auf der Website der ANU Bayern veröffentlicht.

- ▷ www.kurzlink.de/anuby-fg-bne-element

Ökologische Akademie e.V.

Perspektiven einer BNE mit Erwachsenen

□ Trifft zu, dass Erwachsene unbelehrbar, aber lernfähig sind (Horst Siebert), dann kommt in der Bildung für nachhaltige Entwicklung den Motiven, Interessen, Erfahrungen und alltäglichen, beruflichen Herausforderungen erwachsener TeilnehmerInnen besondere Bedeutung zu. Das Qualifikationsseminar zu Bildungslandschaften, Konzepten sowie der Klima- und

Energiewende erweitert das bisherige, überwiegend auf Kinder und Jugendliche zentrierte Kompetenzprofil der Umweltpädagogen auf die Zielgruppe der Erwachsenen.

▷ www.oeko-akademie.de

Save Our Future Umweltstiftung

Workshop Leitbildentwicklung

□ Am 21. August findet im Hamburger Umweltzentrum Karlshöhe ein Workshop der Save Our Future Umweltstiftung zum Thema Leitbildentwicklung statt. Im Rahmen des BNE-Qualitätsentwicklungsprozesses ist der Workshop für die Vorbereitung auf eine NUN-Zertifizierung geeignet.

▷ www.kurzlink.de/sofu-hh-ws-leitbild

WISSENSWERT

Bundeweite Initiative

Kinderfreundliche Kommunen

□ Deutsche Städte und Gemeinden können erstmals das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ beantragen. Damit unterstützen das Deutsche Kinderhilfswerk und UNICEF Deutschland das Engagement zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf lokaler Ebene. Der Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. vergibt das Siegel an Städte und Gemeinden, die unter der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen einen Aktionsplan für die lokale Umsetzung von Kinderrechten verabschiedet haben.

▷ www.kinderfreundliche-kommunen.de

Naturschule Freiburg

Theater im Wald

□ Die Naturschule Freiburg bietet am 21. September den Workshop „Kreative Waldführungen“ an. Die TeilnehmerInnen

üben sich in szenischer Improvisation und Pantomime, können aber auch ihren individuellen Ausdruck (Mimik, Gestik, Körperhaltung) trainieren sowie ihr persönliches Sprachvermögen (Wortwahl, Stimme, Pausen im Sprechen) ausbauen. Das gibt ihnen das notwendige Handwerkszeug für eigene kreative Führungen durch den Wald. Zum Beispiel als Waldschrat, der die Geheimnisse des Waldes erklärt.

▷ www.naturschule-freiburg.de/cms/angebot/einteilige-fortbildungen/214-513

Öffentlicher Kongress

Den Wandel mutig gestalten

□ „Den Wandel mutig gestalten! Die Rolle der Bildung auf dem Weg in eine klimaverträgliche Gesellschaft“ heißt der öffentliche Kongress zur Großen Transformation in der Europäischen Akademie Otzenhausen/Saarland, der vom 13.–14. September stattfindet. Nachhaltige Entwicklung braucht neben den technischen Innovationen auch den kulturellen Wandel in eine klimaverträgliche Gesellschaft. Bildung für nachhaltige Entwicklung wird dabei als „Bildung zur Teilhabe“ eine Schlüsselrolle zugeschrieben. Die Veranstaltung richtet sich an alle, die den nachhaltigen Gesellschaftswandel mit tatkräftig unterstützen möchten.

▷ www.forum-fuer-verantwortung.de

Online-Dossier

Potenziale kultureller Bildung für BNE

□ Im Projekt „Künste bilden Umwelten“ (Juli 2012 bis Juli 2013) hat die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) die Schnittmenge von kultureller Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung unter die Lupe genommen. Ein Online-Dossier bietet nun unter anderem eine umfangreiche Projektsammlung, Texte zum Einlesen in den Diskurs,

Tipps zum nachhaltigen Kultur- und Projektmanagement und Hinweise zu Fördermöglichkeiten. Auch das Planungs-Tool: „Künste bilden Umwelten“ steht hier zum Download zur Verfügung.

▷ www.kuenste-bilden-umwelten.de

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

10.–11.09.13, Leipzig

10. BMBF-Forum für Nachhaltigkeit. Konferenz.

Im Fokus: die Umsetzung von Ergebnissen der Nachhaltigkeitsforschung, die Stärkung der Zusammenarbeit der Forschergemeinschaft und die Diskussion über zukünftige Forschungsprioritäten. www.fona.de

9.–10.10.13, Freiburg

Lernen in und von der Natur. Tagung.

Lernen und Lehren in der Natur ist das Thema der Tagung, die von der Naturschule Freiburg e.V. anlässlich ihres 25-jährigen Jubiläums veranstaltet wird. www.naturschule-freiburg.de

14.–15.11.13, Frankfurt/Main

ANU Bundestagung zu Transformation von unten – Grassroots 2.0 und ANU Mitgliederversammlung www.umweltbildung.de

Impressum

Herausgeber

ökopädNEWS

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Angelika Schichtel, schichtel@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de